



23. Heft | 9. November 1911

LEONIDA BISSOLATI · SOZIALDEMOKRATIE UND REGIERUNG IN ITALIEN

VON meinem Gesinnungsgenossen, dem Herausgeber der *Sozialistischen Monatshefte*, werde ich ersucht über die neueste Phase der italienischen Partei zu berichten: »Es ist nicht möglich außerhalb Italiens den eigentlichen Sinn und die Tragweite der Verhandlungen auf dem sozialistischen Parteitag von Modena richtig zu beurteilen. Könnten Sie uns nicht eine Erklärung dazu geben?« Ich fühle mich verpflichtet seiner Aufforderung nachzukommen, ohne daß ich mit meinen kurzen Ausführungen irgendwelche polemischen Absichten verbinde.

Der Parteitag von Modena war als außerordentlicher Parteitag einberufen worden, um den *Fall Bissolati*¹⁾ zu entscheiden. Zwar konnte es nach meinen wiederholten Erklärungen keinem Zweifel unterliegen, daß ich ausschließlich unter meiner persönlichen Verantwortung gehandelt hatte, als ich der Einladung des Königs folgte mit ihm über die Lösung der Ministerkrise zu beraten; trotzdem war es durchaus richtig die Partei zu berufen, damit sie ihr Urteil über die durch mein Vorgehen geschaffene Situation fällen könnte, um so mehr, als der Parteivorstand meine Handlungsweise gebilligt, und die Parlamentsfraktion mich ausdrücklich beauftragt hatte in ihrem Namen zu sprechen und ihr Vertrauensvotum für das Kabinett Giolitti zu begründen. Wäre in der Zwischenzeit die Sachlage vollkommen unverändert geblieben, so konnte und mußte man für den Parteitag folgende Gruppierung annehmen: auf der einen Seite alle, die das Kabinett Giolitti unterstützt hatten, also außer mir auch Turati usw., auf der andern die *Revolutionäre* von altem Schlag zusammen mit den unsicheren und inkonsequenten Reformisten, denen eine Annäherung der Sozialisten an die Regierung nicht als die logische Folge der reformistischen Taktik sondern als eine Abirrung von den Prinzipien des Sozialismus erscheint. Diese Gruppierung der auf dem Parteitag streitenden Parteien als die einzig natürliche und vernünftige war auch schon aus der Tatsache abzuleiten, daß das Kabinett Giolitti sein Programm getreulich innegehalten hatte, indem es sofort eine Wahlrechtsvorlage einbrachte und sich mit dem Gesetzentwurf zur Verstaatlichung der Lebensversicherung in einen erbitterten Kampf gegen das

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung in den Sozialistischen Monatsheften* 1911, 1. Band, pag. 545 ff.

Privatkapital einließ. Nun war aber nach Schluß des Parlaments die Tripolisaffäre aufgetaucht, über die ich nachher noch sprechen werde. Jedoch auch schon vorher und ganz unabhängig von diesen Ereignissen begann sich in den Massen selbst, die bis dahin weit ausgesprochener reformistisch gesonnen waren, und ebenso in der Haltung einiger der hervorragendsten Führer des Reformismus, wie zum Beispiel Filippo Turatis, eine Art Revirement anzukündigen, ein Zögern gegenüber der logischen Fortbildung der reformistischen Taktik, ein Wunsch nach der Heimkehr zu den älteren, bequemeren Propaganda- und Kampfformen. Also, auch wenn die Tripolisaffäre nicht eingetreten wäre, hätte sich der Parteitag ebenso gruppiert wie es tatsächlich geschehen ist, das heißt ganz und gar anders als man es, wie ich oben hervorhob, zur Zeit seiner Einberufung vernünftigerweise erwarten konnte und mußte.

Nicht weniger als 5 Ideen- und Tendenzströmungen ließen sich auf dem Parteitag unterscheiden: die *revolutionäre*, die linksreformistische (Turati), die extrem linksreformistische, die integralistische, die rechtsreformistische (Schreiber dieses). Die größte Stimmenzahl erhielten die *Revolutionäre*, an 2. Stelle standen die Linksreformisten, an 3. Stelle die Rechtsreformisten, an 4. die extrem Linksreformisten und an 5. Stelle die Integralisten. Die engere Abstimmung hätte also zwischen den beiden ersten Gruppen stattfinden müssen, aber die *Revolutionäre* zogen sich zurück. So faßte der Parteitag keinen formellen und endgültigen Beschluß. Man darf trotzdem behaupten: Da die Gegner sich zurückgezogen haben, so sind die Reformisten um Turati die Sieger auf dem Kampffeld geblieben. Aber damit wird die Sachlage durchaus noch nicht klarer. Was war der eigentlich springende Punkt, das charakteristische Merkzeichen in der Resolution Turati? Daß die sozialistische Kammerfraktion die gegenwärtige Regierung künftig nicht mehr »systematisch« durch ihr Votum unterstützen dürfte. Man braucht nur dieses *systematisch* zu beachten, um zu begreifen, daß der Parteitag aus der Zweideutigkeit nicht herausgekommen ist. Tatsächlich spaltete sich ein Teil der Linksreformisten, der zuerst auch mit Turati gegangen war, wegen dieses *systematisch* von ihm ab und bildete die extrem linke Gruppe Modigliani, die eine der Turatischen gleiche Resolution, nur eben ohne dieses Wort vorlegte. Andererseits erklärten die Rechtsreformisten zwar, daß man das Ministerium Giolitti weiter unterstützen mußte, machten aber Vorbehalte für das Tripolisunternehmen und bewiesen damit, daß sie durchaus nicht in allen Fällen »systematisch« für das Ministerium stimmen wollten. So ist es also außerordentlich schwer festzustellen, was eigentlich der Parteitag in der Frage hat sagen wollen, die die brennendste war und eine Entscheidung am notwendigsten forderte. Daher ist es nur natürlich, daß nicht allein außerhalb des Landes sondern auch in Italien und in den Kreisen der Sozialisten selbst die Verhandlungen des Parteitags äußerst unbestimmt und verwirrt erscheinen mußten.

Gegen diese Unbestimmtheit und Verwirrung kämpften nun, von zwei entgegengesetzten Gesichtspunkten aus, die *Revolutionäre* und die Rechtsreformisten. Während der Verhandlungen war das Bemühen der *Revolutionäre* ausschließlich darauf gerichtet festzustellen, daß die Gruppe Turati vor den Konsequenzen der reformistischen Taktik zurückscheue. Sie wiesen darauf hin, daß meine Haltung der logische Ausfluß jener Taktik sei, an die gerade Turati seinen Namen und seine Arbeit geknüpft hätte, und daß er deshalb entweder mit mir zusammengehen oder aber seinen Irrtum anerkennen und zu der

revolutionären Taktik zurückkehren müsse. Turati und seine Anhänger verteidigten sich mit der Behauptung, daß der Rechtsreformismus und meine Haltung »Abirrung« vom Sozialismus, so etwas wie eine Ausartung der reformistischen Taktik darstellten. Nach Turatis Ansicht legen die Rechtsreformaten der parlamentarischen Tätigkeit eine zu große Bedeutung bei, und sie verlieren dadurch den »Zusammenhang mit der Masse«; sie sind allzusehr bereit die Regierungen zu unterstützen, um günstige parlamentarische Konstellationen zu schaffen, und sie versäumen es die Massen zum Klassenbewußtsein zu erziehen. Die Rechtsreformaten wiesen in ihrer Erwiderung darauf hin, daß diese abfällige Kritik ihrer Taktik gerade in einem Augenblick käme, in dem die parlamentarische Tätigkeit im Begriff wäre den Massen jene größte Waffe im Klassenkampf, das allgemeine Wahlrecht, zu erobern. Im übrigen bemerkten sie: Man erziehe die Massen nicht dadurch, daß man eine Taktik predige und nachher Furcht vor deren Konsequenzen zeige, man erziehe sie weit besser durch den Mut zu vollkommener und strenger Logik. Jahrelang hat man sich nachzuweisen bemüht, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht eine reaktionäre Masse sei, und daß man deshalb gerade im Interesse der sozialistischen Partei selbst bei den Wahlen auch die bürgerlich demokratischen Kandidaten unterstützen sollte. Man hat seine Popularität aufs Spiel gesetzt, um die Massen davon zu überzeugen, daß man im Interesse des Sozialismus bürgerliche Ministerien unterstützen könne: Und jetzt plötzlich, nur weil ein Sozialist auf die Möglichkeit einer Teilnahme der Sozialisten an der Regierung hinweise, sollte man ausschreien: das sei eine »Ausartung« des Reformismus? Hätte man überhaupt einmal die parlamentarische Taktik, die Wahlunterstützung demokratischer Kandidaten, die parlamentarische Unterstützung bürgerlicher Regierungen zugegeben, so wäre es absurd, die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung grundsätzlich abzulehnen. Tatsächlich gaben dies auch die Linksreformaten zu. Aber nun behaupten sie auf einmal, so etwas könne nur in gewissermaßen revolutionären Zeiten eintreten. Schon um diese unbestimmten und unbestimmbaren Vorbehalte einmal festzulegen, wäre es interessant gewesen die konkrete Frage entscheiden zu lassen: wenn eine für die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts entscheidende Situation vorliegt: wäre dann der gewissermaßen revolutionäre Fall gegeben, in dem Sozialisten an der Regierung teilnehmen dürften und müßten? Doch diese Frage wurde vom Parteitag nicht gestellt. Oder vielmehr: Sie war durch mein Vorgehen zwar gestellt worden, blieb aber unbeantwortet. Oder darf man vielleicht annehmen, daß der wiederholte starke Beifall, der mir auf der Rednertribüne gespendet wurde, als ich erklärte, ich trüge vollständig die Verantwortung für meine Handlungsweise, tatsächlich eine Antwort auf jene Frage war, die die Redner des Linkreformismus zu stellen vermieden?

Indes, ich merke, daß ich gegen meine Absicht anfangs zu polemisieren. Ich kehre also zur reinen und einfachen Darstellung zurück. Alles, worauf ich bisher hinwies, beweist nur die Tatsache, daß — schon vor der Tripolisfrage und ohne Zusammenhang damit — sich innerhalb der reformistischen Masse psychologische Abweichungen bemerkbar machten. Aber vor Tripolis waren diese Abweichungen in der Seele der Genossen, die später den Namen *Linksreformaten* annahmen, noch nicht faßbar. Da kam Tripolis und wirkte wie der Stoß, der in gewissen chemischen Verbindungen den Niederschlag einer Flüssigkeit bewirkt. Die parlamentarische Tätigkeit diskreditieren, die Rückkehr zur alten


Taktik predigen, in Opposition zu einer Regierung treten, die das allgemeine Wahlrecht geben will: das war ohne eine *neue Tatsache* nicht möglich. Tripolis war die *neue Tatsache*, mit der die Linksreformisten ihre neue Taktik rechtfertigen zu können glaubten. Man beachte: Sofort nach der Ankündigung des Tripolisunternehmens wandten sich die *Revolutionäre* und viele Reformisten aus prinzipiellen Gründen dagegen. Die *Revolutionäre* sind in der Tat Gegner jedes Vorgehens gegen einen andern Staat, und zwar jederzeit und in jedem Fall; sie sind Hervéisten, bewußt oder unbewußt. Die Reformisten dagegen erklärten sich gegen das Tripolisunternehmen entweder wegen der Art wie die Türkei angegriffen wurde oder wegen der internationalen Komplikationen, die sich daraus ergeben würden, oder aber aus Furcht, daß die enormen Kosten des Krieges und der Nutzbarmachung der Kolonie das Land erschöpfen und ihm die Kräfte zur Durchführung aller Reformen nehmen müßten, die Geld erfordern. Indessen fehlte es auch unter den Sozialisten nicht an solchen, die sich günstig aussprachen. Die Linksreformisten aber wollten — obgleich sie zu denen gehörten, die sich nicht aus absolut prinzipiellen Gründen sondern nur wegen der begleitenden Umstände gegen das Unternehmen erklärten — darin einen »Verrat« der Regierung sehen. Sie wollten es Giolitti nicht zugute halten, daß er bei seiner letzten Turiner Rede auch trotz des Weihrauchnebels des reaktionären Nationalismus treu an seinem von den Sozialisten gebilligten Programm festhielt: Die Gelegenheit war gar zu schön, um versäumt zu werden, und so erklärten sie dem Ministerium den Krieg. Die Rechtsreformisten weigerten sich dies mitzumachen. Obgleich sie sich vorbehielten in dem Tripolisunternehmen aus den oben angedeuteten Gründen gegen das Ministerium zu stimmen, bestritten sie doch, daß man von einem »Verrat« der Regierung sprechen könnte. Der Krieg mit der Türkei sei eine Tatsache, für die die Regierung keine uneingeschränkte Verantwortung trage: sie sei dazu durch die Stimmung der Bevölkerung ermuntert worden. Jetzt zur Opposition übergehen, das hieße so viel wie sich der Verwirklichung des demokratischen Programms entgegenstellen. In der Tat hatten die Konservativen merken lassen, daß sie den Krieg dazu benutzen wollten die Monopolisierung der Lebensversicherungen und das allgemeine Wahlrecht zum Scheitern zu bringen; daher ihre Empörung gegen Giolitti, der in seiner Turiner Rede den festen Willen bekundet hatte diese Reformen mit Unterstützung der Sozialisten zu Ende zu führen. Sei vielleicht zu hoffen, so fragten die Rechtsreformisten, daß die Truppen aus Tripolis zurückgezogen würden, wenn sie selbst zur Opposition übergängen? Das wäre doch schwerlich anzunehmen. Die Opposition wäre also auf eine rein platonische Erklärung beschränkt geblieben, die nur die demokratischen Reformen in Gefahr brächte.

So entstand die Spaltung. Die Linksreformisten erklärten, daß sie nicht länger das Ministerium »systematisch« unterstützen wollten, und die Rechtsreformisten, daß sie fortfahren würden es zu tun, mit dem Vorbehalt in der Tripolisfrage keine Mitverantwortung für die Regierung zu tragen.

Ist diese Spaltung irreparabel? Ich weiß es nicht, und ich glaube, daß niemand es wissen kann. Vielleicht ist jenes *systematisch* die Verbindungsbrücke, durch die sich die beiden reformistischen Gruppen noch einmal vereinigen könnten. Denn es ist wohl nicht ausgeschlossen, daß die Linksreformisten für die Regierung stimmen, sobald sie sie und damit das allgemeine Wahlrecht in Gefahr sehen. Aber dann würden sie sicher mit wer weiß welchem Aufwand von

Ernst erklären, ihr Votum sei kein »systematisches«. Sicher ist nur, daß die Rechtsreformisten sich keinesfalls dazu verstehen werden das Ministerium Giolitti fallen zu lassen, solange es seinem Programm treu bleibt. Aus der Partei sind sie freilich noch nicht ausgetreten, wie es die Genossen von links wohl wünschen würden. Sie treten deshalb aus der Partei nicht aus, weil sie sich bewußt sind der Sache des Sozialismus ehrlich gedient zu haben und noch zu dienen. Als reformistische Sozialisten haben wir die durch die Realitäten gegebenen Möglichkeiten ruhig abzuwägen und danach unsere Haltung einzurichten. Den Krieg konnte unsere Haltung nicht verhindern. Wohl aber hat sie Einfluß auf das Ergebnis der Alternative *Allgemeines Wahlrecht oder nicht?* Eine andere Wahl war uns nicht gelassen. Daher konnten wir uns auch nicht anders entscheiden.

XX
**MAX SCHIPPEL · KANADISCHES UND HANDELS-
 POLITISCHES**

 ANADA hat am 21. September einen gewaltigen innerpolitischen Umschwung erlebt, der an sich schon besondere Beachtung verdiente. Die langjährige Herrschaft der Liberalen, nicht weniger als 4mal durch die allgemeinen Wahlen in den Jahren 1896, 1900, 1904 und 1908 bestätigt und zuletzt in immer steigendem Maß in der Regierung durch Sir Wilfried Laurier verkörpert, fand mit einem Schlag ein sensationelles Ende, wie es in den Vereinigten Staaten und in Europa, das Mutterland England dabei an der Spitze, kaum jemand erwartet hat. Mit dem Ministerium Laurier — 8 seiner Mitglieder brachten es überhaupt zu keiner Wiederwahl für das Bundesparlament — trug man jedoch gleichzeitig alle handelspolitischen Pläne zu Grabe, die eine engere wirtschaftliche Verbindung zwischen Kanada und dem mächtigen, höherentwickelten Nachbarstaat im Süden bezweckten. Was in der Geschichte der internationalen Handelsrivalitäten und wahrscheinlich in der Geschichte der ganzen Weltpolitik zu einem Wendepunkt oder doch zu einem tiefen, markanten Einschnitt hätte werden können, ist vorläufig wieder von der Tagesordnung abgesetzt. Umgekehrt ist für den gesamt-britischen handelspolitischen Imperialismus ein peinliches und unter Umständen folgenschweres Hindernis vermieden und beseitigt worden. Die Chamberlain und Chaplin, die Lords Selborne und Milner erblicken deshalb in den Wahlerfolgen der bisherigen kanadischen Opposition zugleich einen Sieg und eine gute, kräfteanspornende Vorbedeutung für ihre eigenen tarif-reformerischen Grundanschauungen.

Zunächst der parteipolitische parlamentarische Umschwung. Als Laurier wegen der endlosen erbitterten Kämpfe um das Reziprozitätsabkommen zur Auflösung des Hauses der Gemeinen schritt, standen ihm 131 liberale Stimmen zu Gebote, in einem Unterhaus, das 221 Mitglieder zählt. Diese Gefolgschaft ist nunmehr auf höchstens 88 Mandate zusammengeschmolzen. Umgekehrt erscheint die konservative Gegenpartei, deren anerkanntes Haupt seit Jahren Robert L. Borden war, nunmehr mit über 120 Mandaten ausgerüstet, während die, für die Wahlbewegung und die nächsten politischen Aufgaben verbündeten *Nationalisten*, hauptsächlich in der Sonderart der altfranzösischen, katholischen Siedlungsgebiete wurzelnd, nochmals 8 Mandate zur Verfügung stellen. Selbst eine spätere Bundesgenossenschaft zwischen den Anhängern Lauriers und

Henri Bourassas würde für Borden eine Mehrheit übrig lassen wie sie sein Vorgänger fast während der ganzen Regierungszeit nicht größer besessen hat. Es war wieder der erste große Erdrutsch seit der konservativen Ära MacDonalds und Toppers, die mit einer einzigen Unterbrechung den ganzen Zeitraum von 1867 bis 1896 ausfüllte. Unklarheit über die Bedeutung des letzten Wahlkampfes ließen die näheren Umstände, unter denen er sich vollzog, kaum aufkommen. Bei regelrechten allgemeinen Wahlen laufen oft genug die allerverschiedensten Forderungen und Abwehrstrebungen bunt und unentwirrbar durch einander. Aber die Auflösung hatte ausschließlich das Handelsabkommen mit Amerika¹⁾ in den Mittelpunkt der Entscheidung gerückt. Die nationalen und professionellen Beschwerden und Ziele der Bourassagruppe waren hiergegen zu rein lokaler Nebensächlichkeit zusammengeschrumpft; nur in Quebec, der überwiegend katholischen Provinz, dem Stammland der Französischkanadier, vermochte dieser Nationalismus eine halbwegs merkbare Rolle bei den Wahlen zu spielen und die 8 erwähnten Parlamentssitze zu gewinnen.

Daß die Opposition am wichtigsten in dem industriell höherentwickelten Osten einsetzen würde, war vorauszusehen, und das Ergebnis des 21. September hat dies bestätigt. Zwar waren die Vorteile wahrlich nicht übermäßig, die in dem strittigen Handelsvertrag der amerikanischen Industrie zunächst geboten wurden: durch kanadische Zollermäßigungen für Eisen- und Stahlröhre, für gewalzte Bleche, Messing, Koks, landwirtschaftliche Maschinen, Bedarfsartikel für Installateure, für Uhren, Kraftfahrzeuge und Weichkohle, für gewisse Lederartikel und noch manches andere. Aber die schutzöllnerische, zweifellos gegen Amerika noch sehr zurückgebliebene kanadische Industrie sah in der ganzen Abmachung ein gefährliches feindliches Prinzip sich rühren, das mit der Zeit noch eine ganz andere Verwirklichung erringen könnte, wenn man sich nicht sofort der ersten Anfänge erwehrte. Selbst die gewerblichen Arbeiter, deren sich sonst in letzter Zeit durch erbitternde Konflikte eine heftige Feindseligkeit gegen die Großkapitalgewalt bemächtigt hatte, vermochte man, wenn nicht alle Anzeichen trügen, trotz des geschäftigsten liberalen Stimmwerbens nicht von der alteingewurzelten Politik der Erziehungszölle zur Schaffung und raschern Förderung einer eigenen heimischen Industrieproduktion loszulösen. In allen industriellen Zentren war die Niederlage der Liberalen geradezu vernichtend. So ging in den 5 Wahlkreisen Torontos die gesamte konservative Mehrheit über 20 000 Stimmen hinaus, während Winnipeg, das Verkehrs芝加哥 und Mühlenminneapolis Kanadas, für den konservativen Kandidaten ein Übergewicht von 400 Stimmen brachte. Ganz Ontario, der industriellste Staat (*province*), stellte vor der Auflösung 51 Konservative und 35 Liberale, nach der Auflösung 71 Konservative und 14 Liberale. Nur Montreal, der wichtigste Seehafenplatz Britisch Nordamerikas, enttäuschte die Gegner des Reziprozitätsabkommens. Das außerordentliche Ansehen Lauriers bei den *French Canadians* mag hier den Liberalen mehr als sonst zu Hilfe gekommen sein.

Zu um so größeren Überraschungen führte dagegen das Votum der *Farmer*. An sich sind die Farmer Kanadas — wie in allen kolonialen und halbkolonialen Ländern bei ähnlicher Klassenschichtung — die Kerntruppe des kanadischen Freihandels. Der agrarische Zollschutz hat kaum irgendwelchen Wert für sie, die auf billigstem kolonialen Land angesessen und auf den Export ihrer Erzeug-

1) Ich gebrauche, wie in England allgemein üblich, kurz das Wort *Amerika* für die Vereinigten Staaten.

nisse angewiesen sind. Der industrielle Zollschutz andererseits erschwert ihnen nur die billigste Bedarfsdeckung, sei es für ihren persönlichen Konsum oder für Zwecke ihrer Produktion, und entzieht dem flachen Lande die Arbeitskräfte und Menschen zugunsten der städtisch gewerblichen Distrikte. Das lockende Ziel: Gewinnung eines aufnahmefähigen heimischen Nachbarmarkts durch staatliche Industrieförderung und durch staatlich subventionierten (im wesentlichen mehr westöstlichen, weniger nordsüdlichen) Ausbau des Verkehrsnetzes mag zwar selbst von der Farmermasse in den großen allgemeinen Umrissen gebilligt werden, aber es erscheint für sie zu fernabliegend, um in der Gegenwart schon zu besonderen *Konsumentenopfern* zu locken. Versprechen nun gar die in Aussicht gestellten amerikanischen Zollfreiheiten und Zollermäßigungen für kanadische Farmerzeugnisse wenigstens den nächsten und deshalb lohnendsten fremden Markt schrankenlos zu öffnen oder doch leichter zugänglich zu machen, so durfte man annehmen, daß die letzte schwache Verbindung des Farmertums mit dem kanadischen Schutzsystem, das heißt im wesentlichen mit dem Schutz der nationalen Industrieproduktion und Industrieentwicklung, sich haltlos lösen würde. Ähnlich lag es mit den ansehnlichen Fischereiinteressen in den Küstenstrichen. Doch selbst diese Hoffnungen der Liberalen scheiterten. Neubraunschweig, Bordens eigene Provinz, verhalf 4 Konservativen mehr als vorher zum Sieg. Neuschottland, wo Fielding, der alte Finanzminister und einer der Hauptunterhändler in Washington zu Hause ist, ergab gleichfalls 4 Konservative mehr als das letzte Mal, die Prinz Eduard-Insel 1 Konservative mehr. Ontario stimmte, selbst soweit es ländlich ist, überwältigend für die ehemalige Opposition, das ländliche Quebec zwar weniger entschieden, aber immerhin ganz fühlbar. Von Manitoba und Saskatschawan, den beiden mittelwestlichen Prärieprovinzen, glaubte man, daß sie wie hypnotisiert nur an die Gewinnung des amerikanischen Nachbarmarkts denken würden, aber selbst hier verzeichneten die Konservativen keine Rückschritte sondern Fortschritte. Die westlichste, schon dem Stillen Ozean zugekehrte Provinz Britisch Kolumbien wählte 5 Konservative gegen 2 Liberale. Es würde zu weit führen hier diese Enttäuschung der Liberalen oder diese freudige Überraschung der Konservativen näher ursächlich zu erklären. Im Grunde stößt man dabei auf die alte Erfahrung: daß das vermeintlich so einheitliche Agrarinteresse genau so wenig einheitlich ist wie die bekannte *eine reaktionäre Masse*, daß also sehr starke Interessenströmungen sich auch in Farmer- und Fischerkreisen gegen das umstrittene Abkommen wandten; und daß Klasseninteressen zwar stets wirtschaftlich bedingt, aber durchaus nicht derart wirtschaftlich kurzfristig sind und nur den allernächsten wirtschaftlichen Scheinvorteil derart ins Auge fassen wie dies ein unreifer und seichter ökonomischer Materialismus gar zu gern predigt. Ökonomisch bedingte Klasseninteressen verdichten und verallgemeinern sich mit der Zeit zu Klasseninstinkten und Klassengefühlen, die mitunter hoch über den denkbaren und wahrscheinlichen Augenblickserfolg hinaus zum Verzicht auf momentane Vorteile und sogar zu erheblichen Opfern emporheben und fortreißen. Ein starkes, dauerndes, obwohl mehr indirektes und mehr auf die Zukunft gerichtetes Klasseninteresse liegt eben auch in der Schaffung eines großen einheitlichen heimischen Marktes, wie sie in Kanada zunächst nur auf dem Industrie- und Verkehrsschutz sich aufbauen kann und allenfalls weiter noch in der winkenden Bevorzugung auf dem mutterländisch-englischen und dem britischkolonialen Markt, und es wäre am Ende eher zu verwundern,

wenn die kanadischen Farmer sich dafür ganz ohne Empfindung erwiesen hätten.

Doch, wie gesagt, selbst die allernächsten Farmerinteressen sind nicht so einheitlich geschlossen wie dies auf den ersten oberflächlichen Blick vielleicht scheint. Für die Sägemühlen und Schneidwerke des Ostens und der Mitte lohnarbeitet der Farmersohn, lohnwerkt der Farmer selber durch Fahren aus dem Wald und nach den Ladestellen der Eisenbahnen und Schiffsverbindungen. Haben diese Farmer kein Interesse daran, daß alle Einzelstaaten des Ostens die Ausfuhr von unverarbeitetem Holz (dem Rohstoff für die Holzkönige in Amerika, vor allem im Staat Michigan) durch Ausfuhrzölle und ähnliche Maßnahmen erschweren und dadurch eine eigene gewerbliche Holzrichtung und Holzverarbeitung einzupflanzen und emporzutreiben suchen? Oder im äußersten Westen, wo die Obstfarmen einerseits Britisch Kolumbiens und andererseits Washingtons und Oregons förmlich aneinanderstoßen: haben die kanadischen Obstbauern nicht überwiegend ein Interesse an dem Schutz und der Entwicklung ihres heimischen Marktes, an der staatlich subventionierten, sowohl nach dem Stillen Ozean wie dem kanadischen Innern gerichteten Schiffahrts- und Eisenbahnentaltung, wie sie dem konservativen Schutzsystem viel näher liegt als Liberalen, deren Augenmerk sich zuletzt viel mehr der engen Verbindung mit den Vereinigten Staaten im Süden zukehrte? Unerklärlich ist demnach das Wahlergebnis selbst nach dieser Seite nicht.



IER diesseits des Ozeans interessieren uns natürlich am meisten die internationalen Rückwirkungen, die nach der Meinung der Nächstbeteiligten auf der einen Seite von dem Reziprozitätsabkommen hätten ausgehen können, und die auf der andern von dem Scheitern des Planes erwartet werden.

Die Laurier und Fielding haben begreiflicherweise den unfochtenen Gegensatz *Interbritische oder interamerikanische handelspolitische Verbindung und Annäherung?* nach Möglichkeit als ungefährlich und übertrieben hinzustellen versucht. Schon durch manche amerikanische Äußerung wurde ihnen diese immer von neuem unternommene Beweisführung sehr erschwert. Kein Geringerer als der neue demokratische Sprecher des Repräsentantenhauses Champ Clark hatte mit einemmal in verdächtiger Weise die Vorteile eines vollständig geeinten Nordamerikas erwähnt. Präsident Taft hatte von den zu bekämpfenden Bestrebungen gesprochen, um Allbritannien eine nach außen hemmende, für den interbritischen Verkehrs jedoch niedrigere oder ganz wegfallende Zollmauer zu legen.²⁾ Die Hearstblätter, die von Amerika nach Kanada hinüberreichen, gefielen sich in den weitestgehenden politischen Anbrüderungen. Dies scheint ihre alte, nur neuerdings mehr hervorgekehrte Gepflogenheit zu sein; denn vor 2 Jahren konnte man im äußersten amerikanischen Westen in den gleichen Blättern lesen: Aussicht und Absicht Kanada zu verschlucken könne recht wohl — Deutschland haben, falls nicht die Vereinigten Staaten schon früher zu dieser Mission vorherbestimmt wären.

²⁾ Borden äußerte in einer Wahlrede: »Präsident Taft betonte scharf, dieses Abkommen liege im Interesse der Vereinigten Staaten, weil es der Schaffung eines Systems gegenseitiger Zollbevorzugungen innerhalb des britischen Reiches vorbauen werde. Er erklärt mit größtem Nachdruck, dies sei für die Vereinigten Staaten die letzte Gelegenheit ein Handelsabkommen mit Kanada zustandezubringen, das die Politik der interbritischen Zollbevorzugungen zerstören werde, zu der auch Sir Wilfrid Laurier sich auf den Kolonial- und Reichskonferenzen von 1902 und 1907 verpflichtet. Keine beachtenswertere Äußerung über die Beziehungen von Mutterland und Selbstverwaltungskolonien, fiel jemals seitens eines Staatsmannes von Herrn Tafts Rang.«

Daß im Wahlkampf mit starken Übertreibungen der amerikanischen Gefahr und der Antizollvereinstendenz gearbeitet worden ist, soll deshalb keineswegs geleugnet werden. Aber man kann sich auch kaum der Schlußfolgerung ganz und gar entziehen, daß die interamerikanische Reziprozität sehr rasch ihre Stacheln gegen das heutige reichsbritische handelspolitische *laisser aller* und noch mehr gegen die sich regenden interbritischen handelspolitischen Pläne hervorgekehrt haben würde. Und hier den Weg zum mindesten für die Zukunft offen zu halten mußte selbstverständlich ein Hauptbemühen der Chamberlainiten sein, in England wie in Kanada selber. Der Chamberlainismus läuft letzten Endes darauf hinaus überall im britischen Weltreich die mutterländische und britischkoloniale Ware in der Konkurrenz und im Absatz gegenüber der eigentlich fremdländischen Ware zu bevorzugen. Die Freiheit der grundlegenden Zollpolitik (die *Generaltarif* aufstellung, wie wir dies auszudrücken gewohnt sind) kann und soll dabei den einzelnen Reichsteilen durchaus gewahrt bleiben, aber alle Gliederstaaten sollen die Zufuhr aus anderen, gleichviel welchen Reichsteilen stets günstiger zu behandeln suchen als die Zufuhr aus dritten Staaten. Das hat Kanada bei seinen Washingtoner Verhandlungen in der Tat sehr wenig im Auge behalten. Den industriellen Zollermäßigungen, die Amerika eingeräumt wurden, mag für England vorläufig noch so geringer Wert beizumessen gewesen sein. Aber England stand immerhin vor der peinlichen Tatsache: Die kanadischen Bevollmächtigten sind keineswegs davor zurückgeschreckt Amerika in nicht wenigen Fällen günstigere Einfuhrbedingungen zugestehen als bisher und vielleicht selbst in Zukunft dem eigenen Mutterland; und noch weniger davor die britischen Schwesterkolonien gegenüber dem Fremdstaat in die zweite Reihe zurückzuschieben. Ist das naturgemäß und unaufhaltsam gerade für die wichtigste Selbstverwaltungskolonie, dann sind alle Chamberlainschen Zukunftsprojekte auf wehenden Sand gebaut. Lautete das Urteil, wie es zunächst die Neuwahlen zu fällen hatten, dagegen wesentlich anders, so konnte man die alten Fäden unverdrossen weiter zu spinnen suchen. Deshalb die symptomatische Bedeutung, die man in diesen Kreisen, aber zugleich noch weit darüber hinaus, den letzten Wahlkämpfen zusprach.

Lord Selborne stellte Anfang Juni eine Berechnung auf, wonach für 700 000 Pfund Sterling britischer Importe nach Kanada die bisherige Zollbevorzugung einfach dadurch hinfällig geworden wäre, daß mit Amerika nunmehr vollständige Zollfreiheit für die gleichen Waren vereinbart wurde; eine Zollfreiheit, deren sich alsdann wegen der Meistbegünstigungspflicht Kanadas auch folgende 12 Länder erfreut haben würden: Argentinien, Österreich-Ungarn, Dänemark, Japan, Norwegen, Schweden, Rußland, Spanien, die Schweiz, Bolivien, Kolumbien, Venezuela. Ferner wäre für 400 000 Pfund britischer Importe nach Kanada die geltende Bevorzugung verhältnismäßig verkürzt worden, weil auf die amerikanische Konkurrenz nicht mehr die vollen alten Zollsätze Anwendung finden sollten; auch hier hätten sich alsdann neben die Vereinigten Staaten automatisch noch die genannten meistbegünstigten Länder gestellt. Noch unglücklicher gestalteten sich die Folgewirkungen jedoch in den Vereinigten Staaten selber. Diese handhaben bekanntlich die Meistbegünstigung in der Weise, daß sie Zollzugeständnisse, die von der Gegenpartei durch Gegenleistungen erkaufte sind, nicht ohne gleichwerte besondere Gegenleistungen auf dritte, obwohl formell meistbegünstigungsberechtigte Staaten übertragen. Da England als Freihandelsland niemals irgendwelche Zollgegenleistungen zu

bieten hat, so ist es schon oft vorgekommen, daß ihm vertragsmäßige amerikanische Zollherabsetzungen verweigert wurden. Und im Fall Kanadas stand es vollends, nicht nur für England, sondern für alle europäischen Staaten zweifellos fest, daß der neue amerikanische Vertragstarif ausschließlich für Kanada reserviert bleiben sollte. Damit und insoweit lief also der jüngste handelspolitische Schachzug des Tochterlandes darauf hinaus die englische Einfuhr nach Amerika in eine differentiell ungünstigere Lage zu versetzen. Dies war gewiß nicht die bewußte Absicht, aber es war doch die tatsächliche Wirkung, die geradezu wie ein Hohn auf die erstrebte handelspolitische Solidarität zwischen Mutterland und Kolonien anmutet.

Nun gingen aber die unaufhaltsamen internationalen Konsequenzen des kanadischen Anlaufs für England noch weiter. Kanada wollte, gleich den Vereinigten Staaten, berechtigt sein seine Reziprozitätszölle lediglich den Vereinigten Staaten, keinen dritten Ländern, zu gewähren. Hier standen jedoch die mütterländischen, für Kanada mitgeltenden, Meistbegünstigungsverträge im Weg, die teils nach ihrem ausdrücklichen Wortlaut teils nach stetig festgehaltener britischer Interpretation ein Ausweichen wie das in Washington übliche nicht gestatteten. Die Vereinigten Staaten selber haben wahrscheinlich Kanada zu dieser Haltung vorwärts getrieben, die ihnen um so wertvollere Zollvorrechte versprach, je monopolistischer, konkurrenzausschaltender die Handhabung ausfiel. Nur wirkte die einzig mögliche Schlußfolgerung und Forderung der Kanadier in London doppelt peinlich. Denn sie lautete, wie Laurier in der Tat auf der diesjährigen Reichskonferenz anregte: Änderung beziehungsweise Aufhebung der englischen Meistbegünstigungsverträge mit den oben aufgeführten 12 (unter Umständen 13) Ländern. Das wäre für die englische Handelsdiplomatie eine außergewöhnlich harte Nuß. Denn was würden diese betroffenen Länder für Gegenschachzüge führen, wenn ihnen ihr altes umfassenderes Meistbegünstigungsrecht verkürzt oder von bisher ungekannten Bedingungen abhängig gemacht werden sollte?

Entweder volle handelspolitische Souveränität der Tochterstaaten, volle handelspolitische Loslösung vom Mutterland, so daß der heutige unklare und nach allen Seiten nicht ungefährliche Zwitterzustand endgültig aufhört; oder größere handelspolitische Solidarität, nach innen wie nach außen, zwischen allen Reichsteilen: diese überaus ernste Frage war wieder einmal erhoben, und man kann es den Chamberlainiten diesseits wie jenseits des Ozeans nicht verdenken, wenn sie im Sturz der liberalen kanadischen Regierung, auf deren Konto das Reziprozitätsabkommen geschrieben werden mußte, eine Aufrüttelung der öffentlichen Meinung und eine wichtige Tat in ihrem tarifreformerischen Sinn erblickten.

XX
EDUARD BERNSTEIN · BEBEL UND DIE PARTEI



ON allen Allen der deutschen Sozialdemokratie ist keiner so eng mit ihr verwachsen wie August Bebel. Selbst unsere verstorbenen Ersten der Partei waren es nicht völlig in dem Maß wie er. Liebknecht konnte infolge seiner Tätigkeit als Schriftsteller sich nicht so wie Bebel ihren geschäftlichen Angelegenheiten widmen, Singer es erst von der Zeit des Sozialistengesetzes an tun, und Ignaz Auer war noch Rekrut und einfacher Soldat, als Bebel schon in der Führung wirkte. Aber von Auer

trifft doch auch eines zu, was für Bebels Lebensgang bezeichnend ist: Während Liebknecht als Sozialist vor der Partei war, als ein Fertiger sie schaffen half, Singer sich neben ihr politisch betätigte, bevor er mit ihr verwuchs, kann man von Auer und Bebel sagen, sie sind beide in der Partei und mit der Partei für die Partei geworden; ihr Leben, seit sie in das junge Mannesalter getreten, geht auf im Leben der Partei. Daher ist es auch unmöglich die Lebensgeschichte eines Auer oder Bebel zu schreiben, ohne zugleich die Geschichte der Partei zu schreiben, deren Schicksal sie an erster Stelle miterlitten, deren Entwicklung sie vor allen miterfahren, deren Wirken sie führend mitbestimmt haben. Unmittelbar hat sich das bei Ignaz Auer dem Schreiber dieses vergegenwärtigt, als er vor einigen Jahren sich der Aufgabe unterzog das Leben und Wirken dieses Vorkämpfers im Abriß zu schildern. Und wie sehr es bei Bebel der Fall ist, sagen eindrucksvoll seine, unter dem Titel *Aus meinem Leben* von ihm herausgegebenen Aufzeichnungen, von denen im vorigen Jahre der 1. und jetzt der 2. Band erschienen ist.

Selten wohl ist eine Selbstbiographie so unpersönlich im Inhalt ausgefallen, wie diese. In ganzen Partien läßt Bebel so sehr sich selbst hinter der Partei zurücktreten, daß sie weit mehr Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie sind als von den Besonderheiten seines Lebens und Wirkens erzählen. Das Anekdotische, das so vielen Leuten Lebenserinnerungen zu einer bevorzugten Lektüre macht, und wonach sie bei solchen zuerst spüren, spielt eine nur unbedeutende Rolle bei Bebel. Er, der mit so vielen Persönlichkeiten von Namen und Bedeutung zusammen getroffen ist und, wenn er will, scharf zu charakterisieren weiß, läßt es, wo er von solchen spricht, in der großen Mehrheit der Fälle bei einigen knappen Kennzeichnungen bewenden, um sofort zum Gegenstand überzugehen, um den es sich bei dem Zusammentreffen handelte. Über dem Was vernachlässigt oder vergißt er das Wie, so daß die Darstellung nicht selten einen Stich ins Abstrakte erhält.

Das kann indessen niemand überraschen, der Bebels Wirken und Denken näher beobachtet hat. So impulsiv Bebel in der Aktion sein kann, so starke Persönlichkeit er als handelnder Politiker ist, so abstrakt und objektiv ist sein allgemeines Schauen. Man könnte beinahe sagen: Er sieht nicht Handlungen, sondern Verhältnisse, er beurteilt die meisten Menschen, mit denen er zusammentrifft, als Bruchteile von Kollektivitäten. Seine Denkweise ist in der Tat im Lauf der Zeit so sehr kollektivistisch geworden, daß das Individuelle ihn nie lange beschäftigt. Es ist keine affektierte Bescheidenheit sondern tief in ihm wurzelnde wissenschaftliche Überzeugung, wenn er von sich selbst erklärt, daß er das, was er geworden sei, im Grunde nur der Gunst der Umstände verdanke. Die materialistische Geschichtsauffassung ist ihm sozusagen in Fleisch und Blut übergegangen. Aus diesem Doppelcharakter seines Wesens erklären sich manche Ungleichheiten seines Buches. Enthält es Stücke, die so unpersönlicher Natur sind, daß irgend ein anderer sie geschrieben haben könnte, so betätigt in andern mit seinem ganzen Feuer der leidenschaftliche Streiter Bebel. Dazwischen erzählt dann bald ernst und bald mit behaglichem Humor der Lebenskämpfer zwar nicht so viel wie man gern hören möchte, aber doch manches Fesselnde und Interessante von sich selbst und den Personen, mit denen das Leben im engern Kreis und in der Öffentlichkeit ihn zusammengebracht hat.

Von besonderm Interesse aus den rein persönlichen Erlebnissen Bebels sind

die Kapitel, die seine Kinder- und Jugendjahre, sein erstes Werden behandeln. Er ist ein Kind des Volkes, wenn auch nicht des Proletariats. Aber der sehr früh Vaterlose und in seinen Jugendjahren dann auch noch der Mutter Beraubte hat Not und harte Plage zur Genüge an sich selbst kennen gelernt. Sohn eines preußischen Unteroffiziers und nur dank seiner ursprünglich schmächtigen Konstitution vor der Erziehung zum Beruf seines Vaters bewahrt, ist er in kleinbürgerlicher Atmosphäre herangewachsen, und das Kleinbürgertum, das Handwerk war in der Zeit, wo Bebel zum Knaben und Jüngling ward, noch der breite Unterbau der gewerblichen Bevölkerung, das Fabrikproletariat noch Ausnahme. Aber das Handwerk hat einen *goldenen Boden* immer nur für eine Minderheit gehabt, die vom 16. Jahrhundert ab zunehmend einen geringeren Prozentsatz des Ganzen ausmacht. Die Masse der Handwerker fristet ein mühseliges Leben, in dem Zeiten der Erwerbslosigkeit, wo der Schmachtriemen eng angezogen werden mußte, eine viel größere Rolle spielten als die meisten sich heute vorstellen. Wie es da dem Lehrling und dem Gesellen oft hart erging, in wie elenden Räumen sie schlafen mußten, wie mangelhaft oft die Kost war, und Licht in der Gesellenkammer ein nur in jammervoller Qualität und dürftigster Quantität gewährter Luxus, davon weiß auch Bebel zu erzählen, der, nachdem er die Schulzeit hinter sich hatte, zu einem Drechslermeister in die Lehre gegeben wurde. Aber all diese Nöte konnten im Handwerksgesellen noch kein Klassenbewußtsein erzeugen, solange der Geselle noch die Aussicht hatte oder zu haben glaubte früher oder später selbst Meister zu werden. So lange richtete sich der Zorn vielmehr immer nur gegen diesen Meister oder die Meisterschaft dieser Stadt, aber nicht gegen das Meistertum als soziales Gebilde. Jeder blickt noch ausschließlich unter dem Gesichtswinkel seines persönlichen Fortkommens in die Zukunft.

In diesem Sinn sozial gedankenlos begibt sich Bebel nach abgewickelter Lehrzeit als Drechslergeselle auf die Wanderschaft. Bei alledem sieht der so früh Herumgeworfene doch schärfer als die meisten Kollegen, und wie er schon in der Schule gern und leicht gelernt hatte, einer der besten Schüler gewesen war, so nimmt er auch auf der Wanderschaft jede Gelegenheit wahr sein Wissen zu erweitern. Dabei war er kein Kopfhänger. Als Knabe hatte er sein redliches Teil kecker Jugendstreiche vollführt und sich sogar den Ruf als ein *ganz Schlimmer* zugezogen, und unternehmend und lustig war auch der Geselle. Aber er hatte offenbar von der Mutter eine tüchtige Dosis Solidität und Pflichtgefühl ererbt, und sie erhielten, je mehr er heranreifte, immer mehr in ihm die Oberhand. Dankbar gedenkt er unter anderm der geistigen Anregungen, die er in Freiburg im Breisgau und Salzburg in den katholischen Gesellenvereinen empfing, in denen damals von religiösem Fanatismus noch nichts zu merken war, belehrende Vorträge allgemeiner Natur gehalten wurden, und junge Kapläne selbst für fröhliche Unterhaltung sorgten. Er war bei den Vorträgen ein aufmerksamer Hörer und beim Unterricht ein lernbegieriger Schüler. Im Mai 1860 kam er nach Leipzig, wo er sich 4 Jahre später als Drechsler selbständig machte, seine Lebensgefährtin und seinen wahren Lebensberuf fand.

Leipzig wurde Bebels sozialpolitisches Damaskus. Aber es dauerte eine gute Anzahl Jahre, bis aus dem kleinbürgerlich erzogenen, erst liberal und dann demokratisch denkenden Handwerker der Vorkämpfer des proletarischen Sozialismus wurde. Während er aus der Schicht der Lohnarbeiter heraustritt, was aber noch auf lange hinaus für ihn keine ökonomische Verbesserung be-

deuten sollte sondern vorerst nur erhöhte Sorgen brachte, macht er geistig Schritt für Schritt den Entwicklungsgang durch, den in der ganzen Epoche die deutsche Arbeiterklasse sozial vollzog, so daß wir, was in ihm vorging, geradezu als die ideologische Rückwirkung dieses sozialen Entwicklungsgangs vor uns haben. Daß er Jahre zu dieser geistigen Umbildung brauchte, die viele im Handumdrehen vollzogen, ist selbstverständlich nicht auf schwerfälliges Begreifen zurückzuführen. Er wird, kaum daß er in den 1861 gegründeten Leipziger gewerblichen Fortbildungsverein eingetreten war, auch bald in allerhand Ausschüsse gewählt, wo er gewöhnlich schnell Vorsitzender oder Schriftführer wird, und es dauert auch nicht lange, bis er rednerisch hervortritt. Aber er hat Partei ergriffen, sich für bestimmte Anschauungen erklärt und verteidigt sie mit der ganzen Energie seines Temperaments gegen Sozialisten, deren Parteigenosse er später wird. Denn der Sozialismus wurde in einer ziemlich zweifelhaften Gestalt als politisches Postulat formuliert, und ob das von den Sozialisten geforderte allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht politisch zum Heil führen würde, bezweifelten, wie man weiß, nicht nur *Bourgeois*. Als 1862 die Frage des Wahlrechts Gegenstand der Debatten in Leipziger Versammlungen wurde, hatte Bebel, damals selbst noch Lohnarbeiter, dort lebhaft die von vielen bildungsfrohen Arbeitern geteilte Ansicht verfochten, daß die Arbeiterklasse (oder, wie man sich damals ausdrückte, der *Arbeiterstand*) für das Wahlrecht »noch nicht reif« sei, und wenn man das Wort auf die soziale Gestalt der Klasse bezog, so barg es auch einen richtigen Kern. Allerdings verstanden Bebel und Gleichgesinnte damals den Begriff *reif* fast nur erst im Sinn der schulmäßigen Bildung. Dann wird Bebel in die Bewegung der *Veinstage deutscher Arbeitervereine* hineingerissen, und als Kämpfer in der Arbeiterbewegung wird er sich darüber klar, daß die Wahlrechtsfrage, so wie sie sich ihm ursprünglich präsentiert hatte, falsch gestellt war, und aus dem Gegner wurde ein Vorkämpfer des gleichen Wahlrechts aller. Daß er es aber schwerlich schon zu jener Zeit geworden wäre, wenn Lassalle nicht 1863 mit so großer Kraft die Fahne des Wahlrechts erhoben und eine zwar kleine, aber von propagandistischem Eifer erfüllte Arbeiterschaaer für sich gewonnen hätte, läßt Bebel nicht in Zweifel. Ebenso hebt er hervor, daß er als Sozialist über Lassalle zu Marx gekommen sei. Die Lassalleschen Schriften, die er las, und den lassalleanischen Agitatoren mit genauer Kenntnis ihrer Theorien entgegengetreten zu können, hätten ihn selbst nachwirkend bekehrt. So gern er anerkenne, führt er aus, daß Wilhelm Liebknecht ihm in Manchem ein Lehrer gewesen sei, so sei doch gerade die viel verbreitete Meinung falsch, daß Liebknecht, der 1865 nach Leipzig kam, ihn zum Sozialismus bekehrt habe. Liebknecht habe nur einen sich bei ihm schon vollziehenden geistigen Entwicklungsprozeß beschleunigen helfen.

Obwohl wir uns meist über nichts leichter täuschen als über die geistigen Einflüsse, die die Entwicklung unseres Denkens bestimmen, kann man hier Bebels Darstellung als in allem wesentlichen richtig annehmen. Wie wäre es auch sonst möglich gewesen, daß er noch Jahre nach seiner Bekanntschaft mit Liebknecht und als Liebknechts Mitstreiter im Kampf gegen die spezifische Lassallesche Partei doch den Sozialismus vornehmlich im Licht der Lassalleschen Deduktionen auffaßte? Liebknecht hat viel dazu beigetragen die Unterschiede klarzulegen, die zwischen den praktischen Anwendungen der Marxschen Theorie und der Lassalleschen Praxis bestanden, und auch das hat er, wie man weiß, zum Teil mit Argumenten getan, die ganz und gar nicht Marxisch,

waren. Aber eine Klarlegung der fundamentalen Differenzen zwischen der Marxschen Lehre und dem Lassalleschen Sozialismus hat er damals und auch später nicht geliefert. Der Kampf der sozialistischen Fraktionen in Deutschland drehte sich lange Jahre nicht um die Grundbegriffe der Bewegung sondern um Fragen zweiten Grades, um die Formen der Bewegung, um die politische Praxis und um Persönlichkeiten. Das weiß man im allgemeinen längst. Aber Bebels Schilderungen führen es in sehr lebendiger Anschaulichkeit vor und liefern manche interessante Beiträge zur Geschichte jener Kämpfe.

Aus Bebels Buch geht namentlich plastisch hervor, eine wie große Rolle im Parteistreit der Sozialdemokratie Deutschlands die deutsche Frage gespielt hat. Das Vorspiel dieses Streits war der Konflikt Lassalle-Marx über die Stellung zum italienischen Krieg gewesen. Sein erneuter Ausbruch wurde durch Lassalles Rede *Die Feste, die Presse etc.* vom Herbst 1863 und seine Verteidigungsrede im Hochverratsprozeß vom März 1864 vorbereitet und wäre unvermeidlich geworden, wenn Lassalle am Leben geblieben wäre und die von ihm ins Auge gefaßte Agitation für die Annexion Schleswig-Holsteins durch Preußen ins Werk gesetzt hätte. Und er wurde Tatsache und auf die Spitze getrieben, als J. B. von Schweitzer die geistige Führung und etwas später das Präsidium des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* übernahm. Schweitzer, der 1872 als politisch verdächtig aus der Bewegung ausgeschieden wurde und schon 1875 starb, hat in Franz Mehring einen warmen Verteidiger gegen die Anklage gefunden, daß er bezahlter Agent Bismarcks gewesen sei, und Dr. Gustav Maier, dessen Buch *Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie* die Geschichte der deutschen Frage sehr eingehend und sachgemäß schildert, nimmt ebenfalls Schweitzer gegen den Verdacht der politischen Korruption in Schutz. Gegen diese und andere Reinigungsversuche wendet sich nun Bebel mit großer Vehemenz. Er widmet der Rolle, die Schweitzer in der Bewegung gespielt, ein ziemlich langes, aber nichts weniger als langweiliges Kapitel seines Buches. In dieser wichtigen Abhandlung, die den Titel *Die Periode des Herrn von Schweitzer in der proletarischen Arbeiterbewegung* trägt, wird zwar Schweitzers außerordentliche Begabung anerkannt, im übrigen aber wird er von Bebel als mit demagogischen Mitteln arbeitender Streber, schlaue berechnender Intrigant und Genußmensch hingestellt, von dem es gar nicht bezweifelt werden könne, daß er zeitweilig bezahlter Agent Bismarcks war.

Es muß zugestanden werden, daß das Anklagematerial, das Bebel für seine Anschauung erbringt, sehr schwer ins Gewicht fällt, und man es nach Lesen des Bebelschen Buches durchaus begreifen kann, wie Schweitzers Zeitgenossen zu der Anschauung kommen konnten, daß er Bestechungsgelder empfing. Seine in sehr kurzer Zeit hin und her sich vollziehenden politischen Wandlungen lassen J. B. von Schweitzer, den Sohn eines Elternpaares, um dessen Ehrbegriffe es recht windig stand, schon als wenig gefestete Persönlichkeit erscheinen, und wenn man es ihm nicht allzu schwer anrechnen will, daß er über seine Mittel lebte, so weist doch jedenfalls die Art, wie er es tat, ebenfalls auf ein Defizit im Charakter hin. Er erhielt bei seinen politischen Verurteilungen von den Behörden Vergünstigungen zugebilligt wie kaum ein zweiter, und die von ihm 1866 als Leiter des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* betriebene politische Taktik war unzweifelhaft eine Unterstützung der Bismarckschen Politik. Er

stand mit Bismarcks Adlatus, dem Geheimen Rat Hermann Wagener, in Verkehr und wurde im norddeutschen Reichstag wiederholt von preußischen Hochkonservativen mit auffallender Vertraulichkeit begrüßt. Dies und Schweitzers Manöver im *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein*, durch die er nicht nur sich im Präsidentenamts sondern auch dieses von jeder, nicht bloß nominellen Kontrollinstanz frei zu halten suchte, bilden zusammen gewiß äußerst belastende Verdachtsmomente. Aber was kann man aus ihnen folgern? Mit zwingender Kraft meines Erachtens nicht mehr, als daß Schweitzer in seiner Weise das politische Spiel fortsetzte, das Lassalle am Schluß seines Lebens eingeleitet hatte. Schweitzer hat als Politiker nichts getan, wofür er sich nicht mit Fug und Recht auf Lassalle hatte berufen können, der ungemein viel von ihm hielt und mit ihm vor seiner verhängnisvollen Reise in die Schweiz noch eine 14tägige Reise an den Rhein und durch die Pfalz gemacht hatte, auf der sie über die Gründung des *Sozialdemokraten* einig wurden und dabei sicherlich über die Fragen der politischen Situation und Taktik sich eingehend verständigt haben werden. Einen Monat vor jener Reise aber hatte Lassalle im Hochverratsprozeß erklärt:

»Es ist ein altes Gesetz der Geschichte, welches sich in England und Frankreich auf das wiederholendste betätigt hat, daß alle äußersten Parteien eine natürliche Affinität für einander empfinden, einen natürlichen Zug, eine gewisse chemische Wahlverwandtschaft, einander gegen die Partei der Mitte zu unterstützen. Dies hat sich seitens aller Fraktionen der konservativen Partei im höchsten Grade gezeigt. Die konservative Partei hat mich in ihren Versammlungen wie in ihren Blättern (*Kreuzzeitung, Allgemeines Volksblatt, Berliner Revue* etc. etc.) auf die nachhaltigste Weise unterstützt.«

Das war nichts anderes als die Rechtfertigung einer etwaigen Kooperation der Sozialdemokratie mit den preußischen Konservativen. Daß Lassalle, als er diese Kooperation in Betracht zog, auch nicht entfernt daran dachte sich an die Konservativen oder die Regierung zu *verkaufen* sondern nur ausschließlich vorhatte durch sie eine bestimmte, seines Erachtens für die Arbeiterbewegung äußerst wichtige politische Reform zu erwirken, kann gar nicht mehr bestritten werden. Warum aber dann dieses Benefizium des unanfechtbaren Zwecks seines politischen Verhaltens nicht auch seinem Nachfolger und bis zu einem gewissen Grad auch Schüler zubilligen? Diese Zubilligung würde selbstverständlich noch nicht Anerkennung der Richtigkeit des politischen Verhaltens und Billigung der sonstigen Manöver Schweitzers heißen. Sie würde nur einen Mann, der der Arbeiterbewegung als Aufklärer über ihre Ziele unzweifelhaft große Dienste geleistet hat, von einem Odium befreien, für das sich ein stringenter Beweis nun einmal nicht erbringen läßt, und gegen das schließlich doch der Abschluß von Schweitzers Laufbahn Zeugnis ablegt.

So häßlich die Zuschrift ist, die Schweitzer unmittelbar nach seiner Ausstoßung aus dem *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* an die *Berliner Börsenzeitung* gegen seine früheren Kampfgenossen gerichtet hat, so darf man bei ihrer Beurteilung nicht vergessen, daß sie durch einen Akt verletzender Undankbarkeit verursacht war, dessen intellektueller Urheber zuletzt berechtigt gewesen wäre gegen Schweitzer als Ankläger aufzutreten. Was C. W. Tölcke als Beweis dafür vorbrachte, daß Schweitzer Regierungssagent sei, ist lächerlich nichts-sagend. Schweitzer, der genug Proben seiner großen Begabung abgelegt hatte, wandte sich, von der eignen Partei verstoßen, weder einer andern Partei zu, noch sehen wir ihn in einer staatlichen Anstellung landen, die ihm, sofern er Agent gewesen, sicher nicht vorenthalten geblieben wäre, sondern sich

schlecht und recht als Theaterschriftsteller durchschlagen. Irrtum ist auch, daß er die Sozialdemokratie in einer Posse verhöhnt habe. Er hat nur jemand, der einen ängstlichen Philister verhöhnen wollte, als Zerrbild eines sozialdemokratischen Agitators auftreten lassen. Man darf ihm ferner nicht alles anrechnen, was im *Sozialdemokraten* an Angriffen gegen seine sozialdemokratischen Gegner enthalten ist. Bis Wilhelm Hasselmann in die Redaktion des *Sozialdemokraten* eintrat, war die Polemik des Blattes nicht unanständig, sie beschränkte sich meist auf ein kurzes ironisches Abwehren. Erst mit dem Eintritt Hasselmanns, der ein Fanatiker war, wird die Polemik des Blattes unanständig gehässig.

Unbedingt recht hat dagegen meines Erachtens Bebel, wenn er Schweitzer dessen Lebensführung zum politischen Verbrechen anrechnet. Hier liegt dessen größte Schuld. Wie das verstanden werden soll, habe ich vor Jahresfrist in einem Aufsatz über das Maierische Buch ausgeführt, und ich erlaube mir die betreffende Stelle hier zu wiederholen:

»Seine [Schweitzers] Lebensgewohnheiten, nicht seine politischen Maximen, konstituieren seine politische Schuld. Es handelt sich da nicht etwa um kleine Unregelmäßigkeiten, die nur Pharisäer dem bedeutenden Mann nachtragen könnten, nicht um zeitweiliges Vergessen seiner Arbeitslust in irgendwelchem Genußbrauch sondern um den ganzen, systematisch gepflegten Stil seines Lebens. Der Arbeiterführer, der Schulden machte, um — im damaligen Berlin! — sich eigene Equipage zu halten, der in Städten, wo er sprach, im offenen Zweispänner Einzug hielt, um sich auf der Straße von seinen Anhängern bejubeln zu lassen, verrät damit einen Mangel, der mehr bedeutete als bloße momentane Geschmacksverirrung. Er appellierte damit ebenso oder noch mehr an Niedrigkeiten der Menschenseele wie der Führer, der vor den Augen der Masse den Sansculotte spielt. Er zeigte, daß in seinem Innern eine stärkere Saite für die Konservativen vibrierte als nur die Übereinstimmung in der Gegnerschaft gegen die pflichtlose Jagd nach dem Profit. Schweitzers Lebensstil zeigte nicht die geistige Unabhängigkeit von den Launen und Vorurteilen der Masse, die jeder Führer erstreben und bewahren soll, sondern das Bedürfnis nach einer sozialen Distanzierung, wie sie nur dort demonstrativ gepflegt werden kann, wo keine wahre Solidarität des sozialen Empfindens mit den Geführten besteht.«

Die politischen Verhältnisse Deutschlands waren in den Jahren, in die das Wirken Schweitzers fällt, 1865 bis 1870, noch nicht so geklärt, daß man nicht bei gleich ehrlicher sozialdemokratischer Gesinnung in der Stellung zu den großen Fragen der deutschen Politik zu entgegengesetzten Schlüssen kommen konnte. Zu welchen Schlüssen er aber kam, von dem Mann, der Führer der Partei sein wollte, durfte man verlangen, daß er offen und rückhaltlos seine Meinung kundgab und zu ihr stand. Das jedoch hat Schweitzer nicht getan. Er hat sich mit Andeutungen begnügt, wo bestimmte Stellungnahme erfordert war, zwischen zwei Extremen hin und her laviert. Es war das zum Teil in Verhältnissen der Partei begründet, die man ihm nicht zur Last legen kann, in hohem Grad aber freilich auch in seinem Mangel an innerem Halt, seinem kühlen Intellektualismus. Daher mußte Schweitzer einen Bebel so abstoßen, der ja auch seine Wandlungen durchgemacht hat, aber doch in jeder Phase das, was er war, ganz war, der oft genug mit seinen Mitkämpfern in Streit lag, aber sich immer dabei als einer der Ihren fühlte und gab. So sehr Bebel weiß, was an ihm ist, und so treuherzig er dies Selbstbewußtsein manchmal zum Besten gibt, so gibt es zwischen ihm und der Partei doch keine seelische Distanz. Er hat in den Diskussionen der Partei nicht selten das Temperament des Diktators an den Tag gelegt, aber er hat nie den Versuch gemacht, ja ich glaube hinzuzufügen zu können: sich nicht einmal je gedanklich versucht ge-

fühlt, seinen großen Einfluß in der Partei zum diplomatischen Spiel mit ihr über die Köpfe der Mitstreiter hinweg auszunutzen. Das steht in zu starkem Widerspruch zu seiner ganzen politischen Denkweise, zu seinem demokratischen Glauben.

Neben seinen allgemein bekannten Begabungen ist die Art wie sich bei ihm ungemein starke Subjektivität und völlige Identifizierung des Ich mit der Sache mischen die auszeichnende Eigenschaft Bebels. Davon legt jede Seite seines Wirkens in der Partei, davon auch jede Seite seines Buches Zeugnis ab. Groß ist die Zahl der Sozialdemokraten, denen die Partei alles ist, und es mag unter ihnen nicht wenige geben, deren Hingebung an die Partei unmöglich übertragen werden kann. Aber um sich mit ihr in der gleichen Weise identifizieren zu können wie Bebel, müßten sie so mit ihr geworden sein, so auf ihr Werden und ihre Gestaltung eingewirkt haben, ihr zugleich auch so als Mitschöpfer gegenüberstehen wie er. Das jedoch ist ein einzigartiges Verhältnis, das sich nicht wiederholen kann. Im Sinn dieser Identität nun ist es zu verstehen, wenn oben Bebels Buch unpersönlich genannt wurde. Seine unpersönliche Erzählungsweise ist nicht mit der Objektivität des unbeteiligten Historikers zu verwechseln. Es ist immer der Parteimann, der erzählt, und zwar ein Parteimann, in dem die Empfindungen, die die geschilderten Kämpfe in ihm erweckten, noch stark nachleben. So ist es Bebel nicht gegeben sein Urteil über Personen, die seines Erachtens nicht das waren, für das sie gehalten wurden, aus konventionellen Rücksichten zu übermalen. Er spricht den Tadel nicht immer aus, er begnügt sich ihn durch ein Schweigen anzudeuten, das der aufmerksame Leser nicht mißverstehen kann. Aber er sagt nie *weiß* oder *grau*, wo er *schwarz* denkt. An einer Stelle seines Buches schreibt er von Bismarck, es habe ihm immer an diesem imponiert, daß er ein so starker Hasser war. Gewiß, in der Fähigkeit des Hassens ähnelten die beiden B einander. Aber, und das ist der Unterschied, der eine haßte die Personen und fand nicht Ruhe, bis er durch Demütigungen seine Rache an ihnen gekühlt. Bebel haßt Handlungen und Sachen, und darum kann er an jener Stelle hinzufügen, daß er dagegen der Art wie Bismarck seinen Haß zu befriedigen pflegte keinen Geschmack abgewinnen konnte.

Bebels Erinnerungen sind ein äußerst wertvoller Beitrag zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, literarisch manchmal etwas trocken, aber desto reicher an Material, und von Anfang bis zu Ende von jenem Geist erfüllt, den man bei Memoiren so oft vermißt: dem Streben rückhaltlos wahr zu sein, gegen sich und andere.

XX
**ARTHUR SCHULZ · ZUR ABWEHR DER LEBENS-
 MITTELTEUERUNG**



WEI Elementarereignisse haben in diesem Jahr die deutsche Landwirtschaft derart heimgesucht, daß sie auch der Gesamtheit der Konsumenten sehr unangenehm fühlbar geworden sind. Wieder einmal trat die gefürchtete Maul- und Klauenseuche von der russischen Grenze aus ihren verheerenden Zug nach dem Westen durch ganz Deutschland an; indem unter ihrem Einfluß die Milcherzeugung stark zurückging, trug sie zur Verteuerung von Milch und Butter wesentlich bei. Anfang Juni begann eine katastrophale Hitze und Dürre, die im größten Teil Deutsch-

lands bis in den September hinein anhielt. Sie führte eine völlige Mißernte an Grummet und Zuckerrüben herbei, verursachte im Kartoffelertrag einen Ausfall von etwa einem Viertel der Normalernte und schädigte auch das Wachstum des Gemüses und der Futtergräser sehr bedeutend. Glücklicherweise fiel die Getreide- und besonders die Roggenernte nach Quantität und Qualität so gut aus, daß einer Brotteuerung vorgebeugt ist, und das Manko an Futterstoffen durch den Überschub an Korn und Stroh wenigstens für den Bedarf der Rinderhaltung einigermaßen ausgeglichen wird. Es zeigt sich hier also recht klar, daß die Erhaltung des Getreidebaus eine recht willkommene Teilung des Produktionsrisikos zwischen Ackerbau und Viehwirtschaft darstellt, die in Jahren mit extremen Witterungsverhältnissen der Volkswirtschaft und der Volksernährung sehr zugute kommen kann. Übertriebene Mißerntebefürchtungen und Spekulationen des Zwischenhandels führten im Frühherbst eine maßlose Steigerung der Kartoffel- und Gemüsepreise herbei, und noch immer halten sich die letzteren auf einem anormal hohen Niveau. Noch schlimmere Folgeerscheinungen der Sommerhitze stehen jedoch den Konsumenten für das nächste Jahr bevor, wenn die Landwirte, die in diesem Herbst infolge der partiellen Futtermißernte ihren Rindvieh- und vor allem ihren Schweinebestand vermindern müssen, daran gehen ihre Viehbestände wieder zu ergänzen, und infolgedessen die zurzeit noch mäßigen Rindvieh- und niedrigen Schweinepreise und mit ihnen die Fleischpreise steigen. Es war deshalb ganz richtig, daß die Hilfsaktion des Reichs und der Einzelstaaten zunächst darin bestand durch eine 50prozentige Ermäßigung der Tarifsätze den Bezug der wichtigsten Futtermittel zu erleichtern und, indem man gestattete den Mais in den Brenneereien ohne die sonst damit verbundenen steuerlichen Nachteile zu verarbeiten, größere Kartoffelmengen für den menschlichen Genuß und die Schweinefütterung freizusetzen. Nur hätten sich die staatlichen Maßnahmen hierauf und auf die Detarifierung von Seefischen nicht beschränken sollen. Da es sich nun aber in den Teuerungsdebatten des Reichstags herausgestellt hat, daß die Regierung damit genug getan zu haben glaubt und höchstens nur noch eine wenig einschneidende Reform des Systems der Getreideeinfuhrscheine und Getreideausfuhrtarife für diskutabel hält, sollen im folgenden einige Maßnahmen kurz erörtert werden, die die zum Teil schon herrschende und uns jedenfalls bevorstehende Lebensmittelteuerung zu mildern und dabei doch die landwirtschaftliche Inlandsproduktion nicht nur nicht zu schädigen sondern sogar zu fördern geeignet sind: Es wird sich dabei um Maßnahmen des Reichs, der Einzelstaaten und der Städte handeln müssen.

Während die Fleischteuerung des Jahres 1910, die in dem ungünstigen Ausfall der Heuernte des Vorjahrs ihre Ursache hatte, dadurch erträglich gestaltet wurde, daß die Kartoffelernte 1909 besonders reichliche Erträge gebracht und eine sehr starke Ausdehnung der Schweinehaltung (allein in Preußen in dem einen Jahr 1910 um rund 2,3 Millionen Stück) gestattet hatte, besteht das Bedenkliche der gegenwärtigen Situation gerade darin, daß der schlechte Ausfall der Kartoffelernte die Schweinehaltung, die zurzeit 65 % des in Deutschland konsumierten Fleisches liefert und daher unsere Hauptfleischquelle ist, schwer bedroht. Schon einmal waren im letzten Jahrzehnt die Kartoffelerträge ähnlich gering, nämlich im Jahr 1904, das statt der Normalernte von 450 Millionen Doppelzentner nur eine solche von 362 Millionen brachte. Die Folge war die Teuerungsperiode 1905-1906 mit ihren hohen Schweinefleischpreisen. Es steht

sehr zu befürchten, daß die gleiche Ursache im kommenden Jahr die gleiche Wirkung haben wird. Schon deuten die hohen Schweineauftriebszahlen unserer Hauptmärkte, die vom preußischen Landwirtschaftsminister in seiner Reichstagsrede vom 24. Oktober unrichtigerweise als günstige Anzeichen angeführt wurden, darauf hin, daß unsere Landwirte ihre Schweinehaltung einzuschränken beginnen. Und das ist unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten auch sehr verständlich. Den ländlichen Arbeitern und kleinen Bauern mit einem Besitz bis zu 20 Hektar, in deren Betrieben der Schwerpunkt der deutschen Schweinehaltung mit 73 % des Gesamtbestands ruht, liegt es bei geringen Vorräten an selbsterzeugten Kartoffeln näher ihre Schweinebestände zu reduzieren statt sie im Interesse der Gesamtheit, aber zunächst unter persönlichen Opfern durchzuhalten, indem sie teure Krafftuttermittel kaufen. Will man nicht nur eine Auslese der Einsichtigen sondern die gesamte Landarbeiter- und Bauernschaft dahin bringen, daß sie auch nach einer Kartoffelmißernte ihren Bestand an Schweinen auf der alten Höhe erhält und womöglich noch steigert, so muß man ihr billige Ersatzfutterstoffe zugänglich machen. Als solche kommen für Süddeutschland der aus den Ländern an der untern Donau bezogene Mais, für Norddeutschland russische Futtergerste in Betracht. Leider sind beide Futterstoffe noch immer mit Schutzzöllen belastet, der Mais mit 3 Mark, die denaturierte Futtergerste mit 1,30 Mark pro Doppelzentner. Trotzdem ist in den ersten 9 Monaten dieses Jahres gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1910 die Einfuhr von Mais um 1,84 Millionen Doppelzentner oder um rund 50 % und von Gerste gar um rund 5,97 Millionen Doppelzentner oder dem Wert nach um 96,50 Millionen Mark gestiegen. Diese Zunahme des Imports würde aber noch sehr viel größer sein, wenn die Zölle suspendiert oder an die Landwirte, die Auslandsmais oder -gerste verfüttern, zurückgewährt werden könnten. In diesem Fall würden die Landwirte wahrscheinlich genügend Mais und Futtergerste kaufen, um den Mangel an Kartoffeln auszugleichen, während ohne diese zollpolitischen Maßnahme mit einem Rückgang der Schweinehaltung im Winter 1912 und mit der darauf gesetzmäßig folgenden Preishaussé zu rechnen ist.

In richtiger Erkenntnis dieser Zusammenhänge sprachen sich die landwirtschaftlichen Berufsvertretungen der süddeutschen Staaten für eine zeitweilige Aufhebung des Maiszolls in Form der Rückgewährung an den Verbraucher aus, und die bayrische Regierung übernahm es einen dahingehenden Antrag beim Bundesrat zu stellen und zu vertreten. Es ist im Interesse der Volksernährung, die dadurch vor einer nicht leicht zu nehmenden Krisis hätte bewahrt werden können, und nicht weniger im Interesse der bäuerlichen Landwirtschaft zu bedauern, daß dieser Antrag, anscheinend vor allem aus Rücksicht auf die Reichsfinanzen, von den verbündeten Regierungen abgelehnt wurde. Es wird Aufgabe der Bauern wie der städtischen Konsumenten bleiben müssen die Reichsregierung von der überwiegenden Nützlichkeit dieser Forderung zu überzeugen, und es ist zu hoffen, daß sie noch rechtzeitig nachgibt. Doch sollte man auch auf zeitweilige Aufhebung des Gerstenzolls dringen. Gerade die russische Futtergerste wird in Hannover, Westfalen und Schleswig-Holstein, also in den wichtigsten Schweinezuchtprovinzen Preußens, in großem Umfang zu Mästungszwecken verwandt, und der auf ihr lastende Zoll von 1,30 Mark verteuert, so gering er scheint, die Produktion eines Zentners Schweinefleisch bei der dort üblichen Fütterungsweise, wie Professor Auhagen

auf der letzten Generalversammlung der *Vereinigung deutscher Schweinezüchter* berechnet hat, immerhin um 4,70 Mark.¹⁾ Eine Verbilligung der Schweinemästung um diesen Betrag hätte außerdem den volkswirtschaftlich wertvollen Erfolg auch die o s t d e u t s c h e Landbevölkerung an die Verwendung russischer Futtergerste, wenigstens zum Ausgleich der so oft wiederkehrenden Kartoffelfehlernten, zu gewöhnen und dadurch die Schweinefleischerzeugung stabiler zu gestalten. Endlich wäre zu erwägen, ob man nicht der neuesten Erscheinung auf dem Weltfuttermittelmarkt, der so überaus nährstoffreichen Sojabohne, die in der Mandchurei in großem Umfang angebaut und seit einigen Jahren auch nach Europa exportiert wird, den Eintritt in das Deutsche Reich durch Aufhebung des auf Hülsenfrüchte gelegten Zollsatzes von 1,50 Mark erleichtern sollte.

Gewöhnlich wird in den Resolutionen städtischer Volksversammlungen, die sich mit der Teuerungsfrage beschäftigen, neben Aufhebung der letzten Futtermittelzölle schlankweg Aufhebung aller Vieh- und Fleischzölle verlangt. Allein es läßt sich doch wohl nicht bestreiten, daß die letztgenannte Forderung zum mindesten nicht den gleichen Grad einleuchtender Berechtigung hat wie die erstgenannte. Gewiß, gegenüber Dänemark und Holland, die im wesentlichen auf der gleichen Intensitätsstufe stehen und daher mit dem selben Kostenaufwand produzieren, bedarf die deutsche Tiererzeugung wenigstens dann des Zollschatzes nicht mehr, wenn auch die letzten deutschen Futtermittelzölle gefallen sein werden. Aber im Westen der Vereinigten Staaten, in Kanada, Argentinien und Australien sind bei der dortigen prairiemäßigen Haltung und nur oberflächlichen Pflege der weidenden Rinder- und Schweineherden die Kosten der Tierproduktion um zu vieles geringer, so daß nach Beseitigung der Vieh- und Fleischzölle auch heute noch die deutsche Viehhaltung und mit ihr der deutsche Bauernstand niederkonkurriert werden müßte. In einer Polemik gegen mich hat Genosse K. Kautsky einmal berechnet, daß die Einwohnerzahl der ländlichen Gemeinden (mit weniger als 2000 Einwohnern) in Württemberg, Baden, Hessen und Bayern von 1895 bis 1907 um 135 141 Personen abgenommen hat.²⁾ Das geschah in einer Zeit, in der die wesentlichsten Produkte bäuerlicher Arbeit im Preis stiegen. Um wieviel stärker müßte die Landflucht anwachsen, wenn sie infolge einer Beseitigung der Vieh- und Fleischzölle einmal einen rapiden Sturz erleben sollten. Eine bis zur Auflösung des deutschen Bauernstands zunehmende Landflucht — und eine solche ist bei völliger Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle noch heute zu befürchten — können aber auch die städtischen Konsumenten in ihrem eigenen Interesse nicht wünschen; denn sie dürften aus der Geschichte gelernt haben, daß jede Nation nur e i n e n Bauernstand zu haben scheint und sich, wenn er einmal zugrunde gegangen ist, nicht nach Belieben einen neuen zu schaffen vermag. Dazu kommt, daß aus gewichtigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Gründen das deutsche Volk gerade in der Gegenwart und nächsten Zukunft vor die Aufgabe gestellt ist sich in Ostelbien auf dem Areal der bisherigen Rittergüter aus einheimischen Landarbeiter- und westdeutschen Bauernfamilien und, wenn möglich, auch aus Industriearbeiterfamilien eine stärkere bäuerliche Bevölkerung heranzuziehen. Diese Aufgabe aber kann durch keine andere Maßnahme der Zoll- und Handelspolitik so erleichtert werden als dadurch, daß die Futtermittelzölle aufgehoben werden, und die Vieh- und Fleischzölle noch ein bis anderthalb Jahr-

¹⁾ Siehe die Rubrik *Landwirtschaft* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1912, 2. Band, pag. 726.

²⁾ Siehe *Kautsky Der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft* in der *Neuen Zeit*, 1910-1911, 2. Band, pag. 355.

zehnte bestehen bleiben. Das mögen besonders auch diejenigen liberalen Kreise bedenken, die in der bäuerlichen Besiedlung Ostdeutschlands eines ihrer wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele erblicken, trotzdem aber Aufhebung der Futtermittel- und aller Vieh- und Fleischzölle in einem Atem fordern. Endlich dürften die Bewohner der Städte bei einer derartigen Agrarpolitik auch als Konsumenten und Käufer landwirtschaftlicher Produkte ganz gut ihre Rechnung finden, auf die Dauer jedenfalls besser als wenn sie sich in einer Zeit, da das Reich ernsthaft daran denkt durch Bildung eines Petroleumhandelsmonopols das Joch der *Standard Oil Company* abzuschütteln, in der viel wichtigeren Fleischversorgung vom amerikanisch-argentinischen Fleischtrust abhängig machen wollten.

Aus all diesen Gründen ist der städtischen Konsumentenschaft im allgemeinen und der sozialdemokratischen Industriearbeiterschaft im besondern anzuraten ihre Forderung völliger Beseitigung der Vieh- und Fleischzölle mindestens einstweilen zurückzustellen und um so mehr alle Kraft darauf zu konzentrieren, daß die letzten Futtermittelzölle zunächst suspendiert und später abgeschafft werden. Dieser längst spruchreifen, aber durch die diesjährige Futtermißernte geradezu dringlich gewordenen Maßnahme kann und darf das Reich sich nicht länger entziehen.

IN einer parteigenössischen Agitationsschrift des letzten Jahres wird dem Leser das verlockende Bild von einem an unseren Grenzen sich drängenden »Überfluß an billigem Schlachtvieh« vor die Augen gezaubert, das »sich sozusagen die Stirn an unseren Grenzpfählen wundreibt und nach Deutschland hinein will, um hier geschlachtet zu werden.«³⁾ Dieses schöne Bild gleicht leider nur zu sehr einer *Fata Morgana*, der die rauhe Wirklichkeit durchaus widerspricht. Von unseren Nachbarstaaten haben wir für unsere Fleischversorgung allzuviel nicht zu hoffen, und von Jahr zu Jahr werden wir immer mehr darauf hingewiesen unsere Inlandsproduktion zu steigern und zu verbilligen. Was die Einzelstaaten, in deren Aufgabenkreis die Fürsorge für die Hebung der einheimischen Fleischherzeugung fällt, in dieser Beziehung zweckmäßigerweise tun können, habe ich in einem frühern Artikel erörtert.⁴⁾ Den dort empfohlenen möchte ich an dieser Stelle noch zwei Maßnahmen mit kurzer Begründung hinzufügen.

Die Tierseuchenbekämpfung, die in Anbetracht der Tatsache, daß der deutsche Tierbestand einen Wert von etwa 6 Milliarden Mark hat, so überaus wichtig ist, hat zwar in den letzten Jahren einige Fortschritte gemacht, indem es Professor Ostertag gelungen ist ein zuverlässiges Verfahren zur Tilgung der Tuberkulose der Rinder zu finden, und Professor Wassermann die gefährliche Schweineseuche durch Impfung zu bekämpfen gelehrt hat.⁵⁾ Aber es ist doch recht deprimierend, daß es trotz 16jähriger wissenschaftlicher Arbeit bisher nicht möglich war den Ansteckungsstoff der Maul- und Klauenseuche zu finden, seine Form festzustellen und seine biologische Entwicklung zu ergründen, und daß wir daher die Verheerungen dieser überaus ansteckenden Seuche erdulden müssen, ohne sie wirksam bekämpfen zu können.⁶⁾ Bei dem außerordent-

³⁾ Siehe Wendel *Hie Fleischwucher! Hie Gottesgnadentum!* / Frankfurt 1910 /, pag. 4.

⁴⁾ Siehe meinen Artikel *Ist eine Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Tierproduktion möglich?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 1. Band, pag. 174 ff.

⁵⁾ Siehe Wassermann *Neueste Erfahrungen auf dem Gebiet der Tierseuchenbekämpfung (Veröffentlichungen der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen, 4. Heft)* / Münster 1907 /, pag. 65 ff.

⁶⁾ Siehe Eggeling *Der derzeitige Stand der Maul- und Klauenseuche und die Wirkung der verschiedenen gegen sie angeordneten Maßnahmen im Jahrbuch der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1911, pag. 373 ff.

lich großen Schaden, den gerade diese Seuche den Viehbesitzern und mittelbar den Konsumenten zufügt, scheint es angezeigt, daß die Staaten größere Mittel aufwenden, um endlich ihre Ursachen zu erforschen und dadurch eine besser begründete Basis für ihre Prophylaxe und Bekämpfung zu schaffen. Da aber Krankheiten und Seuchen nicht ausgerottet werden können, ja bei dem heutigen Intensitätsgrad der deutschen Viehhaltung eher zunehmen, ist es von hoher Wichtigkeit die Produktion durch eine gut organisierte Schadensversicherung zu unterstützen und zu ermutigen. Leider bestehen nur in 2 Staaten, Bayern und Baden, staatliche (und zwar fakultative) Viehlebensversicherungsanstalten, und nur Sachsen, Schwarzburg-Sondershausen, die beiden Reuß und ganz neuerdings Hessen besitzen staatliche Schlachtviehversicherungen.⁷⁾ Auf diesem Gebiet sind also im gemeinsamen Interesse der Produzenten und Konsumenten noch bedeutsame gesetzgeberische Aufgaben zu lösen, und besonders Preußen sollte hier endlich den Vorsprung kleinerer Staaten einzuholen suchen.

Aber so wichtig auch derartige Maßnahmen der Einzelstaaten sind, das wichtigste Mittel die Tierproduktion zu steigern und zu verbilligen bleibt doch die Erhaltung oder Herbeiführung einer richtigen Besitzverteilung, das heißt einer solchen, in der das zur Tierzucht und Tiermästung besonders geeignete bäuerliche Element überwiegt. Wo, wie seit einigen Jahren im Rheinland und in Südbayern, die unliebsame Erscheinung auftritt, daß reiche Industrielle und Großhändler bäuerlichen Besitz zur Bildung von Luxus- und Jagdgütern zusammenkaufen, muß dieser Verdrängung auf eigenem Grund fleißig arbeitender Familien mit den Mitteln der Gesetzgebung und Verwaltung eine unübersteigbare Schranke gezogen werden. Wo noch in einzelnen Staaten, wie besonders in Preußen und Bayern, weite Odlandsflächen und Hochmoore ertraglos und menschenleer daliegen, müssen sie nach dem überaus erfolgreichen Vorbild, das das Großherzogtum Oldenburg gibt, mit kleineren und mittleren Bauern besiedelt werden. Vor allem aber muß im östlichen Deutschland auf dem Land der bisherigen Rittergüter eine großzügige innere Kolonisation getrieben werden. Da es in unserer Partei infolge der jahrzehntelangen Herrschaft unrichtiger Agrartheorien noch immer nicht allgemein zugegeben ist, daß die bäuerliche Binnensiedlung das Hauptmittel die tierische Produktion zu erhöhen und zu verbilligen darstellt, muß die zuletzt erhobene Forderung an dieser Stelle in Ergänzung früherer Darlegungen⁸⁾ kurz begründet werden.

Es ist allgemein bekannt, daß Landstriche mit bäuerlicher Besitzverteilung eine viel größere Viehdichtigkeit aufweisen als Großgüterdistrikte, und daß in der selben Gegend bäuerliche Betriebe im Verhältnis zu ihrer Fläche viel mehr Vieh ernähren als Großbetriebe. Dieser Erfahrungssatz findet sogar in einem Land Bestätigung, das so hochkultivierte und mit so großer Intelligenz und Kapitalintensität bewirtschaftete Großbetriebe aufweist wie die Provinz Sachsen. Dr. Karl Bielefeldt, der kürzlich die Entwicklung der sächsischen Landwirtschaft eingehend untersucht hat, teilt die Beobachtung mit, daß »in bäuerlichen Wirtschaften die Vermehrung des Nutztviehbestands oft den ersten Kapitalaufwand im landwirtschaftlichen Betrieb bildete, während sie in der Großlandwirtschaft

⁷⁾ Siehe Reichert *Die Organisation der deutschen Fleischversorgung* im Archiv des deutschen Landwirtschaftsrats, 1911, pag. 92 ff.

⁸⁾ Siehe meine Aufsätze *Volksernährung und innere Kolonisation im Osten Deutschlands, Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Bauernguts und der Binnensiedlung* und *Zum landwirtschaftlichen Produktionsproblem* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 1. Band, pag. 381 ff., und 2. Band, pag. 613 ff. und 1028 ff.

häufig erst an letzter Stelle vorgenommen wurde.⁹⁾ Noch mehr als in der Rindviehhaltung ist der klein- und mittelbäuerliche Betrieb in der Schweinehaltung überlegen, die ja als Hauptquelle des in Deutschland verzehrten Fleisches besondere Förderung verdient und deshalb im Mittelpunkt dieser Erörterungen steht. Es ist bekanntlich durch die Reichsstatistik festgestellt, daß rund 40 % aller Schweine in Betrieben gehalten werden, die kein eigenes Land (Tagelöhnerwirtschaften) oder doch höchstens 20 Morgen besitzen, und daß weitere 33,60 % auf Betriebe mit 5 bis 20 Hektar entfallen, während die Großbetriebe über 100 Hektar nur 7,30 % des deutschen Schweinebestands besitzen. Auch hat sich erfahrungsgemäß herausgestellt, daß die Schweinehaltung in Ländern des Kleinbetriebs rascher zunimmt als in solchen des Großbetriebs. So führt der mecklenburgische Gutspächter Dr. Hermann Weber die erstaunliche Tatsache an, daß sich in Jütland die Zahl der Schweine von 1861 bis 1903 fast vervierfacht hat, hauptsächlich darauf zurück, daß auf Jütland ganz allgemein der Stand der kleineren Landwirte verbreitet ist.¹⁰⁾ Auch in Deutschland weisen zwei Bauernprovinzen, Hannover und Westfalen, die in Quantität und Qualität günstigste Entwicklung der Schweinezucht und -mästung auf. Die Ursache liegt klar: Das omnivore Schwein wandelt Gemüseabfälle, unreifes Obst, Speisereste, Spülwasser und sonstige Unbrauchbarkeiten des Landarbeiter- und Bauernhaushalts in Brauchbarkeiten um; es ist nach der sprichwörtlichen Redensart die *Sparkasse des kleinen Mannes*. Die Produkte des Großbetriebs verwertet es im Gegensatz dazu weit weniger rationell, wozu noch kommt, daß ihm Pflege und Wartung durch Knecht oder Magd des Großguts wenig zusagen. Hieraus erklärt es sich, daß durch Umwandlung eines Ritterguts in ein Bauerndorf, wie auch ich in diesem Sommer in zahlreichen pommerschen Kolonien feststellen konnte, die Zahl der auf gleicher Fläche gehaltenen Schweine regelmäßig um das Neunfache wächst, und daß andererseits die rege Nachfrage des Konsums nach dem Schwein und seinen Produkten geradezu der Lebensnerv der modernen Kolonisationsbewegung im deutschen Osten geworden ist. Sehr zutreffend und packend umschrieb kürzlich der pommersche Rittergutspächter Block diese Kulturmission des Schweins in Ostdeutschland, als er bei Schilderung einer Studienfahrt, die eine Anzahl Großgrundbesitzer durch Pommern unternommen hatte, auf die Kolonie Cremerbruch im Kreis Rummelsburg zu sprechen kam:

»Cremerbruch liegt auf dem Gebiet der Endmoräne . . . Nicht die Fläche eines pommerschen Morgens ist heil geblieben, überall neben Sand- und Lehmhügel ein Moorloch. Für den Großbetrieb die ungeeignetste Wirtschaftsfläche. Was nutzt die Quälerei auf solcher Fläche! Der Tüchtigste erlahmt . . . Aus dem Rittergut waren nun Ansiedlungsgehöfte mit kleinen Landflächen, zirka 60 bis 100 Morgen, entstanden. Die für den Großbetrieb zu winzigen Sumpfflächen waren durch Entwässerung, Umpflügen, Neuansaat zu futterreichen Wiesenflächen umgebaut. An der kostspieligen Melioration beteiligte sich der Ansiedler in den ersten Jahren seiner Wirtschaft als Lohnarbeiter, ebenso beim Hausbau und Wegebau. Die Leute stammen durchweg aus ländlichen Verhältnissen: Gutsarbeiter, Aufseher, Vorschnitter, Kleinhändler der Landstädte. Mit 500 Mark Anzahlung können Haus, Hof, Garten, Feld, Vieh und Ackergerät, bestellte Saaten erworben werden. Die ersten Jahre sind eine schwere Zeit, aber man arbeitet ja für sein Eigenes. Ja, das *Eigene*, das ist des Rätsels Lösung, und dann nicht zu vergessen: das Schwein, das gute, fruchtbare, fidele, immer zufriedene pommersche Schwein des kleinen Mannes! Das Schwein des kleinen Mannes erhält im Sommer Brennessel, Kohldistel, Rübenblatt, Gras, Wegebreit und Küchendräng, ist lustig, gesund und wird fett; das Schwein des Ritterguts-

⁹⁾ Siehe Bielefeldt *Das Eindringen des Kapitalismus in die Landwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der Provinz Sachsen und der angrenzenden Gebiete* / Berlin 1911 /, pag. 72.

¹⁰⁾ Siehe Weber *Schweinezucht und -haltung und Schweinehandel* / Berlin 1909 /, pag. 24 ff.

besitzers erhält Maizena, Glykose, Boldtsches Kometenfutter, Sirkatin, Stockfeed und Homco, ist immer mißvergnügt, wird selten fett und empfiehlt sich meistens schon vor der Schlachtung, indem es mit schamhaftem Erröten (genannt *Rotlauf*) sich vorzeitig aus dem Staube macht.¹¹⁾

Neben dieser Verneunfachung des Schweinebestands zeigt sich in den ostdeutschen Kolonien fast immer eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Rindviehhaltung, und gerade der aus diesem Grund stark wachsende Futterbedarf bietet, wie ich besonders in Packamohren im Kreis Memel und in Petersfelde im Kreis Kolberg-Köslin zu sehen Gelegenheit hatte, den Anlaß zur Neukultivierung umfangreicher Ödlandflächen, die seit undenklicher Zeit nur Heidekraut, Moos und krüppeligen Baumwuchs getragen haben und nun die besten Wiesen abgeben. Die zunehmende Viehhaltung drängt dabei keineswegs den Getreidebau zurück. Die Technik des Getreidebaus wie überhaupt des Ackerbaus steht vielmehr in den Kolonien des deutschen Ostens und allgemein in den Bauerndörfern Norddeutschlands auf hoher Stufe. Einen recht brauchbaren Maßstab hierfür stellt der Kalikonsum dar. Nach den Angaben des Kalisyndikats verbrauchten im Jahr 1910 42 Kreise mehr als 2000 Kilo Kali auf 1 Quadratkilometer. Davon lagen 15 in Hannover, 7 in Oldenburg, 6 in Westfalen, 3 im Rheinland, also in ausgesprochenen Bauernländern. Von den übrigen 11 befanden sich 5 im posenschen Ansiedlungsgebiet, je 2 in der Altmark und der märkischen Lausitz und je 1 in Anhalt und Schlesien, also in Gebieten mit einem starken bäuerlichen Einschlag. Ein ausgesprochener Großgrundbesitzerkreis ist unter den Kreisen mit dem höchsten Kalikonsum und einer demnach sehr intensiven Ackerkultur überhaupt nicht zu finden.¹²⁾ Daraus ist zu schließen, daß von der Umwandlung großer Güter in Bauerndörfer alles andere als Niedergang des Getreidebaus und Getreideteuerung zu erwarten ist.

Die vorstehenden Tatsachen werden, wie ich hoffe, meine Auffassung zu begründen geeignet sein, daß die innere Kolonisation ein Hauptmittel zur Abwehr der Lebensmittel- und Fleischteuerung darstellt. Zu meiner Freude hat Genosse Erhard Auer in der bemerkenswerten Rede, mit der er im bayrischen Landtag die Teuerungsinterpellation unserer Fraktion begründete, diese Auffassung gleichfalls vertreten und von der bayrischen Regierung unter eingehender Begründung »Aufwendung von Mitteln für Innenkolonisation, Vermehrung des betriebsfähigen Bodens durch Urbarmachung des vorhandenen Öd- und Unlands und Verhinderung des Bauernlegens durch Latifundien- und Fideikommißbildung und -erweiterung« gefordert. Wann aber wird endlich die sozialdemokratische Vertretung im preußischen Abgeordnetenhaus den Ballast der falschen großagrarisches Theorien K. Kautskys abwerfen und sich als Förderin bäuerlicher Binnensiedelung bekennen? Die Lebensmittelteuerung sollte ihr dazu einen kräftigen Anstoß geben.



AUM minder wichtige Aufgaben als die Einzelstaaten zu lösen haben fallen bei Bekämpfung der Lebensmittelteuerung den **Gemeinden**, zumal unseren **Großstädten** zu. Sie haben sich unter dem Bann manchesterlicher Anschauungen lange gesträubt auf diesem Gebiet größere Pflichten zu übernehmen, und ihre oft widerwillige Initiative hat sehr der Anspornung durch die unserer Partei angehörigen Gemeindever-

¹¹⁾ Siehe Block *Im Auto durch Pommern* in der *Deutschen landwirtschaftlichen Presse*, 1911, 1. Band, pag. 465.

¹²⁾ Siehe die vom Kalisyndikat herausgegebene Schrift *Die Kalisätze und ihre Verwendung in der deutschen Landwirtschaft* / Berlin 1911, pag. 23 ff.

treter bedurft. Schon auf dem 1. deutschen Städtetag, der am 27. November 1905 in Berlin stattfand, hat Genosse Paul Singer sich energisch dahin ausgesprochen, daß »die Gemeinde nicht nur Fleisch kaufen und verkaufen sondern auch ganz gut auf landwirtschaftlichen Gütern, die sie zum Teil schon besitzt, zum Teil aber erwerben kann, im gewissen Umfang Fleischproduktion, Viehzucht und Viehmast treiben« kann, und er hat es geradezu als »soziale Pflicht der Gemeinde« hingestellt »die Fleischproduktion so weit in die Hand zu nehmen als sie nach Lage der Vorbedingungen dazu instande ist«. Das stetige Aneifern und Vorwärtsdrängen, das in diesem Sinn die sozialdemokratischen Mitglieder der städtischen Körperschaften betätigten, hat allmählich recht erfreuliche Erfolge gezeitigt.

Außer auf ihren Gütern und billigen Ödlandsflächen, die sie nach dem Vorbild der *Harpener Bergbauaktiengesellschaft* zu diesem Zweck zu erwerben hätten, könnten unsere Städte Schweinemast im großen treiben, wenn sie eine Nährstoffquelle, die in ihren eigenen Mauern reichlich fließt, rationell ausnutzen wollten. Sie sollten den Hausmüll, den sie bisher mit großen Kosten und Schwierigkeiten vernichten oder beiseite schaffen mußten, nach dem Dreiteilungssystem oder noch bequemer nach dem Zweiteilungssystem in den einzelnen Haushaltungen in Asche und Kehrlicht, Sperrstoffe und Küchenabfälle sondern lassen und die letztgenannten unter Zusatz von 10 bis 15 % Kraftfutter zur Schweinemast verwerten. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Speiseabfälle von 40 Personen für die Mästung eines Schweines hinreichend sind. Nach dem Vorbild amerikanischer Großstädte haben bereits mehrere deutsche Städte (Charlottenburg, Potsdam, Karlsruhe und andere) die Küchenabfälle in sehr zweckmäßiger Weise in den Dienst der Schweinefleischproduktion gestellt und damit auch in finanzieller Hinsicht befriedigende Ergebnisse erzielt. Berlin sucht wenigstens unter Verwendung der Abfallstoffe aus den Küchen der städtischen Anstalten die Schweinemast auf seinen Rieselgütern zu verstärken. Sollte aber Groß Berlin dazu übergehen auch die Speisereste seiner zirka 700 000 Privathaushaltungen zur Mästung von Schweinen heranzuziehen, so könnte es nach der Berechnung von der Lindes damit 10 500 Tonnen, das ist 20 % seines Gesamtkonsums an Schweinefleisch selbst produzieren. Jedenfalls sollten die Verwaltungen unserer Großstädte in Voraussicht der Schweinefleischteuerung, die infolge der diesjährigen schlechten Kartoffelernte im Jahr 1912 wahrscheinlich eintreten wird, sehr ernsthaft erwägen, ob es nicht im Interesse ihrer Einwohnerschaft auch für sie ratsam sei sich zu dieser rationellen, hygienisch einwandfreien und sehr zeitgemäßen Verwertung ihrer Haushaltsabfälle zu entschließen.¹²⁾

Noch wirksamer als durch die Eigenproduktion können die städtischen Gemeinden sich dadurch an der Abwehr der Teuerung beteiligen, daß sie in die Organisation der Lebensmittelversorgung verbessernd eingreifen. Es wird in allen Parteilagern immer allgemeiner anerkannt, daß diese Organisation recht unbefriedigend funktioniert, teils weil sich zu viel preisverteuernde Zwischenglieder zwischen Produzent und Konsument hineingedrängt haben, teils weil infolge der

¹²⁾ Über die Verwertung städtischer Küchenabfälle durch Schweinemästung orientieren Daule 100000 Schweinen in städtischer Regie als Retter aus der Fleischnot / Leipzig 1906 l. Thiesing Müllverwertung, insbesondere nach dem Dreiteilungsverfahren / Leipzig 1906 l. und Neuere Erfahrungen auf dem Gebiet der Müllbeseitigung / Berlin 1908 l. von der Linde Müllvernichtung oder Müllverwertung? / Charlottenburg 1906 l. Wormser Die kommunale Schweinemast in Karlsruhe (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 128. Band) / Leipzig 1909 l. pag. 285 ff. Siehe auch die Ausführungen des Genossen Lindemann in der Rubrik Kommunalpolitik der Sozialistischen Monatshefte, 1910, 3. Band, pag. 1453 ff.

leichten Etablierungsmöglichkeit der Zudrang zum Detailhandel und, in Städten mit öffentlichen Schlachthäusern, zum Fleischergerwerbe so groß ist, daß der einzelne Händler, um von seinem kleinen Kundenkreis leben zu können, auf die Wareneinheit zu hohe Preisaufläge legen muß. Unter diesen Umständen fällt den Stadtgemeinden die immer dringlicher werdende Aufgabe zu gemeinschaftliche Organisationen zu schaffen, die als Preisregulatoren wirken und dauernder Überteerung der Lebensmittel entgegenzutreten können. Der Anerkennung dieser neuen Pflicht hat die alte manchesterliche Auffassung, wonach die rein privatwirtschaftliche Organisation und das Gewährenlassen der freien Konkurrenz die beste Gewähr gleichmäßiger, ausreichender und möglichst billiger Versorgung biete, lange hinderlich im Weg gestanden. Aber dank vor allem der aufklärenden und anspornenden Tätigkeit unserer Genossen hat in den letzten Jahren der Kommunalsozialismus auch auf diesem Gebiet Fortschritte gemacht, und besonders rasch sind sie in der jüngsten Gegenwart geworden, seitdem zu dem Drängen von unten der Druck von oben getreten ist. Während beispielsweise in den Schweinefleischteuerungsjahren 1905 und 1906 nur etwa 25 Gemeinden, und auch sie nur auf kurze Zeit, den Bezug und Verkauf der billigen Seefische in die Hand genommen hatten, haben in den letzten Monaten und Wochen Berlin und zahlreiche andere Städte, die sich in früheren Jahren damit begnügt hatten Petitionen um Aufhebung der Agrarzölle und Grenzsperrern an die Reichsregierung zu senden, wohl oder übel dazu übergehen müssen Seefische und Kartoffeln im großen zu beziehen und in kleinen Posten zu den Selbstkosten an die Bürgerschaft abzugeben. Das ist gewiß recht verdienstlich; aber es bleibt zu wünschen, daß mehr Städte als es bisher versucht haben Anstalten treffen möchten, um die gerade gegenwärtig fast überall recht hohe Spannung zwischen den Viehpreisen, die infolge der Futterknappheit im Sinken begriffen sind, und den Fleischpreisen, die dieser Abwärtsbewegung gar nicht oder zu langsam folgen, zu verringern. Als die Spannung zwischen den Vieh- und Fleischpreisen im Jahr 1907 eine ähnliche Höhe wie in der Gegenwart erlangt hatte, haben mehrere Städte (Diedenhofen, Eberswalde, Augsbürg, Landsberg am Lech und Burghausen) gezeigt, daß man durch Errichtung städtischer Fleischbanken und Fleischverkaufsstellen die Metzger recht wohl bewegen kann, die Fleischpreise auf ein den Viehpreisen angemessenes Niveau herabzusetzen.¹⁴⁾ Auch ist zu bedenken, daß Städte, die rechtzeitig Gemeindefleischschlächtereien einrichten, es leichter haben werden die für 1912 in Aussicht stehende Aufwärtsbewegung der Schweinefleischpreise in mäßigen Grenzen zu halten. Hier bietet sich unseren in den Kommunen mitratenden Genossen die Gelegenheit eine vorsorgende gemeinnützige Tätigkeit zu entfalten.

Das württembergische statistische Landesamt hat berechnet, daß im Jahrzehnt 1890 bis 1900 der Schweinebestand, soweit er für den Weltmarkt in Betracht kommt, langsamer zugenommen hat als die Zahl der Konsumenten. Bei dem raschen Tempo, in dem die Vereinigten Staaten und andere Agrarländer sich industrialisieren, dürfte das Verhältnis zwischen Weltschweinefleischproduktion und -bedarf in absehbarer Zeit schwerlich günstiger werden; ja es dürfte sich sogar wesentlich verschlechtern, sobald erst die Völker Ostasiens zum Schweinefleischgenuß übergehen. Diese Erkenntnis weist die Industriestaaten Westeuropas auf die Notwendigkeit hin ihre eigene Tierproduktion lebena-

¹⁴⁾ Siehe Gerlich *Ein Beitrag zur Fleischversorgungspolitik deutscher Städte im Archiv des Deutschen Landwirtschaftsrats*, 1911, pag. 190 ff.

kräftig zu erhalten und nach Möglichkeit zu steigern. Die Ausichten Deutschlands sind in dieser Beziehung nicht ungünstig. Dank der relativ glücklichen Grundbesitzverteilung, die in seiner größern Hälfte vorherrscht, hat das Deutsche Reich von 1897 bis 1907 bei normaler Weiterentwicklung seiner Rindviehbestockung seinen Schweinebestand um rund 52 % vermehren können. Damit aber auch in Zukunft die Tierproduktion mit dem Wachstum der Bevölkerung und der Zunahme ihres physiologischen Fleischbedarfs gleichen Schritt zu halten vermag, muß neben der Besiedelung der Moore vor allem die Umwandlung ostelbischen Großgrundbesitzes in Bauerndörfer einen raschern Fortgang nehmen.¹⁵⁾ Gleichzeitig muß eifrig danach gestrebt werden durch gemeinwirtschaftliche Unternehmungen der Städte und Ausgestaltung der Geschäftsbeziehungen, die zwischen den Konsumvereinen und den landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften schon bestehen oder noch anzuknüpfen sind, die preisverteuernden Faktoren im Zwischenhandel möglichst auszuschalten. Diesen beiden Aufgabenkomplexen wird unsere Partei im Interesse der von ihr vertretenen Bevölkerungskreise künftig mehr Aufmerksamkeit zuwenden müssen, und es wird nichts schaden, wenn sie einen Teil der Energie, mit der sie so lange im Reich um den Freihandel in Agrarprodukten vergeblich gekämpft hat, mit mehr Aussicht auf Erfolg in den Einzelstaaten und Gemeinden einsetzt, um die beiden bezeichneten Problemgruppen der vom Arbeiterinteresse geforderten Lösung entgegenzuführen. Sollten Hitze und Dürre dieses Sommers den Anstoß dazu gegeben haben, daß unsere Partei, wie es nach gewissen Anzeichen den Anschein hat, in dieser Entwicklungsrichtung einen kräftigen Schritt vorwärts tut, so hätte der bleierne, wolkenlose Gluthimmel nicht umsonst Monate hindurch über Land und Volk gelastet.

XX

HENRIETTE FÜRTH · DIE SOZIOLOGISCHE SEITE DES GESCHLECHTSPROBLEMS

SIEBENTHUNDERTEN hat man sich daran gewöhnt der heutigen gesetzlichen Ordnung der geschlechtlichen Beziehungen moralische Verbindlichkeit und Ewigkeitsanspruch zuzuerkennen. Man hat sie wenigstens so weit als sakrosankt und aus dem Fluß der allgemeinen Entwicklung fallend proklamiert als sie sich in der Einehe verkörpern. Der Soziologe darf sich dieser Auffassung nicht anschließen. Für ihn ist die heutige Ordnung der Geschlechtsbeziehungen nicht die Ordnung schlechthin sondern wie alle anderen gesellschaftlichen Einrichtungen etwas Gewordenes und Wandelbares, eine Widerspiegelung wirtschaftlicher Strömungen und Strebungen, der ideologische Ausdruck materieller Notwendigkeiten. Ebenso wie vor dem Richterstuhl seiner Würdigung die sogenannte *legale Ordnung der geschlechtlichen Beziehungen* nur eine neben anderen Formen des Geschlechtslebens ist, die er ausschließlich im Licht der gesellschaftlichen Wesenheit und Nützlichkeit zu behandeln hat.

Hunger und Liebe, das heißt der Wille zur Erhaltung und der zur Fort-

¹⁵⁾ Es ist überaus merkwürdig, daß die innere Kolonisation als das Hauptmittel die Fleischproduktion zu steigern und zu verbilligen in dem von Teuerungsdemonstrationen erschütterten Österreich bisher weder der Regierung noch den Parteien in den Gesichtskreis getreten zu sein scheint, obwohl doch die preußischen Kräfahrungen deutlich genug sprechen, und die Donaumonarchie in den böhmischen, mährischen und schlesischen Latifundien sehr brauchbare Objekte bäuerlicher Siedlung besitzt. Sollte auch den doch sonst so klar sehenden Führern unserer österreichischen Bruderpartei die Agrartheorie K. Kautskys als Binde über den Augen liegen?

pflanzung des Lebens, sind von jeher die beiden ausschlaggebenden Triebkräfte des Seins, sie sind auch zu Beginn aller Geschichte die einzigen gewesen. Die Entwicklung der Produktionstechnik mit ihrem Gefolge von Eigentums- und Rechtsordnungen ist die Antwort auf den Hungertrieb. Der Liebes-, das ist Fortpflanzungstrieb, anfänglich instinktmäßig und undifferenziert, hat sich eine Fülle von Ausdrucksmitteln geschaffen und ist in ganz anderer Weise als dies bei seinem übergeordneten Genossen je der Fall sein könnte entartet, nämlich von seiner Zweckbestimmung abgewichen und zu einem im biologischen Sinn zwecklosen Selbstzweck geworden. Diese Verschiedenheit der Entwicklung ist aus der grundsätzlichen Verschiedenheit der Anlage gewachsen. Der Mensch muß um den Preis seiner Lebenserhaltung das Nahrungs- und die ihm gleichgeordneten Bedürfnisse befriedigen, und er kann sich fortpflanzen. Auf der andern Seite sind der Befriedigung des Hungers, das ist des Bedürfnisses nach Nahrung, Kleidung, Wohnung einschließlich der geistigen und psychischen Genußgüter, selbst da, wo es sich um den raffiniertesten Luxus des heutigen Kulturmenschen handelt, die Grenzen der natürlichen Aufnahmefähigkeit gesteckt, über die keiner ungestraft hinausgehen kann. Der in irgendeinem Sinn überladene Magen rebelliert, und jeder Form der psychischen oder geistigen Unmäßigkeit folgt die Strafe auf dem Fuß. Auch der Geschlechtstrieb unterliegt dieser natürlichen Gesetzmäßigkeit. Doch ist hier die Verknüpfung zwischen Ursache und Wirkung nicht immer und nicht immer sofort feststellbar; denn etwaige schädliche Folgen des Übermaßes an Geschlechtsgeuß treten meist nicht unmittelbar und treten jedenfalls innerhalb viel weiterer Grenzen hervor als der natürlichen in der Fortpflanzung beschlossenen Aufgabe des Geschlechtstriebes zugeteilt sind. Das heißt: Auch die innerhalb normaler, das ist gesünder Grenzen verbleibende Betätigung des Geschlechtstriebes übertraf, soweit der Mensch in Frage kommt — und mit Ausnahme jener Frühzeit menschlicher Entwicklung, in der primitive Völkerschaften, eng angeschlossen an den natürlichen Kreislauf der Jahreszeiten und in allen ihren Lebensäußerungen von ihnen abhängig, gleich den Tieren an bestimmte Perioden der Empfängnis (Brunstzeit) gebunden waren — überall und zu allen Zeiten weitäus das für den Geschlechtzweck Notwendige.

Diese Hypertrophie des Geschlechtstriebes fällt aber keineswegs aus dem Rahmen des Natürlichen. Sie findet ihr Analogon im weiten Reich der Natur, die allüberall millionenfach mehr Samen und Keime hervorbringt, als sie zur Durchsetzung ihrer das Leben erhaltenden und fortpflanzenden Zwecke bedarf. Sie ist, wenn wir uns hier intellektuell ausdrücken dürfen, verschwenderisch aus Vorsicht. Diese naturgewollte starke Betonung des Fortpflanzungstriebes, beim Tier und der Pflanze eingeschränkt durch die Abhängigkeit von der an die Jahreszeit, das heißt an die Mittel und Möglichkeiten der Nahrungsbeschaffung, geknüpfte Brunst- respektive Keim- und Knospzeit, hat den vom Wechsel der Jahreszeiten und der damit gegebenen Begrenzung der Fortpflanzung durch Verbesserung der Produktionstechnik und Konservierungsmethoden der Nahrungsmittel unabhängig gewordenen Menschen zum Träger der sich über das ganze Jahr erstreckenden Brunstzeit, des perennierenden Geschlechtstriebes gemacht. Von da bis zur Verneinung des Geschlechtzwecks und der Verkündigung des Triebes als eines Selbstzwecks war nur noch ein Schritt. Er wurde getan, und nun sehen wir neben der der Fortpflanzung dienenden Geschlechtlichkeit jene andere ihr Haupt erheben, die die Betätigung des Geschlechts-

triebs ohne Wunsch oder unter absoluter Ablehnung der Fortpflanzung als ein Recht des Menschen statuiert. Die Prostitution und mancherlei freie Verhältnisse auf der ehelosen, der Verzicht auf oder die Einschränkung der Nachkommenschaft auf der ehelichen Seite der Geschlechtsbeziehungen sind die Folgen dieser Umwertung. Das führt nun wiederum mit Notwendigkeit zu einer überstarken Betonung der Geschlechtscharaktere bei der Frau und zu jener sexuellen Hypertrophie, die in sehr vielen Fällen in Entartung und Erkrankung mannigfacher Art endet, häufig nachdem das Gift der Entartung im Erbgang, das heißt durch Zeugung neuer Individuen, weitergegeben worden ist.

Welche Haltung hat nun der Soziologe dem gegenüber einzunehmen? Es gibt Menschen, die von der Sexualsphäre mit unbestreitbarem Recht behaupten, daß sie mehr Privatsache des einzelnen sei als irgendetwas anderes. Nichts ist intimer als die Sexualität, nichts von der Umwelt relativ unabhängiger als sie. Aber gewaltige Einschränkungen machen sich trotzdem geltend. Der Geschlechtstrieb bedarf zu seiner normalen Betätigung des ergänzenden Menschen andern Geschlechts. Das ist die eine Schranke der Selbstherrlichkeit. Dem Rechtsanspruch des einzelnen gesellt sich oder widerstrebt der seines Geschlechtspartners. Die zweite und stärkere Schranke ist das mögliche Ergebnis der geschlechtlichen Beziehung, das Kind. Das Kind: das ist die Zukunft, die Erneuerung des einzelnen und der Zusammenfassung der einzelnen. Die Rechtfertigung und Heiligung des blinden Instinkts ist aber zugleich die Stelle, von der die Verantwortlichkeit des einzelnen und seine Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit, seine soziale Verantwortlichkeit, ausgeht.

Schon früh begegnen wir einer, allerdings nur instinktmäßigen, das heißt nicht in der von uns gekennzeichneten Form ins Bewußtsein übergeführten Auswirkung dieses sozialen Verantwortlichkeitsgefühls. Man denke an die Auswahl des spartanischen Nachwuchses, die die körperlich Minderwertigen gleich bei der Geburt zum Tod verurteilte, der bei den verschiedensten Völkern übliche Kindesmord oder die gleichgeordnete Kindesaussetzung, die zahlreichen Ehegebote und -verbote, die polygynisch oder polyandrisch geordneten Eheverfassungen bei Naturvölkern, von denen zum Beispiel Westermarck nachwies, daß sie nicht etwa in ethischen Erwägungen sondern in sozialen Instinkten und Erfordernissen der Nahrungsbeschaffung wurzelten. In unserer Zeit haben wir das Zweikindersystem und die malthusianischen und neomalthusianischen Bestrebungen auf der einen, den Ruf nach mehr Menschen, die Furcht vor Entvölkerung auf der andern Seite: Beides Bestrebungen, die sich als Postulate des individuellen und des Allgemeinwohls rechtfertigen. Beide Tendenzen haben sich zu festgefühten und einander aufs schärfste bekämpfenden Lebensmeinungen und praktischen Auswirkungen verdichtet, denen wir in andern Zusammenhang wieder begegnen werden. An dieser Stelle interessiert uns einstweilen nur die Frage, ob den angeführten Eingriffen in die Sphäre des sexuellen Rechts und der Nachkommenschaft neben der praktischen gesellschaftlichen Bedeutung eine innere Richtigkeit zusteht, ob sie auch vor dem Forum einer fortgeschrittenen Sittlichkeit zu rechtfertigen sind.

Wir haben gehört, daß die Natur weit mehr Fortpflanzungsmöglichkeiten schafft als sie zur Fortpflanzung gelangen lassen kann. Wir sind uns über die Entstehung des perennierenden Geschlechtstriebes beim Menschen klar geworden. Wir haben die bekannte Tatsache anzuführen, daß wir heute über tausend Mittel und Möglichkeiten der Lebensverlängerung verfügen, die primi-

tiveren Kulturen unbekannt und unerreichbar waren. Damit ist dem Menschen nicht nur das Recht, sondern es ist ihm die Pflicht auferlegt die Zeugung so weit einzuschränken, daß die Lebenden in ihrer Daseinsmöglichkeit nicht ungebührlich beeinträchtigt werden. Der Mensch trotz der Natur manch ein Leben ab, das ohne sein Eingreifen einer frühen Vernichtung anheimfiele. Er hat auch ein Recht ihr die Entstehung von Leben zu versagen, die aus irgendeinem Grund abzulehnen ist.

Halten wir als Ergebnis der bisherigen Darlegungen zwei Dinge fest: Der Geschlechtstrieb ist beim Menschen seiner ursprünglichen Bestimmung entfremdet. Er ist, infolge der Umgestaltung und Entwicklung aller individuellen und gesellschaftlichen Lebensvoraussetzungen, aus einem ausschließlichen und nur periodisch wirksamen Instrument der Fortpflanzung zu einem häufig an sich zwecklosen und nur als Lustfaktor zweckvollen Lebensbeeinflusser von starker Potenz und perennierender Art geworden. Die Betätigung des Geschlechtstriebes zum Zweck der Fortpflanzung ist nicht oder nicht nur Privatsache des einzelnen, sondern sie ist in vieler Beziehung dem Allgemeinen, der Gemeinschaft verhaftet und verantwortlich.

Der Umstand, daß Geschlechts- und Fortpflanzungstrieb nicht mehr identisch sind, und die Summe der außerhalb der Fortpflanzungssphäre sich vollziehenden Geschlechtsakte die der Fortpflanzung dienenden um ein Vielfaches übertrifft, hat zu sexueller Überreizung und in der Folge zu Prostitution und venerischer Erkrankung geführt. Die Wissenschaft hat die Pflicht diesem Übermaß entgegenzutreten, seine schädlichen Wirkungen möglichst auszuschalten und erziehlche Einflüsse geltend zu machen.

Wie wir gesehen haben, ist es nicht denkbar, daß so viele Menschen ernährt wie gezeugt werden können. So müssen wir trachten die besten Lebenswerte, und diese zur geeigneten Zeit zur Fortpflanzung zu bringen. Das umschließt eine Einschränkung der Zeugung, ohne daß zugleich, wie die Dinge nun einmal geworden sind, eine Einschränkung des Geschlechtsverkehrs durchgesetzt wird. Heute läuft das alles wild durch einander. Während das Recht auf Geschlechtslust ohne Fortpflanzungszwang längst zu einer allgemeinen Forderung und Übung geworden ist, blieb die andere, wichtigere Seite der Sache, die im Reich der biologischen Verantwortlichkeit liegt, schmählich vernachlässigt. Zu einem nicht geringen Teil durch die Schuld der Volkserzieher selbst. Man treibt hier in bedauerlicher Weise Vogelstraußpolitik. Die meisten Erzieher stehen immer noch auf dem altgewohnten aber darum nicht minder unfruchtbaren Standpunkt der absoluten Verdammung der heutigen Sexualpolitik und der sich aus ihr ergebenden Zustände. Überdies verlangt auch das von Staat und Kirche angeordnete und gutgeheißene Erziehungssystem ihr Verharren in dieser Auffassung. Die Folge ist ein unheilvoller Bruch zwischen Lehre und Leben. Und doch wären gerade hier Lebenswerte positivster Art zu holen, wenn die Erzieher sich, ohne daran eine moralische Gutheißung knüpfen zu müssen, auf den Standpunkt des Gegebenen stellen wollten. Wenn ich einem Kranken zeige, daß ich seine (vielleicht durch eigene Schuld erworbene) Krankheit kenne, und ihr durch Heilvorschriften, aber nicht etwa durch Strafen und Moralpredigten zu begegnen suche, so ist darin keine Billigung der Krankheit enthalten, wohl aber die Möglichkeit gestützt auf das Vertrauen des Kranken das Heilverfahren zu verbessern und die Heilwirkung zu verstärken. Wir sehen zurzeit in der Jurisprudenz einen ähnlichen und höchst erfreulichen Vorgang sich voll-

ziehen, der die vom erstarrten Gesetzeswortlaut unabhängiger gestellte freie Rechtsfindung zum Gegenstand hat. Nicht mehr die Rechtswidrigkeit als solche soll nach einem bestimmten Paragraphen abgeurteilt werden, sondern man bemüht sich die sozialen Voraussetzungen der Delikte kennen zu lernen und sie, unter sparsamster Heranziehung der im geschriebenen Recht gegebenen Rechtsstützen und Erläuterungen, durch erziehliche Strafen zu bekämpfen und zu bessern. Wir müssen das selbe Verfahren auch für die Sexualität fruchtbar machen, indem wir, ausgehend von dem, was ist, und uns dessen planvoll bedienend, zu fortbildenden Erziehungsgrundsätzen und Erziehungsmethoden zu gelangen suchen.

Also: Die sexuelle Hypertrophie ist vorhanden und einstweilen nicht zu beseitigen. Der Sexualverkehr außerhalb der Fortpflanzungssphäre ist eine Tatsache, die *de facto* und in gewissem Sinn auch *de jure* besteht. Wir dürfen sie nicht ableugnen sondern müssen der heute sich daraus ergebenden Anarchie und Entartung dadurch entgegenwirken, daß wir zum Recht die Pflicht und den gerechten Anspruch der Allgemeinheit auf uns und unsere Handlungen fügen. Habe ich ein persönliches Recht, unabhängig von der Befriedigung meiner sexuellen Bedürfnisse, die Zahl meiner Nachkommen und die Zeit der Zeugung zu bestimmen, so umschließt dies Recht zugleich die Pflicht für die Qualität der Nachkommenschaft gewisse Bürgschaften zu geben und Anforderungen zu erfüllen, die sowohl im Interesse der individuellen als auch der sozialen Wohlfahrt an die Erzeuger zu stellen sind.

Für die absichtlich Sterilen ergibt sich daraus keine Belastung.¹⁾ Aber diese nicht zwangsweisen sondern freiwilligen Lebensverneiner sind für den Soziologen als Einzelercheinungen, denen jede Lebenskontinuität fehlt, nicht von Belang. Ganz anders jene, die auf Fortpflanzung nicht verzichten, aber auch nicht auf Geschlechtsbetätigung außerhalb der Fortpflanzungssphäre. Geben wir jemand das Recht seine Nachkommenschaft frei zu wählen, so erwächst ihm daraus die Pflicht ihr einen gesunden Körper und Geist und die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit nach allen seinen Kräften zu sichern. Welche Perspektiven erziehlicher Beeinflussung erstehen in diesem Zusammenhang? Wie kann und muß eine solche, vom Erzieher ausgehende Würdigung und Inbeziehungsetzung aller Äußerungen des Geschlechtslebens zu der zentralen Aufgabe der Fort- im Sinn der Höherpflanzung auf das Verhältnis der Jugend zu unserm Problem und allem, was sich hier an Recht und Pflicht ergibt, einwirken? Nicht mehr ein Opfer, ein willenlos dem überstarken Instinkt Hingeebener soll man sein sondern ein Verantwortlicher, ein Sieger und Herr über sich selbst und alle Äußerungen des sinnlichen Seins.

Willenskultur in ihrem höchsten, das ganze Gebiet des Geschlechtlichen mit umfassenden Sinn wird der Erziehung als Aufgabe gestellt, und sie soll von ihr nicht durch metaphysische Mittel oder Verneinung und Verbot gelöst werden sondern durch die auch sittlich gerechtfertigte Bejahung des gesunden Sinnenlebens: innerhalb und, solange die heutigen sozialen Verhältnisse noch bestehen, auch außerhalb der Fortpflanzungssphäre. Es wäre denkbar, daß eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände eine frühere Eheschließung als heute üblich und notwendig und damit den Verzicht auf vorehe-

¹⁾ Der Sterilität als Zwangerscheinung begegnen wir bei einem Teil der ehelosen Frauen, ferner bei dem katholischen Klerus und den weiblichen Lehrkräften und Staatsbeamten. Die Fälle der sich hier ergebenden Probleme kann in diesem Artikel nicht mitbehandelt, ein Teil von ihnen soll in einem andern zur Diskussion gestellt werden.

lichen sexuellen Verkehr möglich machte. Ich will das aber nicht weiter erörtern, einmal, weil es sich dabei nicht um Seiendes sondern um Zukunftsmöglichkeiten handelt, zum andern, weil selbst eine befriedigende Lösung dieses Teilproblems noch nichts über die etwaige Notwendigkeit der Fortpflanzungsbeschränkung innerhalb der Ehe und ähnliches mehr aussagte. Am deutlichsten wird uns die Notwendigkeit neben dem Recht auf Fortpflanzung auch den Sexualverkehr ohne Absicht der Fortpflanzung als zu Recht bestehend zu proklamieren, sobald wir uns dem Sexualproblem der krankhaft oder unheilbar Entarteten zuwenden. Ihnen, die häufig sexuell überstark erregbar sind, kann oder vielmehr muß der die Fortpflanzung verhütende Geschlechtsverkehr, niemals aber das Recht auf Fortpflanzung zugestanden werden. Ich sage: Es muß ihnen der antikonzeptionelle Geschlechtsverkehr als ein Recht zugebilligt werden. Einmal, weil ich es für eine durch nichts zu rechtfertigende Grausamkeit der sexuell Gesunden halte die sexuell Kranken für etwas zu strafen, woran sie nicht schuld und wofür sie sonach nicht verantwortlich sind. Dann aber dürfte sich in solchem Fall das Zugeständnis des Rechtes auf Sexualverkehr unter Ausschließung des Rechts auf Fortpflanzung als ein soziales Sicherheitsventil von nicht zu unterschätzender Bedeutung erweisen.

Mit alledem läßt sich die andere Reihe soziologischer Betrachtung des Geschlechtsproblems, die es mit dem hier erfließenden Anspruch des Gesellschaftsganzen auf eine an Zahl ausreichende, arbeits- und wehrtüchtige Bevölkerung zu tun hat, nicht nur vereinen, sie ist, richtig angesehen, mit ihr identisch. Das soll in einer Erörterung des Neomalthusianismus im einzelnen dargetan werden. Zunächst aber soll noch in einer besondern Studie die Aufmerksamkeit einer Unterfrage zugewandt werden: nämlich der Stellung der Frauen im Komplex unseres Gesamtproblems.

XX
FRANZ STAUDINGER · ZUR LÖSUNG DES ERKENNTNISPROBLEMS



WENN wir den Fehler, der etwa in der idealistischen oder der materialistischen Erkenntnislehre oder in beiden gemacht sein möchte, aufdecken wollen, so tun wir wohl am besten uns nach denjenigen Systemen umzusehen, die bereits beide Seiten einander am nächsten gebracht haben. Das freilich erfordert, wenn wir es ganz genau nehmen wollen, eine ziemlich weitschichtige, historisch-kritische Untersuchung. Denn es könnte sehr wohl der Fall sein, daß der eine es in diesem, der andere aber in einem andern Punkt hierin am weitesten gefördert hat. Aber da das hier unmöglich ist, und da es auch wesentlich auf den eigentlichen Kernpunkt ankommt, so müssen wir eine kurze Auswahl treffen, die ja freilich durch die Erfahrung und das Urteil des Verfassers bestimmt werden muß. Nehmen wir von materialistischer Seite die Philosophie Josef Dietzgens, von idealistischer aber die an Kant anknüpfende Marburger Schule, deren Führer Cohen und Natorp sind.

Dietzgen, dessen Werke, wie in dieser Zeitschrift bereits berichtet wurde, unlängst in einer 3bändigen Gesamtausgabe erschienen sind, hat, vom Materialismus ausgehend, die theoretische Philosophie fast bis zur Überwindung dieses immerhin metaphysischen Systems gefördert und ist Kant in der Hauptsache, wenn auch nicht im einzelnen, ganz erstaunlich nahe gekommen. Leider konnte

er ihm in wesentlichen Punkten nicht gerecht werden, da er fast nur dessen metaphysische Auswüchse sah. In der praktischen Philosophie aber dürfte er sogar in einigen wesentlichen Punkten über ihn hinweggeschritten sein. Sein System auch nur in Übersicht darzustellen ist leider hier nicht möglich, es genügt aber auch einige Stellen mitzuteilen. In den *Streifzügen eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie* heißt es:

»Mit den Händen erfassen wir nur das Tastbare, mit den Augen das Sichtbare, aber mit dem Begriff erfassen wir die Gesamtnatur, die Universale. Darum hat das Begriffsvermögen keine Veranlassung sich zu überheben und auf die Sinne als etwas Beschränktes herabzusehen. Das Begriffsvermögen würde ohne die Hilfe der 5 Sinne ebensowenig einen Begriff zu fassen vermögen als ohne Mithilfe des Intellekts die Augen sehen, die Ohren hören und die Hände tasten können. Es gibt nur ein Sein, und alle Formen sind Modi, Arten oder relative Wahrheiten der einen Generalwahrheit.«

Er erklärt ferner, vermeintlich gegen Kant, im *Wesen der menschlichen Kopfarbeit*, daß das Ding an sich im Unterschied zu den Erscheinungen nur ein Gedankending ist. Was erscheint, das ist; es ist jedoch nur so weit, als es erscheint. Das Denkvermögen erfaßt die Verschiedenheit im Begriff als Einheit. Bemerkenswert ist auch die Bedeutung, die Dietzgen der geistigen Analyse beimißt.

Kant geht von ganz entgegengesetztem methodischem Ausgangspunkt aus. Er untersucht nicht die Dinge, wie sie auf uns wirken, und wie diese Wirkungen zu Begriffen von Dingen werden, sondern er untersucht das Erkenntnisvermögen, soweit es sich auf Dinge und Erkenntnisfaktoren als Mathematik bezieht. Und diejenigen Begriffe, die sich derart auf Gegenstände beziehen, daß diese gar nicht ohne sie gedacht werden können, nennt er *a priori* und ihre Anwendung auf solche *transzendental*. *A priori* bedeutet keineswegs zeitlich vorhergehend, und *transzendental* bedeutet keineswegs, wie oft unwissentlich in Vermengung mit *transzendent* behauptet wird, etwas jenseits der Erfahrung Liegendes sondern gerade das, was sich notwendig auf Erfahrungsobjekte bezieht, ohne das diese gar nicht zu denken sind. Gerade durch das transzendente Urteil wird ihnen der Charakter einer Unabhängigkeit vom subjektiven Bewußtsein zuerkannt. Dieses subjektive oder psychologische Bewußtsein nennt die Marburger Schule *Bewußtheit*, um es von dem Bewußtsein kurz zu unterscheiden, das objektive Gültigkeit für Gegenstände in sich schließt.¹⁾

Diese objektive Gültigkeit aber nun? Kant erkennt wirkliche Gegenstände außer uns an. Und so auch die Marburger Schule. Die Wirklichkeit beruht auf Empfindung. Aber nicht so, daß Empfindung schon als solche äußere Wirklichkeit aussage. Denn zuweilen haben wir bekanntlich Empfindungen, denen kein äußerer Gegenstand entspricht, zuweilen stellen wir aber auch Wirklichkeit ohne direkte Anwesenheit von Empfindungen fest. Die Empfindung erhebt daher nach Cohen nur einen Anspruch, dessen Berechtigung der Verstand zu prüfen hat. Wenn zum Beispiel eine Empfindung, die wir tatsächlich haben,

¹⁾ Man kann hier freilich, wenn man es auch für richtig hält zwei ganz verschiedene Denkbeziehungen in einem kurzen Ausdruck zu bezeichnen, doch eines beanstanden: Das Wort *Bewußtsein* ist hier nur für eine Seite der Beziehung gebraucht, während es in der gewöhnlichen Bedeutung beide Seiten umfaßt, vornehmlich aber gerade das, was die Marburger Schule als *Bewußtsein* bezeichnet. Auch die Begriffsbezeichnungen sollten in unserer doch das Faustrecht verurteilenden Zeit etwas Markenschutz genießen. Es müßten daher richtigerweise für jene gute Unterscheidung zwei neue Namen, etwa *Bewußtheit* und *Bewußthaftigkeit* oder dergleichen gebildet werden, sonst gibt es doch beim ungewarnten Leser überall Konfusion. Das selbe gilt ja auch zum Beispiel für die Bezeichnung *materialistische Geschichtsauffassung*, die doch gar nichts mit dem Materialismus im herkömmlichen Sinn zu tun hat. Und so für vieles andere.

sich nicht in den Zusammenhang einordnen lassen will, so erklären wir sie für eine subjektive Empfindung, nicht aber für Bezeichnung eines Gegenstands. Darüber entscheidet also der kontrollierende Verstand, nicht sie selbst, und ebenso gibt auch sie als solche noch keine Unterschiede. Unterschiede zwischen Empfindungen ergibt erst die Vergleichung, die wiederum der Verstand vornimmt. Der Verstand muß also die übergeordnete Instanz bilden, und nur das, was er mit anderen Empfindungen oder mit anderweiten Urteilen in den Zusammenhang von Raum und Zeit einordnet, gilt uns als wirklich. Daraus ergibt sich: Diese Erkenntniskritik ist bis hierher gar keine Ontologie. Sie stellt bloß in sorgsamer Analyse die Geistesfaktoren fest, unter denen wir die mit dem Bewußtsein objektiver Gültigkeit gefällten Urteile abgeben. In dieser Hinsicht also wären Kant sowie die Marburger Schule nicht anzufechten. Aber die berühmte wunde Stelle, die Frage nach dem sogenannten *Ding an sich*? Nun, hier hat Kant allerdings eine Zwiespältigkeit der Behauptungen, die den Gedanken konstituieren, als hätten wir nur eine erkennbare Welt bloßer Vorstellungen, während das zugrunde liegende Ding an sich unerkannt bleibe. Es gibt aber auch Stellen bei ihm, wo das Ding an sich auf den bloßen Grenzbegriff zusammenschrumpft. Der aber besagt seinem Wesen nach, daß unser Verstand nur durch Beziehung auf Erfahrung, nicht aber in sich selbst Gegenstände feststellen könne, wie es die alte Metaphysik tun zu können glaubte. Und diesen methodischen Begriff allein hat die Marburger Schule übernommen, den andern sehr zweifelhaften und irreführenden Begriff, der Dinge an sich der Erfahrung gegenüberstellt, hat sie gänzlich abgelehnt. Was man aber auch über das Ding an sich denken möge, wenn wir, wie früher auch der Schreiber dieser Zeilen tat, hier ansetzen, so arbeiten wir vom verkehrten Ende aus, nicht von der Stelle aus, wo das Übel seinen Ursprung hat.

Wenn wir von einer hier ganz überflüssigen Wertvergleichung der Leistungen Dietzgens und der Marburger Schule absehen und nur die Kernfrage ins Auge fassen, so wäre eine grundsätzliche Einigung hier durchaus möglich. In Wahrheit hindert beiderseits ein ganz anderer bedenklicherer Umstand als das Ding an sich und muß grundsätzlich hindern, solange er nicht aus dem Weg geräumt ist. An einem bestimmten Punkt schlagen nämlich beide Richtungen nach entgegengesetzten Seiten in ontologische Metaphysik um.

Bei Dietzgen ist die Natur selbst von vornherein die absolute Wahrheit. Praktisch wird sie das natürlich für uns alle sein, aber wenn wir Erkenntniskritik treiben, so kommt es uns doch nicht darauf an diese praktische Tatsache, die als solche selbst ein Berkeley nicht bezweifeln kann, zur dogmatischen Voraussetzung zu machen. Es gilt vielmehr die Erkenntnisfaktoren zu analysieren, durch die wir etwa auf diese Behauptung geführt werden, und zu prüfen, mit welcher Gewißheit diese solche Aussage möglich machen. Diese Behauptung der absoluten Natur, die also praktisch noch so unbezweifelt sein mag, gehört methodisch in die Fragestellung. Sie ist Problem; wenn sich ihre Richtigkeit herausstellt, gehört sie an das Ende der Untersuchung, als eines ihrer Ergebnisse. Dietzgen selbst wirft auch einmal in den *Streifsügen* diesen Gedanken auf. Er schreibt da:

»Woher wissen wir nun, daß hinter den Naturerscheinungen, hinter den relativen Wahrheiten eine universale, unbegrenzte, absolute Natur sitzt, die sich dem Menschen nicht vollständig offenbart? Unser Gesicht ist begrenzt, unser Gehör, Gefühl und so weiter und auch unsere Erkenntnis, und doch wissen wir von allen diesen Dingen, daß sie begrenzte Teile des Unbegrenzten sind. Woher diese Wissenschaft?«

Woher diese Wissenschaft? Diese Frage fordert schon nach der Fragestellung eine Antwort aus der Erkenntnis selbst. Denn es wird gefragt, woher wir das wissen. Also müssen diejenigen Elemente in der Erkenntnis aufgezeigt und beglaubigt werden, die diesen Anspruch so, wie er ist, zu erheben gestatten. Aber welche Antwort erhalten wir durch Dietzgen?

»Sie ist uns angeboren. Sie ist mit dem Bewußtsein gegeben. Das Bewußtsein des Menschen ist das Wissen von seiner Persönlichkeit als einem Teil der Menschengattung, der Menschheit und des Universums. Wissen heißt Bilder machen mit dem Bewußtsein; daß es Bilder sind von Sachen, die alle, Bilder und Sachen, eine Generalmutter besitzen, aus der sie hervorgegangen, und in deren Schoß sie zurückkehren. Dieser Mutterschoß ist die absolute Wahrheit. Er ist ganz wahr und doch mystisch, das heißt eine unerschöpfliche Quelle der Erkenntnis, mithin unauferkennlich.«

Allerdings mystisch. Aber in ganz anderm Sinn als Dietzgen meint. Die selbstgestellte Frage ist einfach ungangen, der gordische Knoten ist zerhauen, nicht gelöst. Wir erfahren nicht das mindeste von den Bewußtseinsfaktoren, durch die eine solche Allmutter gedacht werden muß. Und das, wir betonen es, war in der Fragestellung selbst gefordert, er fragte: »Woher diese Wissenschaft?«

Und auf der andern Seite Kant und die Kantianer. Hier wird jenem Anspruch insoweit durchaus Genüge getan als die Empfindung als der Faktor erscheint, auf den Zusammenhang mit der sich das Urteil der Wirklichkeit gründen muß. Es wird daher gezeigt, daß ohne nachweisliche Beziehung auf diesen einheitlichen Zusammenhang weder ein Urteil noch die Empfindung selbst Berechtigung hat eine Wirklichkeit anzuzeigen. Aber nun kommt die andere Frage: Worin wurzelt der Anspruch dieses Zusammenhangs selbst? Denn er ist im psychischen Bewußtsein geknüpft und soll doch etwas außerhalb des psychischen Bewußtseins, der Cohenschen Bewußtheit aussagen, soll von einer Welt reden, die außerhalb dieses Bewußtseins zu liegen vorgibt. Unsere Vorstellungen sind doch nur in uns, sagt Kant. Kants Einleitung in die zweite Analogie sagt ganz ausdrücklich, daß wir es nur mit unseren Vorstellungen zu tun haben, dasjenige aber an der Erscheinung, das die Verbindung des Mannigfaltigen notwendig mache, das Objekt sei. So haben wir also trotzdem, daß Kant die Realität der Außenwelt anerkennt, faktisch doch wieder deren völlige Phänomenalität, nach der sie außerhalb der Vorstellungszusammenhänge nicht einmal etwas bedeutet. Und das soll nun durch die Unterscheidung von Bewußtsein und Bewußtheit korrigiert werden. Außerhalb der Bewußtheit steht diese Welt, aber nicht außerhalb des Bewußtseins? Wo ist da die Brücke zwischen beiden? Ein Neukantianer, Leopold Ziegler, den ich auch hier in der letzten von mir bearbeiteten Rundschau besprochen habe, schreibt folgende Sätze nieder:

»Die Begriffe *körperlich* und *seelisch* sind erst durch die Benennung verschiedenartiger Erlebnisse im Bewußtsein entstanden... Weil das Bewußtsein Körperliches und Seelisches gleichermaßen umfaßt, ist es weder körperlich noch seelisch, weder materiell noch geistig, weder ideell noch materiell.«

Ist: Damit wird schlankhin ein Seiendes konstruiert, das beide, leibliche und geistige, Erscheinungen umfaßt, und das somit eigentlich die wahre Welt ausmacht, von der die Wirklichkeit nur ein Teil ist. Schon Kant hatte so etwas in seinem »Bewußtsein überhaupt« konstruiert, aber das konnte man auch bei ihm als das Bewußtsein dessen auslegen, worin vernünftige Wesen notwendig übereinstimmen. Hier aber wird es ein vollständig neues ontologisches Weltgebilde, von ganz eigenartiger, weder realer, noch ideeller Beschaffenheit. Da haben wir denn eine neue Mittelwelt, die dritte Welt neben Geistes- und

Körperwelt, die beide umfaßt, und auf der man so schön von Kant zu Fichte und Hegel weiterrutschen kann. Darauf rutschen schon viele, zum Beispiel Lask, Rickert und andere mehr. Und andere, wie Schuppe, Schubert-Soldern, ziehen sich ganz in die Phänomenalität zurück. Im Grunde tun das auch die Positivisten wie Laas. Bei solcher Sachlage wird es aber gerade Ziegler doch bange, und er ist offen genug das auch geradeaus zuzugestehen. Und zwar trifft er dabei den kritischen Punkt auf das allerschärfste. Er schreibt zwei Seiten nach obigen Sätzen:

»Und der psychologische Begriff des *Bewußtseins*? Klafft hier kein unausgleichbarer Widerspruch? Gewiß. Der Widerspruch ist da. Weit entfernt ihn zu verleugnen bin ich bemüht ihn in aller Härte hinzustellen. Es scheint mir redlicher ihn zu bekennen als ihn zu vertuschen, einen dieser Begriffe zu des andern Gunsten zu unterdrücken.«

Sehr gut und redlich. Aber in der Tat: Wenn es bei dieser Unausgeglichenheit bleiben muß, so sind wir so weit wie vorher auch, und der Ungewarnte, der nur diese Ungeheuerlichkeit sieht, wirft vielleicht die ganze Erkenntniskritik in den Müllkasten.

Damit also wäre von beiden Seiten aus Bankrott angezeigt. Von seiten des Dietzgenschen Materialismus, indem er die selbstaufgestellte wichtige Frage dem Angeborenssein, also einer bloßen Verlegenheitsauskunft anheimgibt, von seiten der Erkenntniskritik, indem sie den Gegensatz zwischen Bewußtsein und Bewußtheit nicht zu lösen vermag.

Wie ist dem abzuhelpen? Was den Dietzgenschen Gedankengang betrifft, so habe ich schon gesagt, daß hier die absolute Natur ausgemerzt und aus einer dogmatischen Behauptung zu einer Frage gemacht werden muß, die sich so oder so am Ende der Untersuchung zu beantworten hat. Beim Marburger Neukantianismus aber muß die Frage gestellt werden, ob die Unterscheidung zwischen Bewußtsein und Bewußtheit, die für alle anderen Gegenstände eine gute Bedeutung hat, sich auch beim — nun, sprechen wir das ominöse Wort nur aus — beim Ich ebenfalls durchführen läßt. Wenn wir, im Bild gesprochen, von Lichtstrahlen reden, so kann es uns ja, sobald wir etwa ihr Brechungsvermögen, ihre Stärke usw. behandeln, ganz gleichgültig sein, von welchem Körper sie stammen. Sobald wir aber vom Ausgangspunkt der Strahlung sprechen, dürfen wir diesen nicht selbst als Strahl behandeln. Analog aber verfährt die Marburger Schule mit dem Bewußtsein. Das transzendente, das heißt auf die Objekte gerichtete und sie bestimmende Bewußtsein ist einerseits die objektive Bestimmtheit selbst, andererseits nach den eigenen Feststellungen der Marburger Schule *nichts als eine besondere Seite des empirischen Bewußtseins*, wie es sich in den verschiedenen Bewußtheiten oder den verschiedenen Ichs kundtut. Cohen, der übrigens das Denken nochmals vom übrigen Bewußtsein trennt, teilt der Psychologie die Beschreibung und Beleuchtung der Vorgänge des Bewußtseins zu und gibt dem Denken die Funktionen des Verbindens und Trennens oder der Synthesis. Allein, wenn die selben seelischen Vorgänge hier in zweierlei Bedeutung erscheinen, als seelische Vorgänge und als gemeinschaftliche Objektbestimmungen, so können sie doch in zweiter Hinsicht nichts enthalten, was die erste Bedeutung unverständlich machte, und ebenso umgekehrt. Sie sind ebenfaktisch beides zusammen. Sind sie aber hier in ihrem Treffpunkt beides zusammen, so wäre denn doch die Frage aufzuwerfen, wie denn ihre objektbestimmende Tätigkeit in ihrer psychologischen, und wie ihre psychologische Tätigkeit in ihrer objektbestimmenden zum Ausdruck kommt. Cohen lehnt das.

aber ab und behauptet fast mit Heftigkeit, die psychologische Seite, die Bewußtheit, gehe die Erkenntniskritik gar nichts an. Das mag für die rein analytische Feststellung der objektiven Erkenntnisfaktoren gelten. Jedenfalls aber kann das nicht für den gemeinschaftlichen Zentralbegriff gelten. Denn die selben Formen, die dort etwas für Objekte überhaupt bedeuten, müssen hier als Bewegungen in einzelnen Bewußtheiten in verschiedenen Ichs angesehen werden. Ja, ich behaupte direkt: Beim Erkennen ruht sogar die Objektbestimmung selbst auf gewissen Voraussetzungen der bloßen Bewußtheit.

Das zu erweisen betrachten wir einmal jeder sein spezielles Ich, seine Bewußtheit, während das Bewußtsein, sagen wir, feststellt, daß das Bild vom Haus, das wir gestern da oben sahen, und das Bild, das wir heute dort sehen, das selbe Haus bedeuten. Das geschieht, obwohl gestern das Dachbild rotbraun aussah und heute weiß schimmert. Wir werden sofort bei einiger Aufmerksamkeit inne werden, daß wir objektivierend zwei Urteile gefällt haben. Erstlich: Die beiden verschieden gefärbten Bilder sollen mir trotz allem den selben Gegenstand, das Haus, bedeuten. Wir urteilen also: Der Gegenstand der gestrigen Wahrnehmung hängt unabhängig von dem Zustand unserer Bewußtheit, die ihn in langer Unterbrechung wahrnahm, doch in sich zusammen, hat also fortgedauert, während er nicht wahrgenommen wurde. Zweitens aber: Der Unterschied der Färbung kommt etwa daher, daß über Nacht Schnee gefallen ist. In der Bewußtheit waren also nur zwei verschiedene Bilder. Das Bewußtsein, respektive das Denken aber knüpft die beiden in zwei Urteilen, einem substanziellen und einem kausalen Urteil, in einen objektiven Zusammenhang. Aber das allein sollte bei den Marburgern eigentlich Bewußtsein heißen, nicht die Tätigkeit, die psychologisch ist und bleibt. Aber beachten wir, welche andere Tätigkeit das Denken dabei vorfinden, und was es selbst voraus tun muß, ehe es solche Verbindung herstellen kann. Das erste ist, daß wir uns der gestrigen Vorstellung erinnern müssen, das zweite, daß sie das vergleichende Denken als gleich anerkennt. Das Erinnern aber ist rein psychologischer Vorgang. Trotzdem ist er unumgänglich erforderlich, damit das Denken nunmehr erstlich die gestrige Vorstellung als gleich anerkennen und dann mit der jetzigen auf den selben Gegenstand außer uns beziehen könne. Dagegen kann keine Widerrede aufkommen. Kant hatte in der 1. Auflage seiner *Kritik der reinen Vernunft* auch diese psychologischen Voraussetzungen behandelt, dann aber leider diese Betrachtungen weggelassen. Und so hat er mit seinem »stehenden und bleibenden« logischen Ich, das er doch aus der Psychologie beibehielt, dabei aber transzendental behandelte, den Keim zu dem verschrobeneren Idealismus gelegt, der die folgende Zeit erfüllt. Man pflegt ihn nur leider gewöhnlich am falschen Ende, an der Lehre vom Ding an sich, zu bekämpfen, von wo aus ihm methodisch gar nicht beizukommen ist. Hieraus müßten die Marburger erkennen, daß es nicht angeht die Bewußtheitstatsachen auch bei Feststellung der Objektivität so ganz außer acht zu lassen. Und L. Ziegler speziell kann hier sehen, daß und wie tatsächlich Bewußtsein und Bewußtheit zusammenhängen.

Ist aber das erst einmal geschehen, so sollte es keine besondere Mühe mehr kosten einzusehen, daß man den Quellpunkt der transzendentalen Begriffe, die man zur Bestimmung der Gegenstände braucht, nicht selbst zum transzendentalen Begriff machen darf. Andernfalls wird das stehende und bleibende Ich, oder das allumfassende Bewußtsein trotz aller Verwahrung zu einer Art Sub-

stanz, und damit wird der Fehler gemacht, den Kant in seinem Paralogismus auf das schärfste klargelegt hat. Es hilft gar nichts zu sagen, so solle das nicht gemeint sein. Es ist als stehend und bleibend, damit als Substanz bestimmt. Freilich wird das Ich in der objektiven Betrachtung tatsächlich zur Substanz, aber im Zusammenhang mit körperlichen Bestimmungen. Ob das körperliche Ich für sich allein als Substanz zu bestimmen ist, die mit der Körpersubstanz nur zeitweilig verbunden wäre, darüber haben wir wissenschaftlich noch keinerlei Auskunft. Es handelt sich um das paralogistische Ich, das Körperliches und Seelisches als transzendentes Gespenst umfassen soll. Ist erst das beseitigt, so scheint die Hauptschwierigkeit überwunden. Aber sie könnte auch nun erst recht hervortreten. Der klaffende Unsinn, daß das empirische Ich auf der einen Seite als Gegenstand neben den übrigen Gegenständen zu bestimmen ist, auf der andern Seite aber alle Objekte umfassen soll, könnte erst recht drastisch vor Augen treten.

Wie ist diese Schwierigkeit zu erledigen?

Werfen wir nur einmal den Blick zurück auf die Tatsache, daß wir an das gestrige Hausbild denken, daß wir das Haus da drüben zweifellos als außerhalb unseres nunmehr einfach empirischen Bewußtseins denken. Wir haben es durch das Bewußtsein selbst bereits als dauernd, abgesehen davon, daß es auch dauernd wahrgenommen wird, bestimmen müssen. Wenn aber das, so kann das Haus weder in der Bewußtheit noch im Bewußtsein, das ja mit jenem zusammengehört, »enthalten« sein, wie Ziegler angibt. Wir haben vielmehr in der Vorstellung nur Zeichen zu Beziehungen im Gedanken, durch die wir das Haus bestimmen. Keineswegs aber enthält weder die Vorstellung noch der Gedanke das Haus selbst. In dem Fall, wo wir an das gestrige Hausbild denken, zeigt sich das ja ganz offenbar. Das ist doch vergangen, eine jetzige Bewußtseinstätigkeit fixiert es ja auf gestern, wo noch kein Schnee darauf lag. Wir beziehen uns also jetzt auf etwas, was jetzt nicht mehr da ist. Natorp spricht einmal von der übergreifenden Macht des Bewußtseins, und das ist vollkommen richtig. Wir haben im Bewußtsein die eigentümliche Macht uns vom hier und vom jetzt auf ein Nichthier und ein Nichtjetzt zu beziehen. Aber nur zu beziehen. Wir erhalten damit den Gegenstand, darauf wir beziehen, in keiner Weise weder ins Bewußtsein noch in die Bewußtheit. Das dürfte für alles gelten, für frühere Vorstellungen und Ereignisse, für Außendinge, die auch nicht als solche weder in das Bewußtsein noch in die Bewußtheit wandern, aber auch für mathematische und dergleichen Lehrsätze. Hier scheint allerdings das *Sein der Geltung* sein Recht zu haben. Und hier liegt auch der Quellpunkt dieser Lehre von Plato bis Kant. Aber ohne das sehr komplizierte Problem, wie es damit stehen möchte, hier anzuschneiden, will ich bloß die Frage stellen, wie es denn geschehen könne, daß wir an einem mathematischen Satz noch neue Wahrheiten entdecken können, wenn er an sich Bewußtsein ist. Dann müßte sich doch etwas unbewußt im Bewußtsein befinden, wogegen sich aber gerade Cohen sehr stürmisch wehrt. Aber selbst, wenn für mathematische Sätze als solche diese Auffassung richtig wäre, so wäre sie es noch lange nicht für die genannten anderen Bewußtseinsgegenstände, wie unsere obige Erörterung beweist.

Sind wir den Spuk eines Bewußtseins erst los, das Gegenstände *enthält*, statt daß es bloße Vorstellungsbilder im Denken *bezieht*, dann kann alles in Ordnung kommen. Dann kann sich die methodische Arbeit, die Kant und die Kantianer

geleistet haben, erst fruchtbar mit der von der entgegengesetzten Seite geleisteten verbinden und so wirklich Früchte tragen. Solange dies aber nicht geschehen ist, muß drüben aus einem absoluten Material, hüben aus einem über Raum und Zeit waltenden Bewußtsein immer wieder eine quere Metaphysik hervorbrechen, die aller Kontrolle spottet. Der Nachweis des Fehlerquells ist aber für die methodische Weiterarbeit unerläßlich.

Es bleibt für die Erkenntnislehre nun noch die Frage, welchen Zusammenhang Bewußtshaftigkeit und Bewußtheit in ihrem Zusammenarbeiten im Erkenntnisprozeß haben. Besonders ist da der Nachdruck auf die Frage zu legen, welchen Zusammenhang die objektivierenden Urteile mit der Empfindung haben, wie weit sie diese bestimmen, wie weit sie etwa von ihr bestimmt werden. Sodann aber ist der Blick auf die Weltanschauungstheorien zu richten. Dies ist freilich schon in weitem Umfang auf Grund der heutigen Erkenntniskritik möglich. Und so will ich, wenn ich auch den ersten Punkt, der ein Buch erforderte,²⁾ hier gar nicht anschnelden kann, auf die letztere Frage in einem spätern Aufsatz noch einen Blick werfen.

XX

ANNA PLEHN · IMPRESSIONISTISCHE FARBE ALS SCHMUCKWERT



ALS vor kurzem einige Maler Entwürfe für moderne Kunstverglasungen lieferten, da gab es eine gewisse Überraschung, weil es gerade der Flügelmann von der äußersten Linken war, der die ruhigste und zugleich reichfarbigste Flächenwirkung erzielt hatte. Der Impressionismus bewährte hier als Tugend eine Gepflogenheit, die ihm oft ein Kopfschütteln des Beschauers eingetragen hat. Er entkörperert das Figürliche und verflüchtigt den gegenständlichen Inhalt. Diesmal ließ er durch das gleiche Verfahren dem edelsteinartigen Strahlen des schönen Glasmaterials die Hauptrolle und erinnerte beinahe an die bunten Scheibenflächen alter Kathedralen, an die moderne Erzeugnisse bisher bei aller Bemühung nicht heranzureichten. Diese Beobachtung warf ein blitzartiges Licht auf die Stellung der impressionistischen Farbauffassung zur Dekoration überhaupt. Man sah hier, wie die Souveränitätserklärung der Farbe, die die allerjüngste Bewegung verbreiten will, auf ganz alte Prinzipien der Schmuckbehandlung zurückkommt. Zugleich verstand man, was auf dem Feld der dekorativen Kunst auch dem ehrlichsten Streben lange im Weg gestanden hat.

Der moderne Maler, der von einer mehr oder minder realistischen Wirklichkeitsauffassung herkam, dachte auch bei kunsthandwerklicher Arbeit nur zu oft zuerst an das Bild. Wenn er ein Glasfenster machen wollte, so vergaß er, daß es nichts sein dürfe als eine Ergänzung der durchbrochenen Wand, also eine Fläche. Der Maler wollte sich nicht dazu verstehen die sprechende Bewegung der Körperumrisse, den Sinn von Stellung und Gebärde und endlich die Geschichte, die sich in dem allen aussprach, zu verschleiern und nur an schmückende Wirkung zu denken. Wenn auch hier und da das Vorbild alter Kirchenkunst dazu führte, daß kleines Musterwerk teppichartig über die Gewandbreiten lief und die Zwischenräume neben den Figuren spielend füllte,

²⁾ Der Verfasser dieses Aufsatzes arbeitet seit vielen Jahren, wenn auch immer wieder unterbrochen, an dieser Frage. Eine kurze Übersicht über die methodischen Grundgedanken hat er in seinem Büchlein *Methode oder Dogma?* / Darmstadt 1909 / gegeben.

so daß die Körper einigermaßen in die Ebene hineinsanken, so machte dies heilsame Nivellierungswerk leider vor dem Antlitz und seinem Ausdruck halt. Mund und Auge sollten beredte Sprache führen, und darum wurden die Köpfe als besondere Prachtstücke der Detailzeichnung in die mehr oder minder entseelte und entkörperte Umgebung eingefügt. Hier mindestens wollte der Zeichner sich für die in Nebendingen geübte Entsagung entschädigen, indem er seine differenzierten Umrisse um Lippen, Nasenflügel und Brauenbogen zog. Dabei dünkte er sich vielleicht unendlich erhaben über den Handwerker des 13. Jahrhunderts, der die Gesichter als genau so plump umgrenzte Materialabschnitte zusammenstückte wie alles übrige, ja sich nicht scheute hier oder da einen der verbindenden Bleistreifen mitten über eine Stirn oder Wange wegzuführen. Dem Modernen wäre schon die Verfinsterung, die durch dieses dunkle Band in die von Natur helle Gesichtsfarbe kam, ein Dorn im Auge gewesen. Er hielt sich für die Hautfarbe an seine Kenntnis der Wirklichkeit, indem er die Gesichter mindestens im Ton sehr licht behandelte. Dadurch unterschied er sie noch merklicher als durch den Charakter der Zeichnung von der Gewandung, für die er sich die prächtigeren Nuancen des Glasmaterials (und das sind die dunklen) nicht entgehen lassen wollte. So sind denn tatsächlich in modernen farbigen Fenstern mit Figurenschmuck, was man zuerst sieht, und zum Schaden der Flächeneinheit aus dem Zubehör herauslöst, in der Regel die Gesichter und Hände.

Es war ganz natürlich, daß unser neu erwachendes Kunsthandwerk sich zunächst mit einer fast ängstlichen Treue an das einzelne Naturvorbild anlehnte und Sorge trug, daß es stets deutlich erkennbar blieb. Ist doch die Wirklichkeit die einzige Speise, mit der die Phantasie ihre Schönheitsvorstellungen nährt. Überdies hatte jene Generation gerade besonders intensiv Anstrengungen gemacht, um akademische Bequemlichkeit zu überwinden und dem Sichtbaren selbstgeprägte künstlerische Spiegelbilder entgegenzustellen. Man meinte mit ihnen der Wirklichkeit nähergekommen zu sein als irgendeine frühere Zeit. Das Schlagwort vom *Realismus* war in aller Munde. Wie hätte solche Gesinnung sich zu der Einsicht bequemen können, daß ein naturtreues Bild irgendwo vom Übel sei? Auf Tapeten, Wandteppichen und auch im Glasfenster spielten figürliche und pflanzliche Motive eine Vorzugsrolle. Alles, was als eine Bestätigung dieses Geschmacks aufgefaßt werden konnte, stand in hoher Schätzung. Das Beispiel der Engländer und der Japaner wurde abwechselnd in solchem Sinn umgedeutet. Die Folge einer schlechtangebrachten Überschätzung des Naturmotivs, des bildmäßigen Schmucks waren schließlich die Verwüstungen des sogenannten *Jugendstils*.

Da kam als eine Rettungsmöglichkeit für das Kunsthandwerk, das so in eine neue Sackgasse geraten war, die Wendung, mit der der Impressionismus sich vom Ballast des Details an Form und Linie entledigte. Ungehemmt wollte er seine Entdeckungsreisen in die Regionen der Farbe antreten. Freilich ging es nicht ohne Einbuße ab, wenn man in diesen Gemälden auf individuellen Ausdruck und Intimität der Gebärde verzichtete. Mit heroischer Entsagung begnügte sich eine bestimmte Gruppe der Impressionisten mit dem schwachen Ungefähr eines Natureindrucks. Oft erschrickt das Auge vor dem Leichtsinn, mit dem fast das ganze Erbe vergangener Jahrhunderte verschleudert scheint. Nackt und leer gespenstert der Raum. Es gibt kein Vor- und Hintereinander der Gegenstände. Was ganze Geschlechter als Schönheit der Formen angebetet

hatten, liegt in Trümmern zwischen diesem brutal zufallsmäßig aufgehäuften oder ängstlich punktweise neben einander gesetzten Pinselstrichen, die wie Steinbrocken auf einem Feld verstreut sind. Wie Schatten, kaum faßbar für das Auge, irren Geschöpfe über Flächen, während es sonst der Ehrgeiz des bildenden Künstlers war menschliche Gestalten kraftvoll strotzend, körperhaft wie das Leben selbst zu zeigen.

Aber über dieser Zerstörung lächelt es zuweilen wie eine neue Farbenoffenbarung. Freilich sind es keine schwebenden, wandelbaren und immer neu erschaffenen Nuancen, der reichen Wirklichkeit mit jedem Tag in überraschender Schönheit abgewonnen. Diese Farbe der stärksten Energie ist eigentümlich eintönig. Sie muß so sein, wie alles, was man auf die Spitze treibt. Beleuchtungsphänomene waren es, die unserer Zeit als ihr besonderes Problem zur Lösung zugeteilt wurden. In einem leidenschaftlichen Trumpfen auf die äußerste Kraftleistung ringen nun diese Maler um die endgültige Formel für die Umgestaltung der Farbe durch das Licht. Zwischenstufen werden bald überwunden und beiseite getan, und das Resultat vieler gegen einander kämpfender Bemühungen in diesem Farbenfeuerwerk ist eine merkwürdige Übereinstimmung der koloristischen Resultate. Die Farbe steht wieder dekorativ, aber eintönig da, wie sie in früher Zeit war, als sich im Willen zum Schmuck das künstlerische Ideal der Menschen vollendete. Noch einmal: Man kann dem Ehrgeiz der jetzt heraufkommenden Generation den Ruhm mancher heftigen Effekte zuerkennen, aber man wird sie nicht für vielseitig in ihrer farbigen Anschauung erklären dürfen. Der Anspruch an ganze Unendlichkeiten von Farbestufenleitern bleibt durch ihre Leistungen, bisher wenigstens, unbefriedigt.

Doch gerade durch ihre Beschränkung, die für die darstellende Malerei eine Einbuße bedeutet, kommen diese Farbensucher den Erfordernissen der Dekoration entgegen. Die Erkenntnis kann nicht ausbleiben, daß sich die ganz starken Farbenwirkungen mit geringerer Mühe und mit fragloserm Gelingen in lichtdurchflutetem Material werden hervorbringen lassen als mit den gewöhnlichen Mitteln der Palette. Diese Glorien, die der lebendige Sonnenstrahl durch seine Berührung im farbengetränkten Glas weckt, mußten früher oder später den Neid der lechzenden Sinne dieser Farbenträumer erregen. Sicherlich wurden sie bei ihrem bisherigen Wirken zuweilen ihres Unvermögens verzweifelnd inne. Vom Neid bis zur Aneignung konnte der Weg nicht weit sein.

Selbstverständlicher, augenerfreuender und traumähnlicher als je eine Rahmenmalerei von Pechstein wirkte sein Glasfenster mit dem geschmeidegleichen Schimmer von blauen, grünen, violetten und roten Scheibenstücken. Die Bezeichnung *Der Architekt* erinnerte daran nach dem *Bild* zu suchen. Und wirklich fanden die Augen bei gutem Willen in dem koloristischen Gewirr die Umrisse eines Männerrocks, über dem eine blutrote Mütze das schwächere Hellrot des Gesichts erfolgreich übertrumpfte. Die unscheinbare Gestalt ist in ein Farbensgewoge eingefangen, das ohne bestimmt erkennbares Blattwerk etwa die Vorstellung von sonnendurchfunkelten Laubmassen hervorruft. Keine Naturdarstellung mehr, sondern eine Stimmungsabstraktion in Gestalt eines Farbentons, der aus 3 oder 4 verschiedenen Glasarten zusammengesetzt ist, wie der impressionistische Maler seine Farben durch Nebeneinandersetzen mischt. Weder der Mensch des Bildes noch die Umgebung fordern besondere Aufmerksamkeit

des Betrachters. Erfolgreich ist hier das Vorurteil überwunden, daß dem Antlitz mehr Wichtigkeit zukomme als dem Kleid oder Schuh, und der ganzen Menschenfigur mehr Bedeutung als dem Gezweig des Baums. Diese parteiische Unterscheidung hat allerdings in der darstellenden Malerei durch jahrhundertelange währende Leistungen ihre Berechtigung erwiesen. Aber nur durch ein Mißverständnis übertrug sie auf die Dekoration den selben Grundsatz. Der mußte nun erst auf seinem eigensten Feld, im Gemälde, zunichte werden, um dann auch im Schmuckmotiv durch eine angemessenere Anschauungsweise Ersatz zu finden.

Der dekorativen Kunst winken also durch die impressionistische Farbe neue Möglichkeiten. Vollkommener als mit den begrenzten Mitteln der Palette werden sich überschäumende Phantasieen mit von Haus aus prächtigeren Werkstoffen befriedigen. Mit bunten Steinen, schimmerndem Metall, glänzender Seide und dunkel glühender Wolle, endlich mit sprühendem Glas können koloristische Einfälle sich ruhmreich bewähren. Die Farbe vermöchte in diesen Gebilden als Schmuckwert den obersten Platz einzunehmen, in noch höherem Grad als je in früherer Zeit. Denn die Einsicht, wie ein Farbenwert den andern zu steigern vermag, hat durch die Bestrebungen der letzten Jahre enorm gewonnen.

Für die Malerei aber dürfte aus solchen Erfolgen auf dem Nachbargebiet noch ein besonderer Gewinn erwachsen. Wenn die Pinselleistungen sich von kunsthandwerklichen Erzeugnissen so fraglos übertroffen finden, so kann die Überlegung nicht ausbleiben, daß man sich nur wieder zur Nuance zu flüchten braucht, um seinerseits unangreifbar zu werden. Die Malerei müßte den aussichtslosen Wettkampf um die stärkste Kraftprobe aufgeben und nun die Bereiche der Zwischenstufen durchwandern, die sie jüngst zum eigenen Schaden veröden ließ. Statt über 3 oder 4 so gut wie unveränderliche Trümpfe verfügte sie dann über ein ganzes Heer geschmeidiger koloristischer Harmoniefolgen. Zugleich würde an Stelle der unbiegsam und ausdrucksarm gewordenen Linie, die auch ihrerseits nur nach den primitiven äußersten Kontrasten strebte, ganz von selbst ein veränderlicher und inhaltsreicher Umriß treten. Denn die verschiedenen Stilelemente stehen in einem unlösbaren Verhältnis zu einander. Die Veränderung des einen zieht auch eine gleichartige Umgestaltung des andern nach sich. Und nun fühlte sich der darstellende Maler wieder in seiner Überlegenheit durch eine intime Ausdruckskunst, die fast zu allen Zeiten den Schaffenden am meisten am Herzen lag und es stets von neuem tun wird.

XXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Rudolf Wissell

Börse

Seit dem letzten Wirtschaftsbericht hat sich wieder einmal gezeigt, wie sehr politische Momente für die Gestaltung der Kurse mitbestimmend sind, und wie sehr schon eine gespannte politische

Lage geeignet ist im Börsenlager geradezu eine Panik hervorzurufen. Schon die Einleitung der Marokkoverhandlungen hatte das hochgetürmte Gebäude der Kurse erheblich ins Wanken gebracht. Die Tripolisaffäre hat das Kursniveau bedeutend geschwächt. Der Kursstand der 7 Großbanken gestaltete sich im Laufe der letzten 4 Monate wie folgt:

Bank	Juli	August	September	Oktober
Berliner Handelsgesellschaft	170,50	168,75	164,75	164,50
Kommerz- und Diskontobank	177,50	176,50	174,75	176,00
Darmstädter Bank	157,00	156,50	154,00	153,25
Deutsche Bank	264,50	262,75	258,75	258,50
Diskontobank	188,60	187,00	184,00	185,12
Dresdener Bank	157,25	156,50	154,00	154,75
Nationalbank	126,75	126,00	123,25	123,12

Natürlich sind diese Kursstürze — man muß von solchen sprechen; die *Deutsche Bank*, die an dem politischen Verhältnis durch ihre Beteiligung an den Bahnbauten in Kleinasien sehr interessiert ist, hat am 27. September, dem Tag der Übereichung des italienischen Ultimatums, innerall weniger Stunden ihre Aktien um 5 % im Kurs sinken sehen — nicht auf die Banken beschränkt geblieben, sie sind vielmehr gerade in der Schwerindustrie am erheblichsten gewesen. Im Lauf der letzten Wochen hat sich nun zwar wieder eine Besserung gezeigt, und an die Stelle der nervösen Hast und Unruhe ist eine ruhigere Beurteilung der Sachlage getreten. Das kam daher, daß das durch die Marokkoverhandlungen gegebene Moment politischer Beunruhigung mit deren nahendem Abschluß an Wirksamkeit verlor und aus dem Bereich der Erörterungen verschwand. Dazu hat weiter aber auch beigetragen, daß die inzwischen bekannt gegebenen Jahresberichte einer ganzen Reihe von großen Unternehmungen ein gutes Ergebnis erkennen ließen.

✕ In den eben erwähnten industriellen Berichten ist fast durchgängig die Erwartung ausgesprochen, daß auch das laufende Ge-

schäftsjahr, das mit dem 1. Juli seinen Anfang nahm, zufriedenstellen werde. Nun ist ein zufriedenstellendes Ergebnis im Sinn dieser Geschäftsberichte für jeden andern Menschen als unsere Großindustriellen und Aktionäre schon ein sehr gutes. Besteht also jene Hoffnung schon jetzt, so kann man annehmen, daß die Geschäftsverhältnisse sich recht günstig entwickelt haben. Wenn trotzdem das Kursniveau zurückgegangen ist oder den alten Stand nicht wieder erreicht hat, so hat das seinen Grund darin, daß ganz ungerechtfertigte Erwartungen an den Abschluß des alten Jahres geknüpft worden waren.

Die *Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft*, das größte deutsche Unternehmen auf dem Gebiet der Elektroindustrie, sagt in ihrem Geschäftsbericht, daß die Höhe der Umsätze die entsprechenden Ziffern im Vorjahr noch sehr beträchtlich überstiegen haben. Der nur aus Fabrikations- und Warengewinn erzielte Geschäftsgewinn stellte sich auf 25 151 174 Mark gegen 21 111 174 im Vorjahr; davon bleibt ein Reingewinn von 22 140 729 Mark gegen 18 425 225. Die Dividende ist wieder auf 14 % bemessen worden. Zur Auszahlung sind 16 100 000 Mark erforderlich. Welchen enormen Umfang die Geschäftsausdehnung der Gesellschaft angenommen hat, wird aus dem Riesenheer der Angestellten ersichtlich: 60 818 Personen, gegen 41 663 am 1. Juli 1910, wurden von ihr beschäftigt. Die Anzahl der abgelieferten Maschinen, einschließlich der Turbodynamos und Transformatoren belief sich auf 92 470 mit einer Leistung von 2 827 336 Pferdestärken. Der Kupferverbrauch stellte sich auf 27 000 Tonnen gegen 23 000 im Vorjahr. Der Ausdehnung des Geschäfts wegen will die Gesellschaft für 30 Millionen Mark neue Schuldverschreibungen ausgeben. Dadurch werden die fundierten Verpflichtungen bei einem Aktienkapital von 130 Millionen Mark auf 80 Millionen an-schwellen.

Die größte deutsche reine Kohlenzeche, die *Harpener Bergbauaktiengesellschaft*, hat bei Gesamteinnahmen für Kohlen, Koks, und Briketts von 72 145 197 Mark, im Vorjahr 68 867 158, einen Reingewinn von 7 469 812 Mark gegen 6 464 888 im Vorjahr erzielt und verteilt eine Dividende von 8 % gegen 7 % im Vorjahr. Im Bericht wird besonders auf das ungünstige Verhältnis zwischen den reinen und den Hüttenzechen im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat hingewiesen. Es wird betont, daß nur, wenn auch der Selbstver-

brauch der Hüttenzechen ebenso mit der Umlage belegt würde wie die zum Verkauf kommenden Kohlen, ein neues Kohlensyndikat ermöglicht werden könne. Aus der Schwereisenindustrie ist der Geschäftsabschluß des *Bochumer Vereins* von Bedeutung. Trotz erheblicher baulicher Veränderungen, die den Betrieb vielfach ungünstig beeinflussten, hat dies Unternehmen einen Reingewinn von 4 424 012 Mark gegen 3,63 Millionen im Vorjahr, erzielt. Es soll eine Dividende von 12½ % verteilt werden. Auch in diesem Bericht wird im Hinblick auf die gute Lage des Gesamtunternehmens für das laufende Jahr ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht gestellt.

In die finanziellen Ergebnisse der Fabrikation des rollenden Eisenbahnmaterials haben Verhandlungen über eine Interessengemeinschaft zwischen der *Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagenbau und Maschinenbauanstalt* (Linke) und der Waggonfabrik Gebrüder Hofmann & Kompanie, beide in Breslau, einen interessanten Einblick gewährt. Die Interessengemeinschaft ist, wie angegeben wird, geplant, um bei dem ständigen Rückgang der Gewinne im Verhältnis zum Umsatz durch die Vereinigung der Betriebe und die daraus sich ergebende Verringerung der allgemeinen Unkosten und Ersparnis an Arbeitskräften die Herstellungskosten herabzusetzen. Die beiden Gesellschaften haben im letzten Jahr 25 respektive 35 % Dividende verteilt. Die gesamten Maschinen und Geräte stehen mit 1 respektive 3 Mark zu Buch. Sie haben eine so außerordentlich hohe Reserve angesammelt, die diesmal zur Verteilung gelangen soll, daß die Ausschüttung nach dem offiziellen Communiqué auf die Stammaktien der Linkegesellschaft zirka 150 bis 166⅓ %, auf die der Hofmanngesellschaft zirka 175 bis 200 % betragen wird. Die Interessengemeinschaft, die hier geplant ist, ist eine von den sonst üblichen völlig abweichende. Die Betriebe sollen an eine neu zu bildende Aktiengesellschaft verpachtet werden. Man will wohl auch die außerordentlichen Gewinne nach außen hin nicht so hoch erscheinen lassen.

X Zucker X
Eine ungünstige Rübenernte hat eine schnellere Erledigung der Rübenerbearbeitung zur Folge. Teilweise ist die Zuckerkampagne schon beendet; einzelne Fabriken haben überhaupt ihren Betrieb nicht eröffnet und ihre Rüben einer Nachbarfabrik zur Bearbeitung gegeben. Nach

einer in der Zeit vom 11. bis zum 20. Oktober dieses Jahres veranstalteten Umfrage der *Internationalen Vereinigung für Zuckerstatistik* stellt sich die voraussichtliche Rübenverarbeitung und Zuckerproduktion der Kampagne 1911-1912 in den 4 Hauptproduktionsländern Europas und in Europa insgesamt wie folgt:

Land	Zuckerzeugung					
	Rübenverarbeitung sämtlicher Fabriken (in Tonnen)			Zuckerzeugung		
	1911-1912	1910-1911	Prozentuale Abnahme	1911-1912	1910-1911	Prozentuale Abnahme
Deutschland	8 964 600	15 753 403	- 43,1	1 418 500	25 741 167	- 44,9
Osterreich-Ungarn	7 564 000	10 252 500	- 26,2	1 125 200	1 522 785	- 26,1
Frankreich	4 203 100	5 512 400	- 23,8	549 100	711 172	- 22,8
Rußland	12 818 000	13 083 300	- 2,0	1 961 100	2 108 760	- 7,0
Europa	40 573 900	52 409 167	- 22,6	6 034 100	8 610 365	- 24,7

Die Ausbeute der Rüben verarbeitenden Fabriken stellt sich durchschnittlich auf 14,93 %, gegen 15,85 % im Vorjahr. Daß eine Minderproduktion um fast ein Viertel eine scharf ansteigende Preisbewegung zur Folge hat, kann weiter nicht wundernehmen. Aber auch die Spekulation macht sich diese Tendenz am Zuckermarkt zunutze, und ihre Manipulationen haben mit dazu beigetragen, daß zum Beispiel am 27. Oktober für den Zentner ohne Sack 17,30 Mark gezahlt wurde. An einzelnen Tagen ist sogar die 18 Mark-Grenze überschritten worden. Um diese Höhe der Preise richtig bewerten zu können, sei darauf

hingewiesen, daß die Preise am 1. November 1910 auf 8,40 Mark standen. Dabei handelt es sich jeweils um Großhandelspreise. Im Kleinhandel stellen sich die Preise bis auf 35 Pfennig pro Pfund.

× **Geldmarkt** × In jedem Herbst ist mit der geschäftlichen Belebung und der Finanzierung der Ernte eine erhebliche Versteifung des Geldmarkts zu konstatieren. In diesem Jahr ist sie recht erheblich gewesen. Schon im August wie im September haben die französischen Banken, im wesentlichen durch die politischen Ereignisse gedrängt, ebenso aber auch durch die Abhebungen, die ihre Depositen gläubiger vornahmen, die namentlich in Deutschland unterhaltenen Guthaben zurückgezogen. Das machte sich natürlich recht fühlbar. Die Reichsbank sah sich am 19. September veranlaßt den Diskont von 4 auf 5 % zu erhöhen. Die Wechselkurse stellten sich so hoch, daß ein Abfluß des Goldes zu befürchten war. Wie notwendig diese Erhöhung war, zeigte dann der Quartalsabschluß am 1. Oktober. Die Inanspruchnahme war so erheblich, daß binnen einer Woche der Status der Bank sich um 771 Millionen Mark verschlechterte. Hatte sie am 23. September noch eine steuerfreie Notenreserve von fast 70 Millionen, so war sie am 30. September schon trotz des 200 Millionen Mark höhern und steuerfreien Notenkontingents mit 504 Millionen Mark in die Steuerpflicht hineingekommen. Das Wechselportefeuille stellte sich auf 1785 Millionen. Wenn auch in den ersten Oktoberwochen ein erheblicher Rückfluß in die Reichsbank wieder eintrat, so sind doch die Verhältnisse immerhin noch recht gespannt.

× **Kurze Chronik** × Ende Oktober hat die Nachricht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die gerichtliche Verfolgung des Stahltrusts beschlossen und seine Auflösung verlangt habe, zu einem recht erheblichen Rückgang der amerikanischen Werte an der Börse geführt. Die *New York Times* sind der Hoffnung, daß das Vorgehen der Regierung das Geschäft nicht beeinträchtigt werde, und daß schließlich eine Entscheidung ergehen werde wie seinerzeit gegen den Petroleum- und Tabaktrust. × Die günstige Entwicklung des Terminhandels in Kupfer seit seiner offiziellen

Einführung am 1. April dieses Jahres an der Hamburger Börse hat das Projekt einer Zinnterminbörse entstehen lassen. Voraussichtlich soll noch im Laufe dieses Jahres der Terminhandel in Zinn eröffnet werden. × Die preussische Regierung hat für 80 Millionen Mark Schatzanweisungen ausgegeben, die im wesentlichen durch Vermittelung der *Handelsgesellschaft* nach den Vereinigten Staaten gegangen sind. × Die deutsche Roheisengewinnung stellte sich in den ersten 9 Monaten dieses Jahres auf 11 507 749 Tonnen gegen 10 922 529 in der gleichen Zeit des Vorjahrs. × Der deutsche Außenhandel in Eisen belief sich in den ersten 9 Monaten dieses Jahres auf 3 905 324 Tonnen gegen 3 575 762 im Vorjahr. × Die Steinkohlenproduktion betrug in den ersten 9 Monaten 119 791 173 (im Vorjahr 112 740 266) Tonnen. × Die *Göttinger Bank* hat am 29. September 1911 ihre Zahlungen eingestellt. Das Aktienkapital beträgt 2 Millionen, die Einlage 3 Millionen Mark.

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stümer

Lohnbewegungen 1910 Nach der von der *Generalkommission im Korrespondenzblatt* veröffentlichten Statistik fanden 1910 insgesamt 9690 Lohnbewegungen statt, woran 1 025 542 Personen beteiligt waren. Die Durchführung dieser Kämpfe erforderte eine Ausgabe von 18 666 523 Mark. Davon entfallen auf die Angriffsstreiks 5 090 617 Mark, die Abwehrstreiks 843 296 und die Aussperrungen 11 992 647 Mark. Als Resultat ist zu verzeichnen: eine Arbeitszeitverkürzung für 344 570 Personen um 756 564 Stunden pro Woche und für 827 627 Personen eine Lohn-erhöhung von 1 815 537 Mark pro Woche; dazu kommt die Abwehr einer Arbeitszeitverlängerung von 944 Stunden pro Woche und Zurückweisung einer Lohnkürzung von 29 779 Mark pro Woche. Von den Bewegungen verliefen 6496 oder 67 % ohne Arbeitseinstellung, während 3194 zu einer Arbeitseinstellung oder einer Aussperrung führten. An den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung waren 656 531 oder 64 % aller Beteiligten, an den Streiks und Aussperrungen 369 011 Personen beteiligt. Diese verteilen sich auf 1385 Angriffsstreiks mit 110 613, 839 Abwehrstreiks mit 31 500 und 970 Aussperrungen mit 226 698 Beteiligten. Im Baugewerbe waren an 1387 Streiks und Aussperrungen 181 200 Personen beteiligt; darauf folgt die

Holzindustrie mit 539 und 24989 Beteiligten und die Metallindustrie mit 430 und 95516 beteiligten Personen. Von der Gesamtzahl der Kämpfe waren 2657 oder 83,2 % erfolgreich oder teilweise erfolgreich, während 330886 oder 89,7 % der an den Streiks und Aussperrungen Beteiligten vollen oder partiellen Erfolg zu verzeichnen hatten. Die Zahl der Abwehrstreiks ist von 1007 im Jahr 1909 auf 839 in 1910 zurückgegangen; dagegen ist die Zahl der Angriffsstreiks von 832 auf 1385 und die der Aussperrungen von 206 auf 970 gestiegen. 724 Angriffsstreiks mit 42706 Beteiligten wurden um Lohnerhöhung, 522 mit 58070 Streikenden um Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung geführt. An den Kämpfen waren 47 Verbände beteiligt. Mehr als 50 Kämpfe hatten folgende Verbände durchzuführen: Maurer 925, Holzarbeiter 504, Zimmerer 498, Bauhilfsarbeiter 415, Metallarbeiter 398, Transportarbeiter 192, Fabrikarbeiter 122, Brauereiarbeiter 78, Schmiede 70, Maler 67, Schuhmacher 63, Schneider 58, Textilarbeiter 57. Das sind 83,9 % der Gesamtzahl. Mehr als 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampf hatten folgende Verbände: Maurer 92205, Metallarbeiter 89376, Bauhilfsarbeiter 43298, Zimmerer 29102, Holzarbeiter 23467, Fabrikarbeiter 13573, Transportarbeiter 10901, Textilarbeiter 9827, Schneider 7793, Schuhmacher 5874. Von diesen 10 Verbänden waren zusammen 325416 Personen = 88,2 % der Gesamtzahl an den Kämpfen beteiligt. Von den 369011 an den Streiks und Aussperrungen Beteiligten sind 20960 Arbeiterinnen. Als Ergebnis der Kämpfe im Jahr 1910 ist auch noch der Abschluß von 4398 Tarifverträgen für 607023 Personen zu verzeichnen; 1909 waren es 1913 Verträge für 159628 Personen, und 1907 wurden 1860 Verträge für 282948 Personen abgeschlossen.

X Kongresse und Verbandstage Die 2. Generalversammlung der Bureauangestellten hat vom 7. bis zum 9. August in Köln stattgefunden. Die Mitgliederzahl des Verbands ist von 4234 am 1. Juli 1908 auf 5783 am 31. Dezember 1910 gestiegen. Die Hauptkasse vereinnahmte während der Berichtsperiode rund 180000 und verausgabte 148000 Mark. Der Vermögensbestand erhöhte sich um 27412 Mark, er beträgt 58157 Mark. Für Unterstützungszwecke wurden 45505,23 Mark verausgabt, darunter an Arbeitslose 9238,16, für Kranke 27903,88 Mark.

Die Pensionskasse weist 1331 Mitglieder auf, die für 4469 Anteile Beiträge zahlen. Der Verbandstag beschäftigte sich vorwiegend mit sozialpolitischen Angelegenheiten, mit dem Angestelltenrecht nach der Reichsversicherungsordnung und dem Stand der Tarifgemeinschaft mit dem Ortskrankenkassenverband. Ferner wurde der Vorstand beauftragt mit dem Handlungsgehilfenverband wegen der Verschmelzung in Verbindung zu treten, eventuell einen Kartellvertrag mit ihm abzuschließen.

Eine Konferenz des Krankenpflegepersonals, die im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband organisiert sind, fand am 21. und 22. August in Berlin statt. Bei dieser Gelegenheit wurden den Vertretern Vorträge von Ärzten über das moderne Kranken- und Badewesen über Krankenpflege, Irrenpflege, Badewesen und Radiumbehandlung gehalten. Daran schlossen sich 5 wirtschaftlich-sozialpolitische Referate, die sich mit der rechtlichen Stellung wie auch mit der wirtschaftlichen Lage des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals beschäftigten.

Die 3. Gasarbeiterkonferenz tagte am 23. und 24. August in Berlin. Auch auf dieser Tagung wurden wissenschaftliche Vorträge gehalten, und zwar vom Direktor Timme-Berlin über den Fortschritt in der Gasproduktion, von M. Heintz-Düsseldorf über Gasfernversorgung und von Dr. Hanauer-Frankfurt über Berufskrankheiten. 12828 Gasarbeiter sind Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbands.

Die 12. Generalversammlung der Böttcher wurde vom 20. bis zum 25. August in Dresden abgehalten. Der Verband feierte in diesem Jahr das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens; er hatte Ende 1910 in 156 Zahlstellen 8049 Mitglieder. Der Kassenbestand betrug 121018,37 Mark. Außer der Diskussion über den Geschäftsbericht des Vorstands sowie über die zum Statut und Streikreglement gestellten Anträge beschäftigte sich die Versammlung noch mit der Stellung zum Brauerei- und Mühlenarbeiterverband. Die Delegierten wurden verpflichtet die Frage der Verschmelzung in den Verwaltungsstellen eingehend zur Diskussion zu stellen, um dazu auf einer der nächsten Generalversammlungen erneut Stellung nehmen zu können.

Eine außerordentliche Generalversammlung hatten die Zigarrensortierer und Kistenbekleber für den 3. September nach Dresden einberufen. Zur

Beratung stand als einziger Punkt die Vereinigung mit dem Tabakarbeiterverband, die von den Vorsitzenden beider Organisationen vor den 88 Delegierten lebhaft befürwortet wurde. Es wurde folgende Resolution angenommen: »Die Generalversammlung erklärt sich mit der Vereinigung des *Verbands der Zigarrensortierer und Kistenbekleber Deutschlands* mit dem *Deutschen Tabakarbeiterverband* einverstanden und beauftragt den Vorstand auf Grundlage der vorliegenden Einigungsvorschläge und der dazu angenommenen Anträge die Vereinigung in die Wege zu leiten.« Die 8. Generalversammlung der Porzellanarbeiter fand vom 26. August bis zum 1. September im Berliner Gewerkschaftshaus statt. Die Mitgliederzahl ist von 14 478 im Jahr 1907 auf 10 295 in 1909 zurückgegangen, Ende 1910 betrug sie aber schon wieder 13 052, darunter 1432 weibliche. Zurzeit ist die höchste Mitgliederzahl des Jahres 1907 nicht nur erreicht sondern bereits überschritten. An Arbeitslosenunterstützung wurden verausgabt: in den Jahren 1907 34 000 Mark, 1908 120 000, 1909 84 000, 1910 46 000 Mark; für Krankenunterstützung 1907 48 000 Mark, 1908 56 000, 1909 58 000, 1910 ebenfalls 58 000 Mark. Dagegen sind die Ausgaben für wirtschaftliche Kämpfe zurückgegangen. Der Verband verausgabte für Streikunterstützung 1907 177 000 Mark, 1908 92 000, 1909 5181 und 1910 rund 20 000 Mark. Das Vermögen des Verbands einschließlich des Bestands der Krankenkassen beziffert sich auf 326 827,24 Mark. Neben Verbandsangelegenheiten, wie besonders der Notwendigkeit der Forderung der 9stündigen Arbeitszeit in der Porzellanindustrie, behandelte die Versammlung auch die Frage der Verschmelzung mit dem Glasarbeiter- und dem Töpferverband. Die als Gäste anwesenden Gewerkschaftsvorsitzenden Drunsel (für den Töpferverband) und Girbig (für den Glasarbeiterverband) erklärten eine Verschmelzung für dringend wünschenswert, die dann auch mit großer Mehrheit im Prinzip beschlossen wurde. Da die Höhe der im Porzellanarbeiterverband gewährten Unterstützung der Verschmelzung bisher hinderlich war, wurde die Höhe der Beiträge wie auch der Unterstützungen neu geregelt.

× Internationale Organisation
Die 7. internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen fand vom 10. bis

zum 12. August in Budapest statt. An den Verhandlungen nahmen 26 Delegierte von 18 dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentralen teil, die zusammen über 6 Millionen Mitglieder zählen. Angenommen wurden unter anderen ein von der Schweiz gestellter Antrag auf Regelung der Hilfsaktionen, wenn gleichzeitig mehrere Berufs- oder Industrieverbände eines Landes derart in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt sind, daß die zu deren Durchführung erforderlichen Mittel im eigenen Land nicht aufgebracht werden können; ferner ein amerikanischer Antrag, der die Abwanderung von Arbeitern in andere Länder in Zeiten von Lohnkämpfen und wirtschaftlicher Depression verhindern will, und zwar soll dies durch Rundschreiben des internationalen Sekretärs geschehen; dann ein Antrag der schwedischen Landeszentrale, der sich mit der Abschaffung der Nacharbeit befaßt. Auch wurde über die Beteiligung an gemischten Komitees zur Bekämpfung der Heimarbeit verhandelt. Der Vorschlag an Stelle der jetzigen Funktionärkonferenzen internationale Kongresse der Arbeiter zu veranstalten wurde als verfrüht abgelehnt. Zum internationalen Sekretär wurde Genosse Legien einstimmig wiedergewählt.

Der 8. internationale Textilarbeiterkongreß tagte vom 12. bis zum 17. Juni in Amsterdam. Vertreten waren rund 430 000 Textilarbeiter durch 83 Delegierte. Der Kongreß beschäftigte sich mit der Stellungnahme der Arbeiterschaft zu der Frage des technischen Fortschritts in der Textilindustrie, mit der Forderung des Achtstundentags, der Gewerbeinspektion und der Frage der internationalen Solidarität. Er erklärte sich ferner für den internationalen Frieden. Das internationale Sekretariat bleibt in England; als Sekretär wurde Thomas Shaw-Colne (Lancashire) gewählt.

Die Maler hielten ihren 1. internationalen Kongreß vom 10. bis zum 13. September in Zürich ab. Vertreten waren 150 000 Berufskollegen. Der Kongreß beschloß einstimmig die Errichtung eines internationalen Sekretariats mit dem Sitz in Hamburg. Als Sekretär wurde der Vorsitzende des deutschen Malerverbands Tobler gewählt. Ein Kartellvertrag soll den Übertritt von einer Organisation in die andere, ferner die Verrechnung der Kranken-, Sterbe-, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung regeln; er tritt am 1. Januar 1912 in

Kraft. Ferner erklärte der Kongreß einstimmig für ein Gebot internationaler Solidarität die angeschlossenen Bruderorganisationen in besonders schweren Kämpfen nicht nur moralisch sondern auch finanziell zu unterstützen. Die Regelung der Unterstützung kann nur durch das Sekretariat erfolgen.

×
Techniker-
streik

Am 1. Oktober sind 218 Techniker der Berliner Eisenkonstruktionsbureaus in einen Streik eingetreten. Die Eisenbautechniker sind im *Bund technisch-industrieller Beamten* organisiert. Am 30. Juli hatten sie dem Unternehmerverband den Entwurf für einen Normalvertrag im Sinn der Angestellten vorgelegt und dessen Einführung, mindestens aber Verhandlungen mit ihren Vertrauensmännern beantragt. Von den Unternehmern abgewiesen beschlossen sie die bisherigen Verträge zum 1. Oktober zu kündigen. Der Unternehmerverband ließ den Angestellten als Ergebnis seiner Generalversammlung am 11. September einen Gegenentwurf zu dem Normalvertrag zugehen. Die Streitpunkte sind: genaue Abgrenzung des Tätigkeitsfelds, Achtstundentag und Begrenzung der Überstundenpflicht sowie das Eigentumsrecht des Erfinders an seiner Erfindung. Die Angestellten verlangten eine Besprechung mit den Firmen an neutraler Stelle und unter unparteiischem Vorsitz; den Wunsch von Organisation zu Organisation zu verhandeln ließen sie fallen. Die Unternehmer lehnten den unparteiischen Vorsitzenden ab, worauf es zur Arbeitseinstellung mit allen dazu gehörigen Begleiterscheinungen kam, die bei den Streiks organisierter Arbeiter zu vermeiden sind.

×

Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe dauert noch fort, da in letzter Zeit geführte Verhandlungen resultatlos abgebrochen werden mußten, weil die Unternehmer ihre früher bereits gemachten Zugeständnisse wieder zurückzogen, nachdem über den Arbeitsnachweis eine Einigung erzielt worden war. × In Berlin ist ein Streik der Eisenformer und Gießereiarbeiter ausgebrochen, nachdem die Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen resultatlos verlaufen sind. × Im Lithographiegewerbe sind 2500 Gehilfen ausgesperrt, so daß nun insgesamt einschließlich der Streikenden 4500 Gehilfen feiern. Der

Kampf hat in Leipzig begonnen, nachdem die zentralen Verhandlungen über die gestellten Forderungen gescheitert waren. × In der Dresdener Schokoladenindustrie ist nach kurzem Streik ein Erfolg erzielt worden. × Die Aussperrung der Tabakarbeiter in Lippe und Westfalen wegen Lohnforderungen hatte zur Folge, daß die Tabakarbeiter und Zigarrenarbeiter in Hamburg aus Solidarität mit den Aussperrten in den Streik eintraten. × Eine Urabstimmung im Stukkateurerverband ergab eine große Majorität für den Anschluß an den Bauarbeiterverband. × Die Tarifrevision im Buchdruckgewerbe brachte den Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit um ½ Stunde pro Woche sowie eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 10 %, und zwar wieder für eine 5jährige Vertragsperiode. × Der Buchbinderverband hat mit dem Abschluß des 3. Quartals die Mitgliederzahl von 30 000 bereits überschritten. 17 Jahre sind erforderlich gewesen, um eine dauernde Mitgliederzahl von 10 000 zu erreichen und nur 9 Jahre, um diese Zahl zu verdreifachen. × Die *Bäcker- und Konditorenzeitung* hat eine Auflage von 30 000 erreicht. Die Mitgliederzahl des Verbands dürfte um etwa 2000 geringer sein. Seit Jahresschluß 1910 würde demnach eine Zunahme der Mitgliederzahl um rund 5000 zu verzeichnen sein. × Der Brauereiarbeiterverband konnte kürzlich auf eine 20jährige Tätigkeit als moderne Gewerkschaftsorganisation zurückblicken. Die Mitgliederzahl beträgt 44 559, das Verbandsvermögen der Hauptkasse 1 078 063 Mark. × Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbands und Reichstagsabgeordneter für Dortmund, Theodor Bömelburg, ist seit Beendigung der vorjährigen Bauarbeiterbewegung, die für ihn große Anstrengungen und Aufregungen mit sich brachte, nervenleidend und in den letzten Wochen schwer erkrankt.

×
Literatur

Das Jahrbuch des Metallarbeiterverbands für 1910 ist 250 Seiten stark und enthält alles, was die Mitglieder dieser größten deutschen Gewerkschaft am meisten interessiert und persönlich berührt. Die ersten Seiten handeln von der Geschäftslage, der Arbeitslosigkeit, den Kartellen und Syndikaten, den Geschäftsergebnissen von Aktiengesellschaften, der Sozialpolitik,

Reichsversicherungsordnung und andern mehr. Dann folgt der geschäftliche Teil. Im besondern wird über die Werftarbeiterbewegung, den Kettenmacherstreik und die Aussperrung in Pforzheim und über den Kampf gegen die Auswüchse des Arbeitsnachweises der Metallindustriellen in Leipzig, ferner über die Tarifverträge im Jahr 1910 berichtet. Der Jahresbericht des deutschen Kürschnerverbands enthält einen ausführlichen Bericht über die Aussperrung in der Zurichterbranche vom 31. Dezember 1910 bis zum 31. März 1911. Diese Abhandlung ist auch für andere Gewerkschaftsmitglieder sehr lesenswert. Außerdem liegen noch Jahresberichte des Buchbinderverbands und des Verbands der Hut- und Filzwarenarbeiter und -arbeiterinnen vor. X Die Schrift *Zur Lage des Krankenpflegepersonals* /Berlin, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter/ bietet nicht nur für das Krankenpflegepersonal Material sondern kann auch das Interesse der Allgemeinheit beanspruchen. Auch die Hauspflege ist in der kleinen Schrift behandelt.

Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

Lebensmittelversorgung Die in unregelmäßigem Aufstiege sich vollziehende Teuerung der Lebensmittel ist ein Prozeß, der nunmehr schon seit einigen Jahren andauert. Wie in den Vorjahren so hat die Verschärfung dieser Entwicklung, die eine Folge der eigenartigen Witterungsverhältnisse des Sommers ist, die Regierungen und die Städteverwaltungen in gleicher Weise überrascht. Und doch hätten gerade die Städteverwaltungen seit langer Zeit allen Anlaß gehabt sich um die Lebensmittelteuerung zu kümmern und dem Problem der Lebensmittelversorgung der Städte näher zu treten. Gerade von sozialistischer Seite, auch von dem Verfasser dieser Rundschau in seinem Buch *Die deutsche Städteverwaltung*, ist schon vor Jahren auf diese Notwendigkeit hingewiesen worden. Namentlich wurde damals die Fleisch- und Milchversorgung der Städte in den Vordergrund gestellt, und für diese wurden auch organisatorische Vorschläge gemacht, die geeignet waren durch die Kommunalisierung eines Teils der Milchversorgung (der für die Säuglinge) die städtischen Konsumenten unabhängig gegenüber den Produzenten, aber auch den meist allen deren Preisansprüchen leicht unterliegenden Milchhändlern zu stellen. Später haben hygienische Kongresse die Frage der Milchversorgung behandelt, und ihre Referenten

sind zu ähnlichen Vorschlägen gelangt. Es sei hier auch einer Reihe von Artikeln gedacht, die in der *Frankfurter Zeitung* das Problem der Lebensmittelversorgung unserer Städte behandelten und ein ziemlich weitgehendes Eingreifen der kommunalen Verwaltung forderten. An theoretischer Herausstellung des Problems wie an den den nötigen Nachdruck gebenden Preisverteuerungen hat es also nicht gefehlt. Gerade die Schwierigkeit der neuen Aufgaben hätte unsere Stadtverwaltungen veranlassen sollen frühzeitig an deren Lösung heranzugehen, die, weil es sich dabei um einen neu zu konstruierenden organisatorischen Prozeß des wirtschaftlichen Lebens, und zwar nicht allein der Konsumtion sondern mindestens ebenso sehr auch der Produktion handelt, natürlich nur schrittweise erreicht werden kann. Leider muß man aber hervorheben, daß unsere Stadtverwaltungen im großen und ganzen versagt haben, und daß selbst da, wo man an die Sache heranging, die Leistungen so klein waren, die Produktion und Organisation mit so geringen Mitteln, absichtlich oder unabsichtlich, übernommen wurden, daß das Ergebnis ohne jeden Einfluß auf die Preisbildung und ohne jede Bedeutung für sie war. Man hatte oft den Eindruck, als ob man die Versuche so anstellte, um entweder durch sie die Unmöglichkeit des stärkern Eingreifens städtischer Verwaltungstätigkeit zu beweisen, oder um wenigstens den Schein einer gewissen Betätigung erweckt zu haben.

Es muß übrigens darauf hingewiesen werden, daß seit einigen Jahren die städtischen Verwaltungen auch von den Regierungen des Reichs wie der Einzelstaaten darauf hingewiesen worden sind sich mit der Frage der Lebensmittelversorgung zu beschäftigen. Doch wenn die Gemeinden sich überhaupt von den staatlichen Verfügungen irgendwie beeinflussen ließen, so griffen sie aus den vorgeschlagenen Mitteln und Einrichtungen diejenigen heraus, die am wenigsten kosteten und die geringste Mühe machten. Preis-kommissionen zur Feststellung der Fleischpreise sind in einer ganzen Reihe namentlich bayrischer Städte eingerichtet worden. Sie haben die hohen Preise sehr sorgfältig festgestellt, aber natürlich an der Preistreiberei selbst nicht das Geringste geändert. So wäre in der Tat alles beim alten geblieben, wenn nicht die städtische Bevölkerung sich geregt hätte. Die Sozialdemokratie, deren Wähler ja von der Preistreuerung am ersten und sichersten getroffen werden, darf das Verdienst für sich in Anspruch nehmen diese

Fragen durch Anträge und Interpellationen immer wieder vor das Forum der städtischen Kollegien gebracht zu haben. Dabei fand sie häufig die Unterstützung der linksliberalen Parteien, häufig aber, zum Beispiel in Stuttgart, den Widerstand aller bürgerlichen Parteien, die aus Rücksicht auf die Lebensmittelhändler vor jeder energischen Aktion zurückschreckten. Auch diesmal das gleiche Bild in einigen Städten. Doch sind, da die Teuerung so viel größer und allgemeiner war, die mittelständlerischen Widerstände nicht so stark wie in früheren Jahren.

Was ist nun geschehen? Zunächst von den Organisationen. Der deutsche Städtetag schlägt als Mittel zur Erleichterung der kommenden Fleischnot vor: Erleichterungen der Einfuhr von lebendem Vieh aus unseren Nachbarländern, Ermöglichung der Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Fleisch, insbesondere aus Argentinien, und endlich Einfuhr von Fleisch aus unseren Kolonien. Die letztere wird wohl aber für die nächste Zeit noch nicht in Frage kommen. Interessant sind die Bemerkungen über die Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Fleisch. »Von uns nach England entsandte Sachverständige«, heißt es in der Eingabe, »haben berichtet, daß Mißstände dort nicht zu beobachten waren; auch sind nach ihrer Ansicht die Schwierigkeiten der Untersuchung zu beheben. Bevor jedoch die Errichtung der hierfür erforderlichen kostspieligen Anlagen in Deutschland empfohlen werden kann, muß festgestellt werden, wie sich die deutsche Bevölkerung dem gefrorenen und gekühlten Fleisch gegenüber verhalten würde. Nach den in Wien und in der Schweiz gemachten Erfahrungen dürften praktische Versuche in dieser Richtung erforderlich sein.« Der Städtetag forderte deshalb die Erlaubnis zu Versuchseinfuhren. Eingehend wird dann die Zulassung von Vieheinfuhren aus Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen begründet und schließlich die Aufhebung der Futtermittelzölle als notwendig bezeichnet. Auch die Eingabe des bayrischen Städtetags an die bayrischen Ministerien empfiehlt im wesentlichen die gleichen Mittel: Öffnung der Grenze für die Vieheinfuhr, deren preisdrückender Einfluß an der französischen Einfuhr nachgewiesen wird, und Zulassung der Fleischeinfuhr. Falls eine Abänderung des § 12 des Reichsfleischbeschaugesetzes nicht tunlich sei, so könne durch die Entsendung deutscher beamteter Tierärzte in das Ausland Fürsorge dafür getroffen werden, daß nur einwandfreie Tiere für

den Versand nach Deutschland geschlachtet und nur einwandfreies Fleisch eingeführt werde. Im Zusammenhang damit wird angeregt Grenzschlachthöfe größten Stils mit Gefrieranlagen nahe der Reichsgrenze einzurichten. Der Versuch einer Einfuhr von gefrorenem Fleisch wird dringend empfohlen. Sollte es wirklich zu einer Fleischeinfuhr großen Stils kommen, die das Vorhandensein von großen zentralen und kleineren lokalen Kühlanlagen voraussetzt, so sollten sich die Stadtverwaltungen darüber klar werden, daß sie der Monopolisierung nach dem Vorbild des amerikanischen Fleischtrustrs in größerem Umfang vorbeugen können, wenn sie die Kühlanlagen und den Fleischimport an der Hand behalten. Von den Städten gegründete Aktiengesellschaften würden für diese Aufgabe wohl die geeignetste Form wirtschaftlicher Organisation sein.

Die Tätigkeit der Städte selbst bewegt sich auch diesmal in den gleichen Bahnen wie früher. Fast gar nichts Neues ist in dieser Beziehung zu berichten. Die Einrichtung von Seefischmärkten ist in einer Reihe von Gemeinden getroffen worden, wobei entweder Verkaufslokale zur Verfügung gestellt wurden, oder weitergehend die Städte den Einkauf und Verkauf selbst in die Hand genommen haben. Vor großen Illusionen von der Bedeutung und Wirksamkeit dieses Mittels soll man sich aber hüten. Die Erfahrungen früherer Jahre zeigen, daß bei gesteigerter Nachfrage auch die Preise der Seefische zu steigen anfangen, und die Konkurrenz gegenüber dem Fleisch aufhört. Sehr wenig hört man dagegen von Versuchen der Städte die Fleischpreise mit den Viehpreisen in ein richtiges Verhältnis zu setzen. Wenn auch von der organisierten Metzgerschaft stark bestritten, so kann doch kaum noch ein Zweifel an der Tatsache sein, daß in Zeiten herabgehender Viehpreise die Fleischpreise nur sehr langsam, wenn überhaupt folgen, und daß ganz allgemein das Metzgergewerbe seine Monopolstellung dazu benutzt, um die Fleischpreise möglichst hochzuhalten. Aus dieser Tatsache wird man ihm begreiflicherweise keinen Vorwurf machen können, aber die Stadtverwaltungen sollten aus ihr den Schluß ziehen ihrerseits diese Monopolstellung in Interesse der Allgemeinheit der städtischen Bevölkerung zu bekämpfen. Die Einsetzung von Fleischpreiskommissionen reicht dazu nicht aus. Dazu bedarf es eines Eingriffs in die Fleischproduktion selbst, der genügend groß sein muß, um bei der Preisbildung ins Ge-

wicht zu fallen. Es ist wiederum bezeichnend, daß, wie auch in früheren Jahren, ein paar kleinere Gemeinden energisch die Bekämpfung der Monopolpreise der organisierten Metzger in Angriff genommen haben. So hat zum Beispiel der Gemeinderat von Algringen (Lothringen) eine Kommission ernannt, die das Verhältnis zwischen Vieh- und Fleischpreisen untersuchen soll, sich aber nicht darauf beschränkt sondern der Kommission auch gleichzeitig die Summe von 4000 Mark zur Verfügung gestellt hat, um gegebenenfalls Vieh einzukaufen und das Fleisch im städtischen Schlachthaus zum Verkauf zu bringen. Die Magistrate und Stadtverordneten der Großstädte, zum Beispiel Berlins, haben dagegen ein solches Vorgehen, das meist von sozialdemokratischen Vertretern empfohlen wurde, mit Rücksicht auf die bisher damit gemachten schlechten Erfahrungen abgelehnt. Wo diese schlechten Erfahrungen gemacht worden sein sollen, ist in den Preßberichten nicht mitgeteilt worden, diese Behauptung läßt sich also nicht auf ihre Richtigkeit nachprüfen. In dieser Allgemeinheit ist sie falsch und entspricht nicht den Tatsachen. Im Gegenteil: Die Städte, die selbst eine Zeitlang Schlächtereien betrieben haben, taten dies in der angestrebten Absicht einen energischen Druck auf zu hohe Fleischpreise auszuüben. In der Regel erreichten sie in ganz kurzer Zeit eine bedeutende Preiserabsetzung. Dabei handelte es sich um Einrichtungen, die nur für ganz kurze Zeit getroffen, improvisiert wurden und daher mit viel größeren Schwierigkeiten und Kosten zu arbeiten hatten als ein regulär eingerichteter, auf Dauer berechneter Betrieb. Übrigens werden die Schwierigkeiten, mit denen die Einrichtung einer städtischen Großschlächtereien verbunden sein soll, meist ganz ungeheuerlich übertrieben. Die Städte befinden sich doch im Besitz der Schlachthäuser mit ihren Kühlzellen usw.; sie brauchen den Apparat also nicht erst zu schaffen. Der Vertrieb im Detail bietet dann aber keine besonderen Schwierigkeiten, wenn die Städte ihre Einrichtungen auf Dauer treffen und so instand gesetzt werden tüchtige Ladenschleicher anzunehmen. Ist doch in den Großstädten die Differenzierung zwischen Groß- und Ladenschlächtern bereits so weit entwickelt, daß unter ihrer Benutzung die Organisation sich leicht durchführen läßt. Neben der Fleischversorgung haben sich die Städte auch mit dem Bezug von Kartoffeln und Gemüse beschäftigt. Es würde zu weit führen alle Namen

hier anzuführen. Vielfach hatte das Eingreifen den Erfolg die Preise beträchtlich zu werfen. So wird aus München-Gladbach berichtet, daß infolge des städtischen Gemüseverkaufs in der Markthalle die Preise für Kohl von 50 bis 60 Pfennig auf 30 bis 40 Pfennig herabgingen. Auch dies wieder ein Beweis dafür, daß der Kleinhandel ein arger Treiber bei der Preisverteuerung ist. Die große Zahl parasitischer Zwischeninstanzen zwischen Großhandel und Konsumenten muß jederzeit eine Verteuerung verursachen, die ganz ohne Verhältnis zu dem wirklichen geringern Angebot ist. Hier eröffnet sich den Städten eine große organisatorische Aufgabe, die nicht schon damit gelöst ist, daß sie Markthallen einrichten und den Händlern zur Verfügung stellen. Überhaupt wird man an diese verschiedenartigen Versuche dem Notstand zu begegnen die Forderung knüpfen müssen, daß nach diesen Leistungen die städtischen Verwaltungen nicht wieder in Untätigkeit versinken, vielmehr das Problem der Lebensmittelversorgung nicht nur im Auge behalten sondern auch mit aller Energie in Angriff nehmen.

× **Gemischte wirtschaftliche Betriebe.** Die Form des gemischten wirtschaftlichen Betriebs, sofern man die Beteiligung öffentlichrechtlicher Korporationen an privaten Erwerbsgesellschaften oder Genossenschaften als solche bezeichnen kann, ist in den letzten Jahren sehr modern geworden und wird namentlich von den Vertretern des privaten Kapitals als eine wesentliche Verbesserung gegenüber den öffentlichen Betrieben bezeichnet. Von ihrem Standpunkt mit Recht, da auf diesem Weg die völlige Ausschaltung der privaten Unternehmungen von wichtigen Gebieten des Wirtschaftslebens, vor allem der Elektrizitätsversorgung, wieder ein Stück rückgängig gemacht wird. Ihre erste planmäßige Anwendung größeren Umfangs fand dieser Modus der Beteiligung öffentlichrechtlicher Körperschaften bei dem rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk, wo er dazu dienen mußte den Widerstand der Gemeinden gegen seine Monopolisierungsbestrebungen zu überwinden, und dies auch mit Erfolg getan hat. Dann folgte die Gründung der Überlandzentralen, wo die private Unternehmung das Kapital der öffentlichen Körperschaften sich in großem Umfang dienstbar gemacht hat, um das Risiko von sich auf ihre Schultern zu wälzen. Besonders gern wird auch der Straßburger Fall zitiert, bei dem durch den außerordentlich geschickten Erwerb der zur

Mehrheit des Aktienbesitzes erforderlichen Aktien die Stadt es verstanden hat ausschlaggebend zu werden. Dabei vergißt man aber, daß die ursprüngliche Beteiligung der Stadt nur 40 % betrug, und daß ein Vertrag daraufhin nur abgeschlossen wurde, weil ein sehr ungünstiger alter Vertrag kaum einen andern Ausweg offen ließ. In der Mehrzahl der Fälle hat in den gemischten Betrieben das private Kapital sich seine Stellung und besonderen Vorteile zu sichern gewußt. Es wäre übrigens ganz verfrüht jetzt schon den gemischten Betrieb seiner angeblichen Vorteile wegen zu empfehlen, da die praktischen Erfahrungen damit erst viel zu jung sind.

Die Gründe, die man gegen den öffentlichen Regiebetrieb auch in diesem Fall anführt, sind ja immer die gleichen und schon so oft widerlegt worden, daß wir sie hier füglich übergehen können. Wollte man sie aber voll anerkennen, so wäre doch das Heilmittel zunächst in einer andern Organisationsform der städtischen Verwaltung zu suchen, nicht aber der Weg der Restituierung der privaten Unternehmung zu beschreiten. Merkwürdigerweise hat ein so hervorragender Kenner der kommunalen Wirtschaft wie der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Dr. Freund, in einem Artikel der *Juristenzeitung* vorgeschlagen der gemischten wirtschaftlichen Unternehmung durch Reichsgesetz eine gesetzliche Basis zu geben. Er sagt allerdings, daß die bisherige Beteiligung der öffentlichrechtlichen Verbände an privatrechtlichen Unternehmungen nicht genügend befriedigt habe, weil die Befriedigung des Kreditbedürfnisses verteuert werde, und weil in den Fällen, wo jene nicht die Mehrheit der Aktien besitzen, sie mehr oder weniger einflußlos seien. Diesen Mängeln will er dadurch abhelfen, daß er unter Beibehaltung der Form der Erwerbsgesellschaft der öffentlichen Körperschaft ein sehr weitgehendes Kontroll- und Vetorecht (Sitz im Aufsichtsrat, Recht gegen alle Beschlüsse Widerspruch zu erheben usw.) gewährt, andrerseits ihr aber die Verpflichtung auferlegt ihren Kredit und ihre Beamten der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Gegen den Vorschlag erhob die *Frankfurter Zeitung* im Handelsteil vom 17. September dieses Jahres sehr beachtenswerte Einwände, auf die hier nur verwiesen werden kann. In den Hauptteilen ist der Kritik zuzustimmen. Die öffentlichen Verbände würden darauf angewiesen bleiben mit den privaten Gesellschaften eingehende Verträge abzuschließen, über deren Inhalt Wissen und finan-

zielle Leistungsfähigkeit sowie die wirtschaftliche Macht im allgemeinen entscheiden werden. In der Regel sind derartige Verträge für die Gemeinden recht zweifelhafte Dinge, die ihre unangenehmen Seiten meist erst nach Jahren zeigen. Will man den Gemeinden, Kreisen usw. wirklich vom Staat aus zu Hilfe kommen, so schaffe man ihnen die rechtliche Möglichkeit elastischere Verwaltungsformen auf den Betrieb ihrer wirtschaftlichen Werke anzuwenden. Damit wird ihnen allein auf die Dauer gedient sein.

× **Kurze Chronik** Die Stadt Bonn hat eine städtische Erholungsstätte für Lungenkranke errichtet. ×

Der Dresdener Stadtrat hat beschlossen den städtischen Arbeitern einen nach der Zahl der Kinder unter 16 Jahren bemessenen Mietszuschuß zu gewähren. Er soll bei 1 und 2 Kindern 52 Mark, bei 3 oder 4 104, bei 5 oder 6 156, bei 7 oder mehr Kindern 208 Mark betragen. Der Mehraufwand ist auf 51766 Mark berechnet. × Aus den Überschüssen der Mainzer Sparkasse sollen 2 Millionen Mark für die Gewährung 2. Hypotheken bereitgestellt werden. × Das von der Stadt Düsseldorf erbaute Ledigenheim ist Ende September dem Betrieb übergeben worden. × In Friedrichsfelde bei Berlin ist der Ausschluß der Schöffen und Gemeindevertreter von der Beteiligung an Arbeiten und Lieferungen der Gemeinde festgesetzt worden. × Der Stadtrat in Kaiserslautern hat sich für die Einführung der Arbeitslosenversicherung nach dem vom Staatsministerium herausgegebenen Musterstatut ausgesprochen. × Dagegen hat der deutsche Städtetag die Arbeitslosenversicherung nicht als eine kommunale Aufgabe anerkannt; auf die Verhandlungen soll später eingegangen werden, wenn das Protokoll vorliegt.

Frauenbewegung / Wally Zepler

MacDonald + Die englischen Sozialistinnen wie die internationale sozialistische Frauenbewegung haben durch den Tod von Margaret Ethel MacDonald einen schwer ersetzbaren Verlust erlitten. Margaret MacDonald starb im 41. Jahr in der Vollkraft eines selten reich erfüllten Lebens. Ein Kind der englischen Aristokratie, die Tochter des als Demokrat und Philanthrop bekannten Professors Gladstone, eines Verwandten des Ministers, hatte sie durch die Wohltätigkeitsarbeit ihres Vaters früh das Elend.

der Armenviertel kennen gelernt. In selbständiger Entwicklung wurde sie Sozialistin. Sie trat 1895 in die *Independent Labour Party* ein, und von dieser Zeit bis zu ihrem Tod im September dieses Jahres war sie eine der unermüdetsten Führerinnen des weiblichen Proletariats in England. Bei den ersten großen Enqueten über die Heimarbeit in England, in der *Nationalen Union der Arbeiterinnen*, bei der Einrichtung der Werkstätten für arbeitslose Frauen, als 2. Vorsitzende im *Nationalverband des Klubs lediger Arbeiterinnen*, bei der Gründung des *Komitees zum Schutz erwerbstätiger Kinder* und des *Women's Industrial Council*, vor allem in der lange von ihr erstrebten Organisation einer *Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen*, endlich in letzter Zeit noch bei der Gründung des *Internationalen sozialistischen Frauenrats*: überall finden wir Margaret MacDonald in immer gleicher Tatkraft. Dabei unterstützte sie ihren Gatten in seiner sozialen Forscherarbeit, war 6 Kindern eine sorgsame Mutter und fand endlich noch Zeit einen ausgedehnten geselligen Kreis in ihrem Hause zu versammeln. Margaret Ethel MacDonalds theoretische Überzeugungen entsprachen natürlich denen der Partei, der sie speziell angehörte: der *Independent Labour Party*. Sie war eine der Vorkämpferinnen auch für die Eroberung des politischen Frauenwahlrechts in England und wurde als Vertreterin der reformistischen Taktik in der Frauenwahlrechtsfrage von den *Radikalen* hüben und drüben unaufhörlich als angebliche Anhängerin des berühmten *Damenwahlrechts* angegriffen. Sie hat ihre Anschauungen in diesem Punkt in den *Sozialistischen Monatsheften* wiederholt dargelegt. Margaret MacDonald wird von allen, die sie kannten, als eine hervorragende sympathische, gütige und freie Persönlichkeit geschildert. So war sie jedenfalls ein schönes Beispiel dafür, daß die Frau auch mit angespannter Arbeit und ernstem Weltinteressen vollkommene Lebensharmonie vereinen kann.

× Sozialdemokratische Frauenkonferenz 1911 Die 6. deutsche sozialdemokratische Frauenkonferenz tagte am 8. und 9. September vor dem Parteitag in Jena als erste Konferenz nach dem organisatorischen Anschluß der Genossinnen an die politischen Wahlvereine der Männer. 47 weibliche und 25 männliche Delegierte waren als Vertreter von 108 000 jetzt in Deutschland politisch organi-

sierten Sozialdemokratinnen erschienen. Nächst einem Bericht über die Tätigkeit des Frauenbureaus, die bestehenden Kinderschutz- und Beschwerdekommisionen und die Leseabende der Frauen standen auf der Tagesordnung: *Die Frauen und die Gemeindepolitik* (Referentin Weyl) und *Die Frauen und die Reichstagswahlen* (Referentin Zetkin). Im allgemeinen kann man nicht behaupten, daß die Konferenz ein wesentlich anderes Gepräge trug als ihre Vorgängerinnen. Die Zwecklosigkeit dieser Veranstaltungen in ihrer gegenwärtigen Art und Form trat im Gegenteil diesmal fast noch schärfer hervor als sonst. Wie ich schon wiederholt hier hervorhob, können solche Frauenkonferenzen meiner Meinung nach einen Sinn nur haben, wenn sie wirklich beratende oder in diesem Fall vorberatende Parlamente für bestimmte, das proletarische Frauenleben angehende politische Tagesfragen darstellen, nicht aber, wenn sie besondere Volksversammlungen für einen beschränkten Kreis gläubig lauschender Genossinnen aus allen Teilen Deutschlands sind. Die Ansichten der Genossin Zetkin über die Frauen und die Reichstagswahlen sind ja den agitatorisch tätigen Genossinnen wohl längst bekannt; um sie zu vernehmen, brauchte man also nicht aus Nord und Süd zusammenzukommen. Es könnte sich nur darum handeln, daß sie vielleicht nicht auf allen Seiten ungeteilte Zustimmung finden, und der Widerspruch dagegen gerade in einer gemeinsamen Beratung aller Delegierten zum Ausdruck kommen und dadurch die politischen Ansichten der Genossinnen geklärt werden sollten. Das kann aber nicht gut der Fall sein, wenn die Konferenz auf eine Diskussion verzichtet, um, wie man sich gewöhnlich ausdrückt, den Eindruck des Referats nicht abzuschwächen. Auf diese Art erscheint die proletarische Frauenbewegung freilich in vollkommener Einigkeit nach außen. Es fragt sich nur, ob dann die Konferenzen auch nur im mindesten die wirklich vorhandenen Anschauungen widerspiegeln. Die unter den parteipolitisch tätigen Frauen ebenso wie unter den Männern tatsächlich existierenden erheblichen Meinungsdivergenzen traten auf der Konferenz nur in einigen Nebenfragen, und auch dort so wenig scharf hervor, daß höchstens der Eingeweihte den Untergrund der Strömungen in der Diskussion beobachten konnte. Besonders in der Debatte über die Frauenleseabende schieden sich zwei abweichende Ansichten. Die einen stell-

ten als Ziel der Leseabende — die gegenwärtig in Berlin zum Beispiel allmonatlich in 106 einzelnen Lokalen stattfinden — die grundsätzliche Schulung der Teilnehmerinnen zu Sozialdemokratinnen hin, die anderen behaupteten, daß es sehr viel besser wäre den Frauen an der Hand aktueller politischer Tagesfragen zunächst einmal die ersten und notwendigsten politischen Begriffe beizubringen, also nicht Prinzipien sondern Tatsachen zu lehren. Ich brauche nicht erst zu betonen, wie völlig ich mich dieser zweiten Meinung anschließe. Die Frage ist ja an sich nur eine Teilfrage des gesamten Bildungsproblems im Proletariat, speziell des Problems der politischen Aufklärung der Massen. Alle intellektuellen Schädigungen, die die üblichen parteipolitischen Bildungsmethoden, die Lehrkurse des Marxismus usw., im allgemeinen in der Partei anrichten, treten in den Frauenleseabenden nur noch erheblich verstärkt hervor. Das ist sehr natürlich. Das Schülermaterial von je 50 bis 100 zufällig zusammengewürfelten, meist völlig ungeschulten, von der Tagesarbeit übermüdeten Arbeiterfrauen ist viel ungeeigneter als das der Parteikurse, die Lehrenden sind häufig genug noch selbst sehr aufklärungshedürftig, und die verfügbare Zeit ist ganz minimal. Und unter solchen Bedingungen stellt der im Auftrag des Parteivorstands kürzlich vom Frauenbureau herausgegebene *Leitfaden für Frauenleseabende* ein Musterprogramm auf, nach dem die gesamten Wirtschaftstheorien des Marxismus in einer Art gedrängter Wochenübersicht vom Urkommunismus an bis zur Zoll- und Weltpolitik unserer Tage in ein paar Vorträgen abgehandelt werden sollen. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie die sozialistische Aufklärung aussieht, die dabei herauskommt. Man konnte es oft genug erleben, daß viele der Genossinnen, denen man nach dieser Methode an den Leseabenden das *Kommunistische Manifest* vorlas, nachher auf die primitivsten Fragen, wie etwa: wer denn in Deutschland die Gesetze gebe, oder ähnliches, keine Antwort zu geben wußten. Wenn man lange genug auch in dieser Art fortgewurstelt hat, wird sich vielleicht auch hier in der Partei eine etwas vernünftigeren Denkungsart durchsetzen, wie sie sich schließlich ja allmählich überall durchsetzt. Zunächst aber müssen erst Jahre hindurch Zeit und Kraft unnütz vergeudet werden.

Vielfach wurde wiederum auf der Kon-

ferenz der Wunsch geäußert, möglichst überall Parteisekretärinnen zur Leitung der Agitationsarbeit unter den Frauen anzustellen. Genossin Zietz teilte mit, daß sich der Parteivorstand prinzipiell zustimmend dazu geäußert habe.

Der Frauentag zur Propaganda des Frauenwahlrechts soll wiederholt, die Festsetzung eines geeigneten Termins aber dem Parteivorstand überlassen werden.

Ein Antrag auf alljährliche Einberufung der Frauenkonferenzen wurde abgelehnt; sie sollen nach wie vor möglichst in 2jährigen Intervallen stattfinden.

×
Cauer

Am 1. November feierte Minna Cauer, die Führerin des linken Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland, ihren 70. Geburtstag. Spät erst ist sie ins öffentliche Leben eingetreten. Sie übernahm 1888 die Leitung des Vereins *Frauenwohl*, der damals als Frauengruppe der von demokratisch gesinnten Männern neu gegründeten *Deutschen akademischen Vereinigung* organisiert worden war. Unter ihrer Leitung geriet der Verein bald, im Vergleich zu den damals bestehenden Frauenrechtsorganisationen, in ein mehr radikales Fahrwasser. Er veranstaltete 1894 die erste bürgerliche Frauenversammlung mit einem rein politischen Thema und vertrat später als erster bürgerlicher Frauenverein in Deutschland die Forderung des Frauenwahlrechts. Auch auf allen anderen Gebieten neigten Minna Cauer und der Verein *Frauenwohl* stets nach links, so daß sich schließlich die seit 1899 im *Verband fortschrittlicher Frauenvereine* organisierte Linke der Frauenbewegung um sie scharte. 1907, wo sich aus taktischen Gründen der Verband dem rechten Flügel im *Bund deutscher Frauenvereine* wieder angliederte, legte Minna Cauer den Vorsitz nieder. Sie arbeitet seit dieser Zeit hauptsächlich in der Stimmrechtsbewegung. Schriftstellerisch verbreitete sie ihre Ideen vorwiegend in der seit der Gründung des Blattes im Jahr 1895 von ihr redigierten *Frauenbewegung*. Als Rednerin wirkte sie in zahllosen Agitationsversammlungen in ganz Deutschland. Hervorzuheben ist auch ihre 20 Jahre lang fortgeführte eifrige Organisationsstätigkeit in dem von ihr mitbegründeten *Kaufmännischen Hilfsverein für weibliche Angestellte*, der ersten großen Berufsorganisation bürgerlicher Frauen bei uns.

Wer, wie ich, im Gegensatz zu der in

der Partei gangbaren Auffassung der bürgerlichen Frauenbewegung als solcher eine hohe kulturelle Bedeutung beimißt, wird — natürlich bei aller Kritik im einzelnen und aller prinzipiellen Meinungsabweichung in der sozialen Grundanschauung — in der Lebensarbeit Minna Cauers eine nicht zu unterschätzende Leistung sehen müssen. Sie hat, allen persönlichen und öffentlichen Anfeindungen zum Trotz, unermüdlich für ihre Ideen gekämpft und so sicher ebenfalls dazu beigetragen, daß der Geist der Frauen allmählich aus der häuslichen Enge in die weitere Welt hinausstrebt.

× **Kurze Chronik** Eine der ersten Pionierinnen für die Eroberung der höheren Berufe in Deutschland, die Zahnärztin Henriette Tiburtius, ist im 77. Lebensjahr gestorben. Sie hatte — noch unter großen Schwierigkeiten — in Amerika die Zahnheilkunde studiert. × Die 4. sozialdemokratische Frauenreichskonferenz Österreichs tagte am 28. und 29. Oktober in Innsbruck im großen Saal des Arbeiterheims. In der nächsten Rundschau wird darüber berichtet werden, ebenso über verschiedene Tagungen bürgerlicher Frauenvereine, die inzwischen stattgefunden haben. × Die Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen Österreichs hat durch ihre eifrige Agitation die Anstellung einer ersten Fabrikärztin zur Überwachung der Wiener Tabakmanufakturen erreicht. × In Gotha hat kürzlich der Landtag einem Gesetzentwurf zugestimmt, der den Lehrerinnen das aktive und passive Wahlrecht für die Schulvorstände gibt. × In den Vereinigten Staaten ist eine allgemeine Union der Wahlrechtskämpfer (männlicher und weiblicher) gegründet worden, deren einziges Ziel die Eroberung des Frauenwahlrechts ist. × Das Gesundheitsamt in Ohio hat zur Überwachung der Sauberkeit in den Betrieben des Gastwirts-gewerbes eine Kücheninspektorin angestellt. Man kann nur wünschen, daß im Interesse der Hygiene dieses Beispiel überall schnelle Nachahmung fände.

× **Literatur** Das sympathische Buch Robert Michels' *Die Grenzen der Geschlechts-*

moral /München, Frauenverlag/ ist hauptsächlich an den Stellen amüßant und lesenswert, wo der Verfasser, der seine Zelte schon in manchen Ländern aufge-

schlagen, unter verschiedenen Nationen gelebt und andere beobachtet hat, von eigenen sozialen Erlebnissen spricht. Michels' Darstellung spiegelt im ganzen sehr gut die heute unter fortgeschrittenen Menschen gültigen Anschauungen über die Fragen der Geschlechtsmoral wider und erhält durch den Einschlag persönlicher Beobachtungen bei allen Erörterungen noch einen besondern Reiz. × Ein unbedingt eigenartiges Buch ist *Realität und Gesetlichkeit im Geschlechtsleben* von Marie Luise Enckendorff /Leipzig, Duncker & Humblot/. Es ist wohl ein wenig mühevoll sich durch die allzu wortreiche Rhetorik der Verfasserin durchzuringen, besonders da man fast bis gegen den Schluß hin nicht klar erkennt, worauf das Ganze eigentlich hinausläuft. Doch den langen Weg verkürzen viele Oasen. Überall überraschen psychisch feine Bemerkungen. Die Verfasserin will uns nichts Tatsächliches geben. Sie spricht ganz allgemein von der Auffassung des Geschlechtslebens in Vergangenheit und Gegenwart, von den Versuchen die Sinnlichkeit in irgendeiner Form in einem höhern menschlichem Ideal aufgehen zu lassen, von der verschiedenen Stellung der beiden Geschlechter gegenüber diesen Idealisierungs- und Ethisierungsversuchen des Liebeslebens. Zum Schluß zieht sie das Fazit des Ganzen: Die Frau habe sich in der Liebe Mann und Kind bis zur höchsten Selbstopferung hingegeben; sie sei — enttäuscht in ihrer hochgespannten Seelenliebe, die der sinnlich bedünftigere und von dem Tatleben der Welt in Anspruch genommene Mann nicht erwidern konnte — oft in ihrem Glauben gebrochen, in tiefsten Zweifel an allem Daseinswert gesunken. Und sie glaubte dann in ihrer idealen Liebesforderung über dem Mann zu stehen, der ihr sonst in allem das Maß des eigenen Wesens war. Damit aber irrte sie. Sie, die Frau, trifft die Schuld, wenn die Liebe das nicht wurde, was sie von ihr ersuchte; sie trifft die Schuld, wenn der Mann sie seit Jahrtausenden unterjochte. Denn wer nicht selbst die Verantwortung für sein Leben auf sich nehmen will, hat nichts vom Leben zu erwarten. »Es ist nichts Wundervolleres als die Hingebung; es ist nichts Herrlicheres als die Liebe, welche diejenige Liebe nachahmt, mit der die Menschen von einem Gott geliebt sein wollen. Aber es ist ein anderes, wenn der Mensch sich hingibt, weil er

nicht stehen kann und will, und sich nun diese *Hingabe* zur Gerechtigkeit rechnet. . . . Es wird Raum sein für die große Liebe, wenn die Frauen einmal keinen Tribut mehr brauchen: die Liebe brauchen wir alle. Es gibt keine Schönheit in der Liebe und keine Menschlichkeit in der Begattung, solange die Frauen nicht zu Wesen werden, die zu den eigenen Göttern beten. . . . Der einzig sittliche Weg für sie ist die Nötigung der Zeit aufzunehmen; welche Lebensschwierigkeiten sich auch ergeben, und ob die Frau verdammt ist erst einmal in das Stadium der Karikatur oder in das Stadium der Anarchie zu tauchen: der einzig sittliche Weg für die Frau (und für das Geschlechtswesen Frau) ist der Kampf um ein selbständiges Menschentum.« Luise Enckendorff sieht also die Geschichte des weiblichen Geschlechts nicht unter historischen sondern unter ausschließlich ethischen Gesichtspunkten. Ethisch aber trifft, was sie sagt, durchaus den Kern der Sache. »Der Lauf der Kultur wird sein, daß die alte Eheform fällt, und Besseres und Neues an ihre Stelle tritt.« Das Buch zeichnet sich vor den Publikationen anderer Sexualethikerinnen durch größere Bestimmtheit des Gefühls aus. X Bei dem Buch *Die Annäherungen der Frauenbewegung von Karlert/Halle, Marhold/* ging es mir genau so wie dem Verfasser bei der modernen Frauenliteratur: Ich wollte es nicht gern rezensieren, ohne es durchgelesen zu haben; aber leider »diesen breitgewalzten Nudelteig mit Zitrosinen habe ich nicht verdauen können«. 110 Druckseiten der ältesten Antifrauenargumente mit allen möglichen historischen Exkursen gewürzt: wenn das die Frauenbewegung nicht endgültig tötet, dann ist sie in der Tat widerstandsfähig. X Eine kurze historische Zusammenstellung der Ehesitten und -gesetze unter den verschiedensten Völkern vom Alten Testament bis in die neueste Zeit gibt Dr. Ernst Schuster nach einem Vortrag *Die Ehefrau in alter und neuer Zeit* /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/, den der Verfasser in London im *Deutschen Verein für Kunst und Wissenschaft* hielt. Die Übersicht ist sehr gedrängt und nicht gerade immer richtig — zum Beispiel ist seine Darstellung der altisraelitischen Frau und Ehe ganz verfehlt und ohne Perspektive —, gibt aber eine kurze Rekapitulation, die der Leser dann selber zu ergänzen und zu berichtigen angeregt wird.

WISSENSCHAFT

Psychologie / Otto Bobertag

Schule und Psychologie Zu den hervorragendsten Zügen des Geisteslebens der Gegenwart gehört ohne Zweifel auch die stetig wachsende Bedeutung, die die Psychologie in allen Kulturgebieten gewinnt, wo ihre praktische Anwendung überhaupt möglich ist. Zwei Gründe für diese wichtige Erscheinung lassen sich in der Hauptsache unterscheiden. Einmal ist es das ganz allgemeine, bereits in den weitesten Kreisen gefühlte Streben der tiefinnersten, wahren Eigenart des menschlichen Geistes, seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen, überall wo sie sich — Arbeit leistend oder Befriedigung suchend — betätigen, in höherem Maß gerecht zu werden als es in der Vergangenheit möglich oder doch üblich gewesen ist. Andererseits aber ist es die Tendenz der modernen wissenschaftlichen Psychologie selbst, die Anerkennung und Verwertung der von ihr theoretisch erarbeiteten Erkenntnisse, ihre Umsetzung in die Praxis — und eine solche ist ja fast unbegrenzt möglich — zu fordern und durchzusetzen.

Man wird ohne weiteres einräumen, daß eine gedeihliche, das heißt eine kraftvolle sowohl wie geordnete Entwicklung dieser eben charakterisierten Bestrebungen, weit- und tiefgehend wie sie sind, für die Gestaltung unseres gesamten Kulturlebens von hoher Bedeutung sein muß und wird. Und darum ist es auch von großem Interesse überall da, wo sich die Gelegenheit dazu bietet, zu verfolgen, wie sich diese Entwicklung im einzelnen, auf den verschiedenen kulturellen Teilgebieten vollzieht: wie die alten Anschauungen bekämpft und verteidigt werden, wie die neuen entstehen und sich im Streit der Meinungen wandeln, wie die Gedanken überhaupt auf Grund neuer Erfahrungen sich klären und differenzieren, und wie die Bewegung als Ganzes durch gewisse Etappen hindurch einem bestimmten Ziel zu fortschreitet.

Eine solche Gelegenheit nun gab der 1. Kongreß für Jugendbildung und Jugendkunde (vom 6. bis zum 8. Oktober in Dresden vom *Bund für Schulreform* veranstaltet) in Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand und die allgemeine Entwicklungstendenz des Problems *Psychologie und Schule*. Denn daß es sich hier, bei der Diskussion der einzelnen Fragen, im wesentlichen doch noch um ein Problem und nicht sozusagen um eine abgemachte Sache handelte, war für den aufmerksamen Teilnehmer von Anfang an er-

sichtlich. Die Verhandlungen waren am ersten Tag der Arbeitsschule, am zweiten dem Thema *Intelligenzproblem und Schule* gewidmet.

Über die Arbeitsschule ist ja in den letzten Jahren ungemein viel geschrieben worden, für und wider (siehe auch die Rubrik *Geistige Bewegung*, 1910, 1. Band, pag. 391 ff.), wobei nicht zu verkennen ist, daß der Vorteil in steigendem Maß auf Seiten des Für war. Wie sich hierzu der Betrag des für die Sache Getanen verhält, ist natürlich eine schwer zu beantwortende Frage. Die Kongreßverhandlungen des ersten Tages ließen aber doch erkennen, daß man bereits eine Menge wertvoller Arbeit geleistet und mit der Verwirklichung der Idee des *Werkunterrichts* von vielen Punkten aus genügend Ernst gemacht hat, um die Grundzüge der werkunterrichtlich organisierten Zukunftsschule erkennen zu lassen. Der Erörterung der didaktischen Detailfragen, auf deren befriedigende, durch die Praxis gesicherte Beantwortung es ja naturgemäß im letzten Grund ankommt, gingen zwei allgemein zusammenfassende Referate von Kerschensteiner-München und Gaudig-Leipzig über den Begriff der *Arbeitsschule* voraus. Beide suchten den Begriff und damit das Prinzip der Arbeitsschule einerseits sozialetisch als berechtigt und notwendig darzutun, andererseits psychologisch zu erklären und die allgemeineren Züge seiner konkreten Ausgestaltung zu entwickeln. Kerschensteiner leitete die Aufgaben der Schule davon ab, daß sie brauchbare Staatsbürger zu erziehen habe, das heißt Menschen, die einen dem Bau des gegebenen Staates sich einfügenden Beruf ausüben, mit dem Bestreben gleichzeitig zur Erreichung des sittlichen Idealstaats beizutragen. Die Notwendigkeit eines Berufs, der für die Mehrzahl der Menschen hauptsächlich in körperlicher Arbeit besteht, ergibt die Einführung des Arbeitsunterrichts in der Schule, die auch psychologisch gerechtfertigt ist durch das Vorherrschende der körperlichen vor der geistigen Betätigung im Kindesalter; die Erziehung zur Versittlichung dieser werkschaffenden Tätigkeit erfolgt dadurch, daß die Schule im Geist der Arbeitsgemeinschaft organisiert ist. Die Charakterbildung, die durch die Schule vermittelt werden soll, hat es mit der Ausbildung der passiven und aktiven Formen der Willensstärke sowie mit derjenigen der wissenschaftlichen Denkfähigkeit zu tun. Gaudig ging von dem Begriff der *Arbeit* aus und bestimmte die Arbeitsschule als solche, bei

der der Schüler nicht als Objekt einer fremden Tätigkeit sondern als selbstwirkendes Subjekt in Frage kommt. Der Lebensbegriff dieser Schule ist der Arbeitsvorgang, und zwar soweit er vom einzelnen innerhalb der Klassengemeinschaft freitätig realisiert wird. Nach diesen beiden Vorträgen entwickelten die übrigen Redner des ersten Tages das Prinzip der Arbeitsschule mehr in seine didaktischen Einzelheiten hinein. Jeder zeigte, wie er sich in dem Fach, das er speziell vertrat, die Organisation des Werkunterrichts dachte, immer mit dem Bestreben dem Unterricht eine ideale Zielsetzung und eine psychologische Grundlegung zu geben. Es war interessant zu beobachten, wie durch die mannigfachen persönlichen Differenzen, die mancherlei Unklarheiten und Mißverständnisse hindurch doch immer zu erkennen war, daß der gesamte bessere Teil der Pädagogen von einem starken Streben erfüllt ist nach Erreichung eines neuen und bedeutenden Zieles: den ganzen Schulbetrieb so zu gestalten, daß er den jungen Menschen zur freien, selbsttätigen Erarbeitung seiner Gedankenwelt, zur Selbstentfaltung seines Charakters von innen heraus führt. Und es ist, besonders auch für den Psychologen, erfreulich, daß dabei — trotz mancher Überschwenglichkeiten, die die Begeisterung des Augenblicks eingibt — eine ernste Besinnung auf die Notwendigkeit einer psychologischen Grundlage für die pädagogischen Reformen waltet. Die quantitative und qualitative Verschiedenheit der intellektuellen Begabung der Schüler hat innerhalb der modernen pädagogischen Bewegung eine besondere Problemgruppe entstehen lassen, deren Diskussion der zweite Tag gewidmet war. Zuerst sprach W. Stern-Breslau über *Fragestellungen, Methoden und Ergebnisse der Intelligenzprüfung*. Er ging davon aus, daß heute eine genauere Kenntnis der Schülerindividualitäten nötiger als je sei, da sie von einer Reihe neuerer pädagogischer Forderungen und Einrichtungen vorausgesetzt werde: individualisierender Unterricht, die Hilfs-, Förder-, Vorzugs-, Parallelklassen, schulärztliche Überwachung, Jugendgericht, Jugendfürsorge usw. Daher tritt an die wissenschaftliche Psychologie die Forderung heran Prüfungsmethoden auszuarbeiten, die 1. eine schnelle Orientierung über die psychische Beschaffenheit des Prüflings geben, 2. hierbei möglichst die wirkliche in n e r e Veranlagung des Kindes feststellen, 3. die in der Gesamtanlage enthaltenen Teileigenschaften einzeln fest-

zustellen erlauben, 4. einen objektiven, überall anlegbaren Maßstab bieten, der Vergleich und Zuweisung des Prüflings zu bestimmten Gruppen oder Stufen erlaubt. Bei der Prüfung der intellektuellen Fähigkeiten müssen Talentprüfungen von eigentlichen Intelligenzprüfungen unterschieden werden, von denen man gegenwärtig hauptsächlich 2 Methoden kennt. Die eine ist das Staffelfverfahren von Binet und Simon, die andere das aus England stammende Rangverfahren. Die erstgenannte Methode gestattet dem Prüfling ein bestimmtes Intelligenzalter zuzuschreiben, aus dem sich die Größe seiner Abweichung von der Normalität ergibt. Durch die zweite Methode kann man die Schüler einer Klasse ihrer Begabung nach in eine Rangordnung bringen. Das Resultat solcher Prüfungen darf nicht überschätzt werden, da für die Beurteilung eines Schülers neben den rein intellektuellen Eigenschaften auch diejenigen des Willens und Charakters maßgebend sind. Es folgte dann Meumann-Hamburg mit einem Referat *Die Untersuchung der Denkfähigkeit als Methode der Intelligenzprüfung*. Er bezeichnete als Hauptmerkmal des intelligenten Menschen eine größere Fähigkeit zum synthetischen Denken, zum Arbeiten mit definierten, bestimmten Denkbeziehungen und gab eine Übersicht über die verschiedenen Methoden, mit denen man diese Fähigkeit prüfen kann. Sie bestehen meistens darin, daß dem Schüler ein oder mehrere Stichworte gegeben werden, zwischen denen er eine gedankliche Beziehung, etwa durch Erfinden eines passenden Satzes, zu konstruieren hat. Auch erlaubt ein solches Verfahren die Unterscheidung mehrerer qualitativer intellektueller Typen. Schließlich behandelte Kramer-Breslau das Thema *Intelligenzprüfungen bei kriminellen und psychopathischen Kindern*. Er wies darauf hin, daß die Prüfung derartiger Individuen verschiedene Schwierigkeiten habe (ungünstiges Milieu, einseitige Defekte usw.), ferner darauf, daß das Urteil des Arztes über ein Kind auch von der Beobachtung seines sonstigen Verhaltens — außer während der Prüfung — bestimmt sein müsse. Die üblichen Methoden, mit Hilfe eines Fragebogens, ergäben kein sehr brauchbares Resultat, dagegen gewähre die Methode von Binet und Simon wertvolle Einblicke sowohl in die Intelligenz des einzelnen Kindes wie in gewisse allgemeine Gesetzmäßigkeiten intellektueller Minderwertigkeit. Auf diese Vorträge folgten einige mehr praktisch-pädagogischer Natur. Deuch-

ler-Tübingen gab eine psychologische Grundlegung des bekannten Mannheimer Systems, in dem eine Organisation der Schule nach Differenzen und Differenzierungen der Begabung durchgeführt ist (Förderklassen und Begabungsklassen). Petzoldt-Spandau verteidigte darauf die von ihm geforderten Sonderschulen für hervorragend Befähigte (siehe die Rubrik *Geistige Bewegung*, 1911, 2. Band, pag. 985 ff.). Er beschränkte sich darauf aus der Diskussion, die sich an seine Forderungen geknüpft hat, 3 Hauptpunkte herauszugreifen und zu besprechen, nämlich folgende: 1. Den hervorragend Befähigten kann in dem bestehenden Schulsystem ihr Recht nicht werden. 2. Die Gefahr, daß Sonderschulen den Hochmut ihrer Insassen züchten würden, ist unbegründet. 3. Ebenso wenig ist zu befürchten, daß durch Herausnahme der besonders Befähigten aus den Normalschulen der Unterricht an diesen geschädigt werde. Zum Schluß sprach Raschke-Wien über seinen Plan für die Reform höherer Schulen durch Unterscheidung von Mindestlehrstoff und Normallehrstoff, durch die eine gleichzeitige Verminderung und Vermehrung des Lernstoffs erzielt werden soll. An die Vorträge knüpfte sich eine sehr rege Diskussion. Es war interessant zu beobachten, wie viele und verschiedenartige, teils sich widerstreitende teils sich unterstützende Gedankengänge — Hoffnungen, Wünsche, Befürchtungen — durch die Ausführungen der Redner in den verschiedenen Zuhörern angeregt worden waren. Gelegentlich platzten wohl die Gegensätze auf einander, im ganzen herrschte aber doch, mehr oder weniger ausgesprochen, die Überzeugung, daß man in den Grundgedanken einig sei, namentlich auch, daß die praktische Erziehungskunst und die theoretische Wissenschaft von den Objekten der Erziehung zusammenarbeiten müssen. Die Kenntnis des jugendlichen Seelenlebens, die lange Zeit so wenig für die Erziehung leisten durfte, freilich auch konnte, ist nun zu ihrer unentbehrlichen Begleiterin geworden, wie sich dies auch schon im Namen des ganzen Kongresses zeigte: *für Jugendbildung und Jugendkunde*.

In der öffentlichen Versammlung des Schlußtags sprachen Meumann, Cordes-Hamburg und Gertrud Bäumer-Berlin über die Ergebnisse des Kongresses.

× **Kurze Chronik** von Neubesetzungen ×
ist zu berichten: Als Nachfolger Meumanns ist der Berliner Privatdozent Dr. Spranger als

Professor und Direktor des pädagogischen Seminars nach Leipzig berufen worden. G. F. Lipps-Leipzig übernimmt als Nachfolger Störings die ordentliche Professur für Psychologie in Zürich, während Störing in Straßburg an die Stelle Zieglers tritt. X Im September wurde in München eine Versammlung des *Internationalen Vereins für medizinische Psychologie und Psychotherapie* abgehalten.

X Literatur

Als Einführung in das Gebiet der *Kinderspsychologie* ist das jetzt in 3. Auflage veröffentlichte *Seelenleben des Kindes* von Karl Groos /Berlin, Reuther & Reichard/ sehr zu empfehlen. Es stellt kein System dar sondern ausgewählte Vorlesungen, in denen aber doch, in klarer und anregender Weise, ziemlich alles Wichtige unserer gegenwärtigen wissenschaftlichen Kenntnis der Kindesseele behandelt wird. X Über das *Gedächtnis*, das in seiner grundlegenden theoretischen und praktischen Bedeutung von der psychologischen Forschung in immer wachsendem Maß gewürdigt worden ist, liegen zwei zusammenfassende Darstellungen vor, die sich in vortrefflicher Weise ergänzen: Max Offner *Das Gedächtnis*, 2. Auflage /Berlin, Reuther & Reichard/ und Paul Ranschburg *Das kranke Gedächtnis* /Leipzig, Barth/. Beide Werke bieten sowohl dem Fachmann als auch dem interessierten Laien eine sehr lohnende Lektüre. Das Offnersche gibt eine ziemlich erschöpfende Übersicht über die Gesamtheit der bisherigen Ergebnisse der experimentell-psychologischen Gedächtnisforschung und hat namentlich auch deren Anwendung in Unterricht und Erziehung im Auge. Das Ranschburgsche ist mehr vom Standpunkt des Psychopathologen geschrieben; besonders wertvoll an ihm ist die ausführliche Schilderung der klinisch verwertbaren Methoden der Gedächtnisprüfung sowie ein reichlich illustriertes Kapitel über die dabei in Betracht kommenden Apparate.

KUNST

Bühnenkunst / Hans Winand

Zu Ehren Kleists geben in Berlin das königliche Schauspielhaus und das *Deutsche Theater* zur gleichen Zeit das kühnste, tiefste und heißeste Werk des Dichters. Am Gendarmenmarkt eine nüchtern ausgefeilte Bühnenbearbeitung von Paul Lin-

dau, die alle gewagteren Kraftstellen behutsam beiseite schmuggelt; im *Deutschen Theater* einen ungekürzten Kleist mit kräftiger Unterstreichung alles dessen, was zarte Gemüter königlicher Dramaturgen ängstigen könnte. Man mochte beiden Aufführungen mit einer gewissen Beklemmung entgegensehen. Am königlichen Theater war nur ein gezähmter Kleist zu erwarten; bei Reinhardt ein Kleist, dessen Feuer überhitzt, dessen Wildheit übersteigert und dessen Schwächen übertrieben sein würden. Die Gerechtigkeit gebietet die Feststellung, daß keine dieser vorurteilsvollen Befürchtungen im vollen Umfang eintraf.

Das Schauspielhaus bringt eine gepflegte, sorgsam abgerundete Aufführung, die in der Behandlung der in diesem Stück so gefährlichen Statisterie in der guten Konvention stecken bleibt. Aber trotzdem eine Aufführung, die dem mächtigen Zug des Dramas mit wachem Sinn nachstrebt. Kleists Verse hallen klar und kraftvoll durch den Raum, und in der Titelrolle erleben wir die Rehabilitierung einer oft befahdeten Schauspielerin. Rosa Poppe gibt eine Gestalt, die selbst Goethes herbes Urteil vielleicht gemildert haben würde, einen Charakter von so großen Anlagen und so stolzem Willen, daß wir das Umschlagen von Liebe zu Haß und von Haß zu reuevoller Verklärung miterleben und glauben. Es gibt ein unfehlbares Kriterium für die Kraft und Bedeutung einer Pentheseleadarstellung: der Tod der Heldin. Wer hier, in dieser höchsten und gefährdetsten Aufgabe der Schauspielkunst, den Hörer zu Andacht und zu Erschütterung zwingt, ist eine große Künstlerin. Die Poppe, die oft mit Unrecht geschmähte, hat dies vermocht; hat ihre Gesten gemäßigt, ihren Überschwang gemästert und mit der schönen Gebärde eine Innerlichkeit vermählt, die nur einem überragenden Temperament erreichbar bleibt.

Bei Reinhardt war dies von vornherein nicht zu erwarten. Man weiß, daß das *Deutsche Theater* gegenwärtig über eine Darstellerin großen Formats nicht verfügt, und daß Reinhardt sehnsüchtig diese Kraft sucht, die er jetzt vielleicht in Mary Dietrich gefunden zu haben glaubt. Es wäre Unrecht an Gertrud Eysoldt in dieser Rolle den gleichen Maßstab zu legen wie an Rosa Poppe. Gertrud Eysoldt ist eine geistreiche, kluge und hoch über dem Durchschnitt begabte Künstlerin, mit eigenen Gedanken und eigenen Zielen. Ich habe immer das Gefühl, daß man mit ihr nicht über die

Mittel streiten kann, mit denen sie ihren Zielen zustrebt; denn sie beherrscht ihre Mittel und weiß sie klug zu verwenden. Wenn sie an solchen Aufgaben, wie an der Penthesilea im tiefsten Sinn scheitert, so liegt das an einer Einstellung ihres Willens, die mir als ein Irrtum erscheint. Es ist Torheit von körperlichen Unzulänglichkeiten zu reden. Die Eysoldt könnte Penthesilea spielen, wie etwa Kainz Richard II., Hamlet oder Philipp schuf. Anschauungen wurzeln letzten Endes immer im Gefühl, und über sie läßt sich im tiefsten Sinn nicht streiten. Das darstellerische Streben Gertrud Eysoldts folgt in dieser Rolle nicht dem großen Zug der Gestalt. Der geistreiche Sinn dieser allzu modernen Schauspielerin wird von den Einzelheiten angezogen, sie entzündet ihre Phantasie. Daraus erwächst eine Reihe von Einzelstudien, die an sich bewundernswert sind und doch mit Kleists streitbarer und manbarer Jungfrau nichts mehr gemein haben als Penthesilea mit Strindbergs Fräulein Julie. Wenn Gertrud Eysoldt den Helios an seinen Sonnenlocken zu sich herabzerren will, dringen in diesen Ausbruch erotische Untertöne. Die reine Unschuld, die allein die Gestalt adelt, und die die Sphären reiner Tragik emporträgt, ist Gertrud Eysoldts wachem und scharfem Verstand verschlossen. Sie kommt von ihrer Persönlichkeit und ihrem Sehen nicht los, sie findet nie den Weg von Gertrud Eysoldt zu Heinrich von Kleist. Der Tod Penthesileas ist der Gipfel des Werkes, wo alle ihre irdischen Wirklichkeiten in übersinnlicher Verklärung Erlösung finden. Die Poppe konnte das gestalten. Die Eysoldt gibt — und ich greife das nur als einen Schlüssel ihrer Betrachtungsart heraus — eine Charakterstudie körperlichen Sterbens, das selbst einer Sada Yacco Ehre machen würde. Ihre Pupillen irren brechend durch die Augenhöhlen, Zuckungen des Todes erschüttern den gemarterten Körper, ein Röcheln scheint sich auf den Lippen zu bilden: So mag die Penthesilea der sagenhaften Wirklichkeit gestorben sein, nicht aber die Penthesilea Heinrich von Kleists.

In der zweiten Besetzung erprobte Reinhardts neuer Stern Mary Dietrich ihre reichen, einsteilen allzu reichen schauspielerischen Kräfte. Eine schlanke, graziöse und doch kraftvoll sehnige Gestalt, ein schmiegsamer Körper, der über wundervolle Bewegungen verfügt, eine kraftvolle Stimme, eine klare Sprache. Man hatte mir von dieser großen Künstlerin Wunderdinge erzählt: Vielleicht lag

es daran, daß ich mit einer gewissen Ernüchterung das Theater verließ. Die Beherrschung der Mittel, die Kraft ihrer Anwendung, die Summe von Routine, die in dieser jungen Schauspielerin verankert liegen, sind fast beängstigend groß. Denn dieser Reichtum der Mittel und diese Überfülle des Temperaments sind noch von keinem ordnenden Sinn gezähmt und gezügelt. Schon in den ersten Szenen durchläuft ihre Darstellung das ganze stattliche Register ihrer Ausdruckskraft; von weicher Schüchternheit zur wilden Raserei, von bangem Zagen, zu übermenschlicher Größe. Glieder, Sehnen, Muskeln, Mund und Auge spenden des Segens fast zu viel. Leidenschaften durchwühlen den Körper, die Arme wollen schlangengleich den Hals umschlingen, die Stimme klimmt zu höchsten Pfeifentönen empor und sinkt hinab zum dumpfen Röcheln der Verzweiflung. Und alles das ist gut und klug gemacht, zeugt stolz von einer reichen Phantasie, der jedes Gefühl zu Form und Bewegung wird. Man sieht dies alles und bewundert das Talent; man freut sich an der Kraft und an dem Willen: und bleibt doch kühl. Der Augenblick, da aus Bewunderung Erschütterung und Glaube wird, bleibt aus. Mary Dietrich mag einer großen Zukunft entgegengehen; für heute ist sie nur ein Wechsel auf die Zukunft, und mir will scheinen, als sei der Verfallstermin noch nicht gekommen.

Im übrigen weht durch die Aufführung, die Felix Hollaender inszeniert hat, viel Leben, Feuer, Wollen und daneben auch manches Kleinliche. Ich sah eine der späteren Aufführungen, in der ein blonder Fremdling den Achilles spielt, umringt von einer Schar von Paladinen, die sicherlich in Lemberg Lorbeeren ernten würde. Am Schluß des zweiten Abschnitts, als Penthesilea zum Zweikampf mit Achilles von der Bühne stürzt, erscheinen im Hintergrund auf des Hügel's Kamm vier wunderschöne große Hunde. Als der bühnenselige Ferdinand Bonn in seinem Theater eine Ziege auf die Bühne brachte, erntete das wackere Hornvich Heiterkeit und jubelnden Hervorruf. Im Deutschen Theater ist das Publikum so fromm aus lauter Ehrfurcht vor Kleist die hervorragenden mimischen Darstellungen der Hunde nicht anzuerkennen. Die Regie begnügt sich nicht damit die wackeren Tiere im Hintergrund vom Horizont sich erheben zu lassen: am Schluß des Aktes stürmen die prächtigen Rücken fröhlich bellend und schweifwedelnd zur Zerfleischung des Kleistschen

Helden an der Rampe vorüber. Die letzten Verse Penthesileas ersticken im klangvollen Hundegebell; mit spannungsvollem Mitgefühl verfolgte man die Bemühungen des Statisten die Furien zu bändigen. Voll Ungeduld sind Pferde und Elefanten zu vermissen.

X Kurze Chronik für den Fall, daß Otto X
 Brahm 1913 auf sein Optionsrecht für die Pacht des Berliner *Lessingtheaters* verzichtet, hat Victor Barnowsky mit dem Besitzer des Theaters, Oscar Blumenthal, einen Eventualvertrag geschlossen, auf Grund dessen er als Nachfolger Otto Brahms ins *Lessingtheater* einziehen kann. Dann würden sich die Schauspieler Traute Carlsen und der Schauspieler Ernst Dumcke um eine Konzession für die Übernahme des *Kleinen Theaters* bemühen. X In London hat vor kurzem ein auf mehrere Monate berechnetes Gastspiel eines Reinhardtensembles begonnen, das alltäglich die abendfüllende Fassung von Friedrich Freksas *Sumurun* in der englischen Hauptstadt spielt. X Voraussichtlich wird die Freksasche Pantomime auch von einem Ensemble des *Deutschen Theaters* in New York gespielt werden.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westhelm

Endell Für einen Geist wie Endell ist kein Raum innerhalb dessen, was man so die *neue Bewegung* zu bezeichnen pflegt. Nach rechts, nach der Seite der konservierenden Traditionen, hat sie sich anpassungsfähig und schmiegsam gezeigt; nach links, wo ein paar Neuerer vorzustürmen wagten, blieb und bleibt sie kühl bis ans Herz. Endell stand aber immer ganz links, war immer erpicht auf ein Formen, das ganz Ausdruck seiner sensiblen Charakterveranlagung gewesen. Jener *fin de siècle*-Fatalismus, der sich mit fröstelndem Unbehagen zwischen einer abgeschlossenen und einer nicht anbrechen wollenden Kulturepoche wälzte, hat in ihm einen der interessantesten Vertreter gefunden. Man braucht nur das Münchener Atelier *Elvira*, das Wolzogentheater oder die Festsäle in der Rosenthaler Straße zu nennen, um noch einmal die Attacken des jungen Deutschlands bis zu der Entspannung durch die Überbrettelei nachzuerleben. In dieser gewitterschwangern Atmosphäre tauchte Endell als eine Hoffnung der Ju-

gent auf, als einer der forschesten Experimentatoren, der mit einem selbstzerfleischenden Instinkt für die letzten Probleme behaftet war. Hingerissen von einer neuen Möglichkeit, schreckte er vor keinem Wagnis zurück, selbst auf die Gefahr der Entgleisung hin. Mehr als einmal ist er tatsächlich entgleist, er selbst macht kein Hehl daraus, daß das fertige Werk seine Absichten nur zum Teil verwirklichte; und so unbodig Einzelheiten dieses Oeuvre preisgegeben werden müssen, so sehr muß ein Schaffen imponieren, das unbesorgt um die Meinung der Welt, unbekümmert um den Erfolg, unzugänglich allen Kompromißverlockungen bis zum äußersten gehen wollte und ging. So recht beliebt beim Publikum konnte Endell wohl niemals werden, weil seiner Kunst alles Liebenswürdige fehlt; das Einschmeichelnde, das eine weltfrohe Sinnlichkeit gibt, war ihm, dem ehemaligen Kandidaten der Philosophie, versagt. Hart bis zur abstoßenden Spröde, spitzig bis zur Grädigkeit, eigensinnig bis zur Selbstvernichtung, ist er mehr als alles andere ein kritischer Intellekt, man möchte sagen: ein schöpferisch gewordenes Hirn. Daher das Spirituelle, das seinen Gestaltungen mitunter anhängt, daher die Kluft, die zwischen dem Überzeugenden seiner theoretischen Meinung und der Problematik der vollbrachten Tat so oft gähnt. Bis zu einem gewissen Grad ist dafür aber auch die Zeit als Ganzes verantwortlich zu machen. Sie versagt ihm alle die Voraussetzungen, die der Architekt als etwas Selbstverständliches verlangen darf. Sie bietet ihm kaum einmal einen Handwerker, der fähig ist seine Ideen ohne Einbuße an künstlerischer Delikatesse in die Wirklichkeit umzusetzen. Er mußte Architekt, Maler, Modelleur und Musterzeichner in einem sein und mußte notwendigerweise von einem Unterfangen zermalmt werden, das psychisch und physisch die Kräfte eines einzelnen Menschen übersteigt. Es gehört nicht viel dazu die Entgleisungen aufzuzeigen, die ein solches Verfahren mit sich brachte. Das Erstlingswerk, das Atelier *Elvira*, läßt sich nicht halten, das Wolzogentheater hat nicht jene kokette Gefälligkeit, die mit ein klein wenig Geschmack und einer großen Portion künstlerischer Unselbständigkeit zu erreichen ist, seine Möbel, seine Pension am Steinplatz in Charlottenburg, sein Sanatorium auf Föhr hätten gebändigt und charakterloser sein können. Aber man lasse sich in dem Überbretteltheater einmal die Nerven von einem Esprit durchprickeln, der mit der

Schärfe eines Extrakts das ganze Fühlen und Denken jener neurologischen Gesellschaft enthält, man gehe in den großen Festsaal in der Rosenthaler Straße hinein, um eine in ihrer Neuheit und Folgerichtigkeit zwingende Raumkonzeption zu erleben, man betrachte die geschlossene Silhouette des Westender Krankenhaus: und man wage es noch die architektonische Berufung dieses Künstlers zu bezweifeln.

Im letzten Jahr hat er, ebenfalls in Westend, zwei neue Bauten vollendet, zwei Mietsvillen: das Haus Nelson für 2, das Haus Kühl für 5 Familien. Beide zeigen eine starke Bändigung nach der Seite des Dekorativen, dem Endell sich in seinen Anfängen überschwänglich fast hingegen, zeigen eine Befreiung von den Schlacken, die ihm den Widerspruch der Zunftgenossen eingebracht haben. Sehr dienlich ist ihm die große Zurückhaltung geworden, die er sich bei der Beschränktheit der Mittel aufzuerlegen gezwungen war. Beide Male stand er vor der Aufgabe die an sich beträchtlichen Baumassen für das Gefühl zu verkleinern, gewissermaßen optisch aus dem Etagenhaus ein Landhaus zu machen, eine Aufgabe, die sich bei dem Nelsonschen Haus noch durch die Anlehnung an eine vor 20 Jahren gebaute Durchschnittsvilla komplizierte. Endell erreicht das durch eine glatte, rotgelb geputzte Mauerführung, der nach oben durch ein paar Fachwerkgiebel (ähnlich denen am Westender Krankenhaus) die Schwere genommen wird. Die Grundrißdispositionen, die sich aus den Bedürfnissen der Bewohner ergeben, zeigen manch geistreichen Zug, wengleich es auch nicht an ein paar Einzelheiten fehlt, die man sich anders gelöst vorstellen könnte. In dem Haus Nelson überrascht das Ebenmaß der Räume. Ein Speisesaal im Parterre, das gleichsam in den Garten hinausgeschoben ist, ein Balkonzimmer in der 2. Etage und die Dielen bieten einen Wohlklang der Verhältnisse, der ganz allein durch die Länge, Höhe, Breite, die Einschlitte der Fenster und Türen und die Farbgebung der Wände erreicht ist. Man verspürt die Tektonik und verspürt die Hand, die aus dem Nichts ein charaktervolles Etwas gemacht hat. In der Kühlschen Wohnung, wo er weniger dieser Askese unterworfen war, konnte er mit dem Grundriß etwas freier experimentieren und einen wenn auch bescheidenen Aufwand an repräsentativen Mitteln treiben. Eine kleine Diele wird durch ein kassettiertes Deckenornament für das Gefühl aufgehört, das mehr als eine deko-

orative Bereicherung ist. Endell hätte ohne diese Auflösung der Decke nicht den Raumeindruck erzielt, den er hier erreichen wollte. Das Ganze hätte ohne diese Auflösung wahrscheinlich schlotartig gewirkt. Architektonisch nicht in dem Maß gerechtfertigt und formal auch weniger gelungen sind die Deckenmalereien, die hier in zwei Räumen angelegt sind. Mit diesem Nebeneinander von bedingter und unbedingter Ornamentik wird man vor ein Problem gestellt, dem Endell von seinem ersten Auftreten an der überzeugteste Diener gewesen ist. Neben Obrist und Pankok ist er es gewesen, der der Moderne wieder zu einer ornamentalen Symbolik verhelfen wollte. Man weiß, daß dieses gewaltige Problem von den geschäftigen Ausnutzern der Bewegung vertagt wurde, wie man am liebsten diesen ganzen Endell auch auf ungewisse Zeit vertagt hätte. Gäbe es im Bereich der Kunst etwas wie den § 218 des Strafgesetzbuchs, so wäre hier ein Schulfall gegeben.

X
Wackerle Der Name Wackerles, dem von München her ein so guter Klang anhaftet, ist in letzter Zeit häufig im Zusammenhang mit den Strömungen, die Muthesius als *Variétékünste* gezeibelt hat, genannt worden. Seine Schnitzereien zu den *Louis Philippe*-Möbeln von Troost oder Bruno Paul haben manche verleitet aus ihm geradezu den Bannerträger jener Moderichtung zu machen. Mit Unrecht, denn schließlich ist er mehr der Verführte als der Führer. Ihm ist es eben nicht anders ergangen als den Orlik, Weiß oder Grenander, die als schätzenswerte Kräfte an die Berliner Kunstgewerbeschule kamen und hier nach wenigen Semestern, sei es durch eine verfehlte Auftragserteilung sei es durch den Trieb jede Saison mit einer neuartigen Geste zu brillieren sei es aus irgendwelchen anderen Ursachen, Rückgrat und künstlerisches Gewissen eingebüßt haben. Die graziösen Figürchen, die er für die Nymphenburger Porzellanmanufaktur modellierte, seine launigen Figuren für das Münchener Marionettentheater prasselten von einer köstlichen Sinnlichkeit und deuteten auf eine bildnerische Kraft, der man Erfolg im weitesten Maß wünschen mußte. Die Anerkennung ist auch nicht ausgeblieben; von Brüssel aus sind seine Nymphenburger Porzellane nach aller Herren Länder gegangen. Wir erlebten das Schauspiel, wie ein urwüchsiges Talent nur vor die Welt zu treten brauchte, um sich durchzusetzen. Damals aber schon gab es

Grund ihm mit Zurückhaltung zu begegnen. In den Möbelschnitzereien und Antragarbeiten, die er für ein paar Innenarchitekten zu modellieren hatte, blitzt wohl zuweilen einmal etwas auf von dieser frischen und feschen Könnerschaft, wengleich sie als Ganzes müde, unlustig, gezwungen erscheinen. Sicherlich hat er sich nur mit halber Anteilnahme und innerlichem Widerstreben von solcher Modelliererei bereit gefunden. Denn dieser Wackerle ist noch keineswegs zu einem fühllosen Routinier entartet. Erst neuerdings hat er für die Berliner Porzellanmanufaktur ein paar Sächelchen geschaffen, die an prickelnden Reizen seinen Nymphenburgerinnen nichts nachgeben. Und für das *Atlantic Hotel* in Hamburg hat er in einem Raum, dem zwei junge Leute, Moßner und Pfeiffer, eine weltmännische Physiognomie zu geben verstanden, ein Relief modelliert, das an nervöser Lebendigkeit, an prickelnder Lustigkeit und spontaner Schlagkraft selbst für ihn eine nie erreichte Leistung bedeutet. Man sieht, daß er überall da, wo ihm die Hand nicht durch eine verkehrte Devise gebunden war, wo er mit Liebe und Freude gestalten konnte, Werke von beträchtlichem Wert zu schaffen versteht. Wo sein Talent in ein Prokrustesbett eingezwängt wurde, sind die Resultate flau, unwürdig des Namens, der ihnen für Herrn Snob den Kurswert geben soll. An diesen seiner Natur so fern liegenden Erzeugnissen erweist sich gerade so unglücklich wie an dem zartnervigen Graphiker Walsler, der als Möbelzeichner eben erst ein Debacle erleben mußte, der Fluch einer Kräfteverplemperung, die im Theaterjargon *falsche Besetzung* genannt werden würde.

X **Theaterbau** **X**
 Von Oskar Kaufmann, der jetzt die Theater der Berliner und Wiener Volksbühnen bauen soll, hat die Stadt Bremerhaven ein neues Bühnenhaus erhalten. Den Typus, den er mit dem Berliner *Hebbeltheater* angeschlagen hat, nimmt er als Ausgangspunkt, um ihn recht geschickt der örtlichen Situation anzupassen. Klug ist eine allzu monumentale Geste vermieden worden. Die Rückseite nach dem Wasser zu hat wohl einen straffen Zug, während sich die Vorderfront der geruhigen Liebenswürdigkeit eines alten Marktplatzes einpassen sollte. In dem Zuschauerraum verspürt man, um wie viel Kaufmann an dieser Aufgabe gewachsen ist. Der kunstgewerbliche Ton, die innerlichen Unebenheiten, die dem *Hebbeltheater* noch anhaften, sind beseitigt. Die

Treppentürme, die sich da in den Zuschauerraum hineinstrecken, die Vertäfelung, die zur halben Höhe abbricht, Türen, die keine Türen sind, sind hier einer einheitlichen Lösung gewichen. Es gibt wohl kaum ein Theater, das schon durch die Architektur alles Interesse des Zuschauers so auf die Szene konzentriert. Plastiken von Feuerhahn, Malereien von Unger mildern etwas diese straffe Eindringlichkeit. Das Foyer, wieder so ein apartes Oval, ist mit seiner Birkentäfelung, seinen Marmorkaminen und einer wohlgerateten Krone zu einem stimmungsstarken Repräsentationsraum geworden. Dieses Bühnenhaus, das so weit ab an der Nordseeküste steht, bedeutet eine Etappe auf dem Weg zum modernen Theaterbau.

X **Athen** **X**
 Die Stadt Athen hat Ludwig Hoffmann, den Berliner Stadtbaumeister, zu einer Bearbeitung ihrer Bebauungspläne aufgefordert. Die Entwürfe, die in einem kleinen Privatdruck /Berlin, Wasmuth/ jetzt vorliegen, lassen Hoffmann wieder als einen Meister des taktvollen Maßhaltens erscheinen. Er besitzt künstlerischen Respekt vor der Tradition eines solchen Ortes. Sein Streben geht immer daraufhin vorhandene und unterdrückte Schönheiten sinnfälliger zu machen. Behutsam nimmt er seine Eingriffe in den Stadtkörper vor, er will weniger umstoßen als Härten mildern, Häßlichkeiten ausmerzen, Hemmnisse beseitigen. Die schachbrettartigen Straßenführungen der Geometer werden zu einem folgerichtigen System ausgenutzt, das durch eine Reihe stimmungsvoller Platzanlagen gelenkig gemacht wird. Bestehend sind vor allem der Syntagmaplatz mit einer mächtigen Terrassenanlage vor dem Schloß, der Omoniaplatz mit einer Säulenhalle oder die Anordnung einer Villenkolonie bei Althaleron am Meeresufer. Ein großer Zentralbahnhof mit einem Vorplatz, der sich nach der Stadt zu ausbuchtet, und von dem aus die Hauptzufahrtsstraßen nach dem Zentrum führen, wird vorgeschlagen. Und gerade an dieser Anlage, die in der Hauptsache durch die Beseitigung einer dünnbrüstigen Häuserreihe entsteht, zeigt Hoffmann, wie wenig es ihm um heroische Operationen am Stadtkörper zu tun war. Der unbefangene Leser mag einigermaßen erstaunt darüber sein, daß dieser Mann, der doch im Berliner Magistrat sitzt, dahinten in Griechenland solche Fähigkeiten entfalten muß, während die Berliner von noch größeren städtebaulichen Nöten

geplagt werden. Dabei ist aber nichts Verwunderliches. Hoffmann ist allerdings Leiter des Berliner Hochbauamts. Die Stadtplanbearbeitung gehört aber zum Tiefbauamt, und man kann doch unmöglich von einer ordentlich in Ressorts abgezielten Verwaltungsbehörde verlangen, daß sie über die Leute aus dem andern Amt Bescheid weiß.

X
Kurze Chronik Die Schaufensterwettbewerbe in Berlin und in der Provinz zeigen, daß die Bewegung sich durchgesetzt hat. Es wird bei den Kaufleuten mehr und mehr zu einer Selbstverständlichkeit ein geschmackvoll dekoriertes Fenster zu haben, und mehr kann man füglich nicht verlangen. Wer nach künstlerischen Impressionen fahndete, kam in diesem Jahr weniger als früher auf seine Kosten. Eine Ausnahme machten nur ein paar Zigarrenhändler mit einigen überraschend guten Auslagen. X Im Abgeordnetenhaus war mit allerlei Protektionen eine Ausstellung deutscher Teppiche veranstaltet. Deutsch war an diesen geringwertigen Nachahmungen orientalischer Teppiche nichts, wenn nicht etwa die gefühllose Wahl der Farben und die geistlose Art der Musterkopiererei. An einer kleinen Kollektion sogenannter *moderner Künfterteppiche* gab es ebenfalls weder etwas Modernes noch etwas Künstlerisches. X *Der Künstlerbund für Glasmalerei und Glasmosaik*, dessen Mitglieder hier gelegentlich der Besprechung der Heinersdorffschen Werkstatt (in dieser Rundschau, 1911, 2. Band, pag. 663 ff.) vorgestellt worden sind, ist jetzt mit einer ersten Ausstellung bei Keller & Reiner vor die breitere Öffentlichkeit getreten (siehe die Rubrik *Bildende Kunst*, in diesem Band, pag. 1431 ff.). X In der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung gab es eine erregte Debatte um den großen Gasometer, der eben an der Torgauer Straße errichtet wird. Man protestiert angeblich aus ästhetischen Gründen gegen diesen Ingenieurbau, der als aufrichtiges Dokument seiner Zweckbestimmung und einer selbstverständlichen Konstruktionslösung sicherlich das monumentalste Bauwerk von ganz Schöneberg ist.

X
Literatur Im Inselverlag hat Henry van de Velde einen Band *Essays* erscheinen lassen: Aufsätze, zu verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen Stimmungen heraus geschrieben, eine Plauderei über Fächer, ein mahnendes Wort zu den Kulturpolitik-

und Volkskunstbewegungen, jene Hymne an die Ausdrucksgewalt der Linie und ästhetische Betrachtungen über die Schönheit der Stoffe, die Vollkommenheit der Verarbeitung und die Natur des künstlerischen Gestaltens. Mit allen diesen Essays, so verschiedenartig der Ausgangspunkt auch sein mag, sucht van de Velde zwei Grundsätze zu beweisen: daß weder die Kunst eine Voraussetzung der Schönheit, noch die Schönheit eine Voraussetzung der Kunst sei; daß andererseits vollkommene Zweckmäßigkeit und Logik Vorbedingung für alle Schönheit sein müßten. Es ist klar: Man kann zur Schönheit ohne die Kunst gelangen. Die Natur hat Dinge von ewiger Schönheit geschaffen, und abseits von allen künstlerischen Gestaltungsabsichten bietet das Leben jeden Tag die erstaunlichsten Entzückungen. Von dem gesellschaftlichen Schauspiel, das der Hydepark mitunter bietet, bis zu den Wunderwerken der Ingenieure, deren konstruktive Logik eine rückständige Ästhetik nicht anerkennen will, genießen die Sinne Impressionen, die in keiner Weise auf das Ingenium einer gestaltenden Persönlichkeit zurückzuführen sind. Die Kunst ihrerseits hat unzählige Erzeugnisse hervorgebracht, die kunstvoll, doch nicht schön sind. Heute sind wir uns ja wohl alle darüber einig, daß das schöne Objekt, das Rosenstilleben oder die Madonna, in keiner Weise für den künstlerischen Wert einer Gestaltung ausschlaggebend ist. Und van de Velde hätte, um das auseinanderzusetzen, keiner so eindringlichen Beweisführung bedurft, wenn er nicht ein paar Vorurteile über die Qualität der Erregungen, die wir *Schönheit* nennen, ausrotten wollte. Schönheit, die nicht aus höchster Zweckmäßigkeit und klarster Logik resultiert, will er nicht anerkennen. Wie nur im Gehirn eines Narren der Gedanke auftauchen könnte, daß eine Anhäufung von überflüssigen Armen, Beinen oder irgendwelchen anderen unnötigen Gliedern die Schönheit unseres Körpers ausmachen würde, so wenig kann er sich einen Konflikt zwischen Schönheit und Nützlichkeit denken. Und so lehrt er die »vernunftgemäße Schönheit«, die uns zu einer höchsten Vervollkommnung der Arbeitsausführung verpflichtet und zu einer letzten Entmaterialisierung des Stoffes treibt. Eine Schönheit, die er in der griechischen Kunst, an der romanischen Basilika, dem gotischen Dom oder der Moschee verwirklicht sieht, eine Schönheit, die ihren Ausdruck sucht »in einer Form, bar jeder Sentimentalität und Phantasie, einer ewigen, endgültig feststehenden Form«.